

De
SUSTENTATIONSGESCHICHTE

DER

KAISERLICHEN UND REICHS-KAMMERGERICHTS-KANZLEY,

NEBST EINIGEN

VERBESSERUNGS-VORSCHLÄGEN.

Si vis incorrupta judicia, egestatem amove!

Roding in D. cam. lib. 4. tit. 16.

1 7 9 7.

In Commission bey Georg Ludwig Macklot in Frankfurt
am Main.

G.

3 B

STUDIOSA MONASTICA

1707

YERLIHAN BIRNIGIYI 1707



I n h a l t.

ITER ABSCHNITT.

*Einleitung, und summarische Angabe des Nothstandes der
Kanzleypersonen des kaiserlichen und
Reichskammergerichts.*

- §. 1. Das *Collegium camerale* wird aus der Pfenningmeistereykasse befoldet, die K. Gts. Kanzley aus der Taxkasse, in welcher aber kein hinlänglicher Fond bisher vorhanden war.
- §. 2. Laufende Befoldung der K. Gts. Kanzleypersonen, und rückstehende Befoldung.
- §. 3. Jetziger Abgang der selbst so geringen laufenden Befoldungen. Daher nunmehriger äußerster Nothstand der K. Gts. Kanzley, zu deren Rettung schleunige Mittel nöthig sind.
- §. 4. Ob diese in der Taxerhöhung zu suchen seyen? Beweis, dafs die bisherigen Taxen am K. Gte. nichts weniger als drückend seyen.
- §. 5. Der auf 48324 Thr. angeschwollene Befoldungsrückstand kann jedoch aus den Taxgefällen schlechterdings nicht hergenommen werden; wohl aber nach getilgtem Rückstande eine künftige bessere Sustentation.

II TER ABSCHNITT.

Nähere Beschreibung des bisherigen Sustentationszustandes, der kaiserl. und Reichs-Kammergerichtskanzley.

- §. 6. Sustentationsgeschichte der K. Gts. Kanzley von Errichtung des Kammergerichts an. Das *Collegium camerale* und die Kanzley wurden anfänglich aus einer Kasse erhalten.
- §. 7. Damalige Befoldungen der K. Gts. Kanzleypersonen.
- §. 8. Abfönderung der Sustentationskasse für das K. Gt. und der Taxkasse für die Erhaltung der Kanzley im J. 1530, welches damals eine große Verbesserung für die Kanzley war.
- §. 9. Befoldungserhöhungen bis 1570.
- §. 10. Blühender Zustand des Gts. und der Kanzley in damaligen Zeiten.
- §. 11. Verfall von 1595 an bis zum Westph. Fr. Das Kammergericht mußte in den Zeiten noch mehr Mangel leiden, als die Kanzley.
- §. 12. Bey den Westph. Fr. Verhandlungen schon vorgehabte Erhöhung der Befoldungen der Assessoren auf 1000 Thr., nach welcher Proportion auch die Befoldungen der Kanzley erhöht werden sollten.
- §. 13. Darauf im I. R. A. zwar Befoldungsverbesserung der Assessoren auf 1000 Thr. Die Verbesserung der Kanzleygehälter aber wurde übergangen.
- §. 14. Klagen der Kanzleypersonen hierüber gleich nach dem I. R. A.
- §. 15. Schicksale des K. Gts. und der Kanzley bis zur Zerstörung der Stadt Speyer. Gemeinschaftlicher Nahrungsmangel.
- §. 16. Wiedereröffnung des Gerichts 1693 in Wetzlar. Darauf 7jähriges *Iustitium*, wobey die Kanzley in einen Befoldungsrückstand von 25645 Thr. verfiel.
- §. 17. Verfügungen der Visitation von 1713. Der Kanzley geleistete Hülfe aus den alten Depositengeldern.
- §. 18. Kaiserliches Commissionsdecret von 1719 wegen Erhöhung der Befoldungen des *Collegii cameralis* und der Kanzley.
Potior ratio einer Erhöhung war noch vorhanden in Rücksicht der Kanzleypersonen.
- §. 19. Gleichwohl abermalige Uebergehung in dem R. G. A. von 1719, worin nur die Befoldungen des *Collegii cameralis* auf das ganze Duplum erhöht wurden. Gleichmäßige Uebergehung der Kanzley in dem R. G. A. von 1723.
- §. 20. Kaiserliches Commissionsdecret von 1727, worin die Befoldungsverbesserung der Kanzley wiederholt sehr umständlich in Erinnerung

nerung gebracht wurde. Jedoch abermalige Uebergang der Kanzley in dem R. G. A. von 1729.

- §. 21. Kaiserliches Commissionsdecret von 1731. Erhöhung der alten Kanzleybefoldungen im J. 1732 auf ein Drittel, ohne daß jedoch auch die Taxe zugleich erhöht worden wäre.
- §. 22. Indessen damalige Ergiebigkeit der Taxgefälle. Nachheriger Verfall. Und Rückstand des ganzen erhöhten Drittels seit 1768.
- §. 23. Vorfrage der letzten Visitation für die Kanzley durch mehrere Vis. Schlüsse, die aber nicht zum Vollzug gekommen sind. So ist auch der 1775 und im R. Schl. v. 1788 wiederholt vom K. Gte. abgeforderte Bericht über die Kanzleyverbesserung bis jetzt noch nicht erstattet worden.
- §. 24. Vorstellungen der Kanzley wegen ihres Nothstandes an dem höchstpreisl. K. und R. Kammergerichte.
- §. 25. Wiederholte Vorstellungen. Worauf die Collationierungsgebühren 1783 eingeführt worden sind.
- §. 26. Plenarberathschlagungen im J. 1793 wegen des 1775 und 1788 von der höchsten Reichsversammlung wiederholt abgeforderten Berichts über die Kanzleyverbesserung. *Conclusum* nur dahin: daß der Kanzleyverwalter vorerst einen zwanzigjährigen *statum* der Kanzleyeinnahmen mit einem Berichte übergeben solle.
- §. 27. Bericht des Kanzleyverwalters sogleich im Sept. 1793, der aber bis jetzt nicht wieder in Berathschlagung gezogen worden ist.

III. ABSCHNITT.

Neuester auf den höchsten Punkt gestiegener Nothstand der Kanzley.

- §. 28. Auch die so geringen laufenden Befoldungen können in den jetzigen Jahren nicht mehr ausbezahlt werden.
- §. 29. Indessen hätte bey dem größten 1796 erfolgten Nothstande das hohe *Collegium camerale* mittelst eines Vorschusses aus seiner Sustentationskasse am kürzesten helfen können. Allein hieran war gar nicht zu denken.
- §. 30. Die Kanzley trachtete daher nach einem Vorschusse aus den alten herrnlos gewordenen Depositengeldern.

- §. 31. Noch weniger Anstand würde es aber alsdann gegeben haben, wenn in Rücksicht eines neuen *Depositi* der Consens der Partien selbst hätte herbeygeschafft werden können. Die Kanzley erhielt aber, wo sie sich hinwand, abschlägige Antwort.
- §. 32. Darauf im Nov. 1796 mehrere umständliche Vorstellungen bey dem höchstpreislichen Kammergerichte, die aber bis jetzt ohne Resolution verblieben sind.

IVTER ABSCHNITT.

Nothwendigkeit eines extraordinairn Mittels, um den Besoldungsrückstand der Kanzleypersonen zu tilgen.

- §. 33. Wie drückend der Besoldungsrückstand den Kanzleypersonen sey.
- §. 34. Unhinlänglichkeit der künftigen Taxgefälle zu dessen Tilgung. Sondern Erforderniß eines extraordinairn Mittels.
- §. 35. Da für die Sustentation des hohen *Collegii cameralis* so gut gesorgt ist, so wird die höchste Reichsversammlung gewiß auch die K. Gts. Kanzley nicht zu Grund gehen lassen.
- §. 36. Nähere Angabe einer Aushülfe, die sich unter andern durch die herrnlos gewordenen alten Depositengelder darbietet, welches einer Verwendung *ad pios usus* am ähnlichsten wäre.

VTER ABSCHNITT.

Vorschläge, wie nach getilgtem Besoldungsrückstande die künftige Sustentation der Kanzley durch Eröffnung neuer Taxquellen leicht verbessert werden könnte.

Iter Vorschlag.

Einführung eines Protocolls in jeder Extrajudicialsache, wofür Protocollargebühren festgesetzt werden könnten.

- §. 37. Bisherige Methode in betreff der Aufbewahrung der Extrajudicialsachen.

§. 30

- §. 38. Grofse Nachtheile bey der bisherigen Einrichtung, indem die Justiz auf mancherley Art dabey sehr gefährdet werden kann.
- §. 39. Fortsetzung.
- §. 40. Hingegen grofse der Justiz zugehende Vortheile bey der vorgeschlagenen Umänderung.
- §. 41. Dabey auch eine neue Taxeinnahme von wenigstens 1500 Thr. jährlich. Welches jedoch für die Partien, statt einer mehrern Auslage, gegen die vorige Einrichtung selbst noch Ersparnifs seyn würde.
- §. 42. Fortsetzung des Beweises, daß die Umänderung eine Ersparnifs für die Partien ausmachen würde.
-

IIter Vorschlag.

Auslösung der Decrete.

- §. 43. Genauer Zusammenhang dieses Vorschlags mit dem ersten, woraus ein neuer Grund zur jetzigen Bezahlung der Decrete zu nehmen ist.
- §. 44. Grofse Bemühungen mit jedem Decrete, wofür aber bis jetzt die Kanzley nicht das geringste bezieht.
- §. 45. Sie mußte bisher auf die künftigen Expeditionsgebühren hoffen.
Da aber
- 1.) nicht alle erkannte Proceffe demnächst auch wirklich expedirt werden,
 - 2.) bey abschlägigen Decreten ohnehin diese Vertröstung wegfällt, und
 - 3.) die Expeditionsgebühren ganz *separatim* für andere Bemühungen sind:
- §. 46. So ist die Auslösung der Decrete für sich höchst billig; welches auch die jüngste hohe Visitation schon anerkannt hat, und das Kammergericht selbst anerkennt, aber noch nicht in Ausübung ist.
- §. 47. Fernere Auseinandersetzung der Billigkeit einer Decretentaxe.
- 1.) Das Herkommen anderer Gerichte.
 - 2.) Eigener Ansatz der Procuratoren hierfür.
 - 3.) Weit ehender aber verdiente die Kanzley dieses.
 - 4.) Die Procuratoren haben die Bezahlung der Decrete gewissermaßen auch schon nachgegeben.
- §. 48. Erläuterung dieses Nachgebens und der dabey vorgekommenen ganz irrigen Behauptungen.

- §. 49. 5.) Dafs die Kanzley für abschlägige Decrete nichts erhalte, würde ganz unbillig seyn.
- §. 50. 6.) Beleuchtung des Vorwandes der Procuratoren, dafs sie bey abschlägigen Decreten ihre eigenen *Deservita* nicht erhielten.
- §. 51. 7.) Auseinandersetzung, dafs eine Taxe von 80 kr. für Definitivdecete, und von 40 kr. für jedes andere Decret, den Partien keineswegs beschwerlich fallen könnte.
- §. 52. 8.) Vermeidung des überflüssigen Supplicirens.
Endlich
- 9.) da viele Sachen unexpedirt bleiben, so hätte doch die Kanzley etwas für ihre Bemühungen.
- §. 53. Obschon es für jede einzelne Partie wenig machte, so würde es im Ganzen als neue Kanzleyeinnahme doch jährlich wenigstens 840 Thr. betragen.

IIIter Vorschlag.

Als baldige Bezahlung der Recessse, oder der Completurgebühren in den gerichtlichen Sachen.

- §. 54. Wenn die Completurgebühren, die zu einem Hauptfond für die Kanzley bestimmt sind, richtig eingingen, so würde das eine jährliche Einnahme von ungefähr fünfsthalb tausend Thr. betragen.
- §. 55. Bey der bisherigen hierin vorhandenen Einrichtung aber kömmt nur der geringste Theil davon wirklich ein.
- §. 56. Und es würde selbst noch weniger zu erhalten seyn, wenn sich die Kanzley nicht durch mehrere Hausmittel, die aber oft manche Unbilligkeit mit sich führen, bisher hierbey geholfen hätte.
- §. 57. Rückstand unbezahlter Completurgebühren von wenigstens 25000 Thr., wobey jedoch bey weitem nicht alle neuere Sachen in Anschlag gebracht sind, ganz alte Sachen gar nicht zu gedenken.
- §. 58. Die als baldige einzelne Bezahlung eines jeden Recesses würde das einzige Mittel seyn, der Kanzley hierin zu helfen.
- §. 59. Dieses Gesuch hat sie schon 1771 an dem Kammergerichte gethan. G. B. vom 13. May 1785, wodurch aber nicht geholfen ist.
- §. 60. So lange es dabey bleibt, dafs die Procuratoren die Completurgebühren bey den Partien nur einmahnen sollen, behält die Kanzley immer das leere Nachsehen.

- §. 61. Beseitigung des Vorwandes, dass die Procuratoren diese Gebühren nicht sogleich entrichten könnten.
§. 62. Ausführung, dass ein Ansatz zu 40 kr. für jeden Recess nicht zu hoch sey.
§. 63. Fortsetzung des Beweises, dass der Ansatz nichts weniger als zu hoch sey.
-

IVter Vorschlag.

Reduction der Audienz auf einen Tag in der Woche.

- §. 64. Zusammenhang mit dem vorhergehenden Vorschlage.
§. 65. Beschreibung der Audienz am K. Gte., die eine vortreffliche Einrichtung ist, aber höchst überflüssiger Weise noch dreymal in der Woche gehalten wird.
§. 66. Fortsetzung des Beweises, dass ein einziger Audienztag wöchentlich hinreichend sey.
§. 67. Fortsetzung und Schluss. Natürliche Verminderung der unnöthigen Recessen, je mehr die Gelegenheit, sie abzuhalten, vermindert wird.
§. 68. Die Haupteinschränkung des unnöthigen Recessirens bleibt aber immer die vorgeschlagene alsbaldige Bezahlung jedes Recesses. Berechnung dieses Ertrags auf jährliche 4800 Thr.
-

Vter Vorschlag.

Eintreibung des Rückstandes der alten Completurgebühren durch Mandata de exequendo gegen die Partien.

- §. 69. Wegen des Rückstandes der Completurgebühren muss sich die Kanzley unmittelbar an die Partien halten.
Warum man bisher unterlassen hat, desfalls *Mandata de exequendo* nachzufuchen.
§. 70. Welches jedoch endlich als das einzige Mittel ergriffen werden muss.

VITER VOR-

*Viter Vorschlag,
die sogenannten Martinigelder betreffend.*

- §. 71. Ursprung des *Martinigeschenks*.
- §. 72. Abschaffung des *Martini* in bisheriger Form.
- §. 73. Indessen Begründung der Hoffnung, daß die höchsten und hohen Reichsstände, der Kanzley ein jährliches *Martinigeschenk*, zu welchem sich *causa* und *titulus* besonders angeben lassen, gnädigst zu verehren, nicht abgeneigt seyn werden.

VITER ABSCHNITT!

Schliessliche Uebersicht und Verwendung des verbesserten Fonds.

- §. 74. Summarische Durchgehung der im vorigen Abschnitte vorgekommenen Vorschläge.
- §. 75. Zusammenzug des Ertrags, zu welchem noch a.) die alte Einnahme, und b.) die *Bessiansgelder* zuzuschlagen sind.
- §. 76. Beschreibung des *Bessians*.
- §. 77. Nunmehriger ganzer Fond von wenigstens 11600 Thr.
- §. 78. Erhöhung der bisherigen Kanzleybesoldungen auf das Duplum. Die Kanzley könnte nach ältern Vorgängen selbst auf noch mehrere Erhöhung Anspruch machen.
- §. 79. Indessen Hinlänglichkeit einer Erhöhung auf das Duplum. Nur die Kanzleydirectorialstelle mögte noch eine mehrere Zulage verdienen.
- §. 80. Besoldungs-Zuweisung für die supernumerairen Kanzleypersonen;
- §. 81. und so auch für die Copisten.
- §. 82. Berechnung des ganzen Erfordernisses, und Schluß.

ITER ABSCHNITT.

EINLEITUNG UND SUMMARISCHE ANGABE DES NOTH- STANDES DER KANZLEYPERSONEN DES KAISERLICHEN UND REICHS- KAMMERGERICHTS.

§. I.

Das hohe *Collegium camerale* erhält seine ansehnliche Sustentation, die jährlich 91576 Rthr. erfordert, bekanntlich aus der Pfenningmeistereykasse, welche aus den von den höchsten und hohen Reichsständen hierzu verwilligten jährlichen Beyträgen (Kammerzielern) besteht. Hingegen die Kanzley des Kaiserlichen und Reichskammergerichts ist von dieser Sustentationsquelle ausgeschlossen. Sie muß ihren Unterhalt aus den Taxgefällen erwarten, die sich für Expeditionen in den daselbst anhängigen Proceffen ergeben.

Sustentation
des *Collegii ca-*
meralis aus der
Pfenningmei-
stereykasse; der
K. Gts. Kanz-
ley aus der
Taxkasse, in
welcher aber
kein hinlängli-
cher Fond bis-
her war.

Indessen sind die erwähnten Taxgefälle bisher nicht hinlänglich gewesen, um die Kanzley, welche aus 33 Mitgliedern besteht, gehörig zu sustentiren. Die Befoldungen dieser 33 Kanzleypersonen machen mit der 1732 auf ein Drittel geschehenen Erhöhung des alten Gehalts im Ganzen jährlich nicht mehr aus, als 6970 Rthr.

§. 2.

Laufende Befoldung der K. Gts. Kanzleyperf., und rücksteh. Befoldung.

Selbst aber nur, um diese mit der Unterhaltung so vieler Leute nicht in Verhältniß stehende geringe Summe herauszubringen, haben die bisherigen Taxgefälle nicht hingereicht, und jetzt reichen solche noch weniger hin,

Mit genauer Noth hat bisher jährlich nicht mehr, als nur die Summe der alten unerhöheten Befoldungen, welche zusammen nur 5228 Rthr. betragen, herbeygeschafft werden können. Das 1732 erhöhte Drittel haben sämmtliche Kanzleypersonen als Rückstand zurücklassen müssen. Die alten Gehalte, die bisher, wie gesagt, ohne die Erhöhung mit genauer Noth nur eingegangen sind, werden ordinaire oder laufende Befoldung genannt (*). Das eine rückstehend gebliebene Drittel sollte, wenn sich allenfalls einmal ein Ueberschuß in der jährlichen Einnahme fände, nach Verhältniß den Participanten nachbezahlt werden. Es ist aber solches Drittel der nicht eingehenden Kanzleybefoldungen seit 1768 rückständig

(*) Das specielle Verzeichniß des Befoldungs - Status liegt Num. I. bey.

dig und unbezahlt, welches jetzt eine Summe von 48324 Rthr. beträgt (*).

§. 3.

Es kommt sogar dermalen selbst die sogenannte ordinaire Befoldung nicht mehr zusammen. Wenn ihre Kurfürstliche Gnaden zu Mainz vor einiger Zeit nicht die höchste Gnade gehabt hätten, aus ihrer eigenen Chatouille der Kammergerichtskanzley mit einer ganzen Distributionssumme ein Geschenk zu machen, so würden die Kanzleypersonen in einem halben Jahre gar keine Befoldung haben erhalten können, die ihnen sonst alle 6 Wochen ausgetheilt werden müßte. Und jetzt dauert die Lage immer fort, daß sie 3 oder 4 Monate lang warten müssen, bis nur soviel beyfammen ist, daß sie die Befoldung für 3 Wochen erhalten können.

Jetziger Abgang der selbst so gering. laufenden Befoldungen. Daher nunmehriger äußerst. Nothstand der K. Gts. Kanzley, zu deren Rettung schleunige Mittel nöthig sind.

Der Nothstand der Kammergerichtskanzley ist daher sehr augenfällig, da

1) den vielen Personen, aus welchen solche besteht (**), nur die geringe Summe von 6970 Thr. zu Befoldungen im Ganzen angewiesen ist (§.1). Es kommt demnach nur allzusehr mit der Wahrheit überein, wenn alle, besonders neuere, Cameralschriftsteller diesen Sustentationsmangel bemerklich machen. Man fin-

A 2

det

(*) Die specielle Berechnung des Kanzley-Befoldungs-Rückstandes liegt Num. II. bey.

(**) Das Verzeichniß sämmtl. K. Gts. Kanzleystellen kommt in der schon angeführten Beylage Num. I vor.

det sogar bey einem berühmten Auctor, der als Kammergerichts- Procurator die Kanzleyverfassung genau kannte, hierüber die Aeufferung: "Die Kanzleybefoldungen „erstrecken sich gerade soweit, daß die Kanzleypersonen „sich zur Noth gegen den Hunger schützen können" (*).

Ihr Nothstand wird noch augenfälliger, da solche

2) diese geringen Befoldungen nicht einmal ganz erhalten, sondern das erhöhte Drittel daran zurücklassen müssen, da ferner dieser Rückstand seit bald 30 Jahren nicht hat nachbezahlt werden können, und da die hier nach ausstehenden Befoldungen bis jetzt die schon vorgekommene beträchtliche Summe von mehr als 48000 Thr. ausmachen (§. 2.).

Der Nothstand der Kanzleypersonen erreicht endlich dadurch den äußersten Punkt, daß sie

3) selbst jetzt auch, wie verähnt, nur die zwey Drittheile ihrer geringen Befoldungen nicht mehr erhalten. Hiermit sind diese Reichsjustizdiener in der bedauernswürdigen Lage, daß sie sich jetzt auch selbst nur die allernöthigsten Bedürfnisse anzuschaffen nicht mehr imstand sind, und daß sie gar bald völlig zu Grund gehen müssen, wenn Kaiserliche Majestät und die höchsten Reichsstände nicht schleunige Mittel zu deren Rettung ergreifen.

§. 4.

(*) Von Zwierlein vermischte Briefe und Abhandlungen &c.

Seite 328.

§. 4.

Bey den verschiedenen Vorschlägen, die zur Erhaltung dieser Mittel gemacht werden könnten, bietet sich zuerst der Vorschlag an: daß zu besserer Sustentation der Kanzley die Taxgefälle zu erhöhen seyen. Die Proccst-taxen machen den durch mehrere Reichsgesetze zum Unterhalt der Kanzley angewiesenen Fond aus. Man könnte also den Satz aufstellen: daß demnach auch aus den Taxgefallen der Kanzley ein hinlänglicher Unterhalt zu verschaffen sey, folglich sie jedesmal nach Nothdurft erhöht werden müßten. *Obligatio ad finem dat jus ad media.* Indessen kann die Rücksicht hierbey entgegen gehalten werden, daß es immer wünschenswerther sey, die Justiz lieber wohlfeiler machen zu können, als sie zu vertheuern.

Ob diese in der Taxerhöhung zu suchen seyen? Beweis, daß die bisherigen Taxen am K. Gte. nichts weniger als drückend seyen.

Gleichwohl leuchtet es aus dem schon Angeführten sehr in die Augen, daß unmittelbar doch die Taxen an dem K. und R. K. Gte. noch nichts weniger als drückend seyn müssen, da daraus bisher selbst die geringe Summe von 6970 Thr. zu den ganzen jährlichen Befoldungen der Kanzley nicht hat bestritten werden können, sondern kaum nur die alten Befoldungen zusammen mit 5228 Thr. eingegangen sind (§. 2.). Die übrigen Kanzleyausgaben für Papier und andere Materialien betragen jährlich ungefähr 800 Thr. Dieses also und ungefähr 1000 und einige hundert Thaler, welche die Copisten für Abschreibgebühr jährlich erhalten, dazu ge-

rechnet, sind die Taxgefälle, ein Jahr in das andere genommen, bisher allenfalls nur zu 7000 und einige hundert Thaler jährlich ergiebig gewesen.

Diese Summe ist doch zuverlässig für den Gerichtsstand des ganzen deutschen Reichs eine Kleinigkeit. Sie ist vielleicht mit der Kanzleyeinnahme mancher einzelner Reichslande nicht zu vergleichen.

§. 5.

Der auf 48324 Thaler angeschwollene Befoldungsrückst. kann jedoch aus den Taxgefällen schlechterdings nicht hergenommen werden; wohl aber nach getilgtem Rückstande eine künftige bessere Sustentation.

Eine ganz mässige Erhöhung der Kammergerichts-Kanzley-Taxgefälle, oder ganz mässige Einführung neuer Taxquellen könnte daher mit Recht nicht als unpassend angegeben werden; zumal das allenfalls mehrere *Quantum* unter vielen Tausend Partien vertheilt wäre, und demnach in Rücksicht jeder einzelnen Partie einen kaum merklichen mehrern Beytrag ausmachen würde.

Der die nothleidenden K. Gts. Kanzleysonen so sehr drückende grosse Befoldungsrückstand aber (§. 2.) könnte einmal schlechterdings aus künftigen Taxgefällen nicht hergenommen werden. Kaiserliche Majestät und das Reich werden hierin durch ein ausserordentliches Mittel Hülfe zu leisten gewiss allergnädigst gesinnt seyn.

Nach getilgtem Befoldungsrückstande jedoch könnte die künftige bessere Sustentation der Kanzley allerdings garfüglich aus der Taxe hergestellt werden; ohne dafs gleichwohl solche auf ein Drittel erhöht würde, obschon
in

in der unten angeführten Druckschrift (*) die Rechtmäßigkeit und Billigkeit einer solchen Erhöhung sehr umständlich dargethan ist; ohne dass man nöthig hätte, allenfalls zu Stempelpapier die Zuflucht zu nehmen, obschon dies in den meisten übrigen Kanzleyen eingeführt ist; und ohne dass überhaupt nur die geringste beschwerliche Auflage den Partien zugemuthet würde.

Einige Vorschläge hierüber, die ausserdem noch zum Theil wesentliche Justizverbesserungen mit sich bringen, werden weiter unten umständlich auseinander gesetzt werden. Vorher ist es dienlich, die nähere Beschreibung der Kanzleyverfassung in Rücksicht ihres bisherigen Unterhalts voranzuschicken.

II. TER ABSCHNITT.

NÄHERE BESCHREIBUNG DES BISHERIGEN SUSTENTATIONSZUSTANDES DER KAISERLICHEN UND REICHS-KAMMERGERICHTS-KANZLEY.

§. 6.

Die Kanzley und das übrige Kammergericht haben anfänglich aus einer Kasse ihre Sustentation erhalten. Bey Errichtung oder vielmehr neuer Organisirung des Kammergerichts an.

Sustentationsgeschichte der K. Gts. Kanzley von Errichtung des Kammergerichts an.

(*) Haas freymüthige Gedanken über die Taxirungen zwischen der Kanzley und den K. Gts. Procuratoren &c. 1783 in 4.

Das Collegium
camerale u. die
Kanzley wur-
den anfänglich
aus einer Kasse
erhalten.

mergerichts 1495 wurden demselben Sporteln, die der Kläger nach Verhältniß des Werths der in Anspruch genommenen Sache entrichten mußte, zum Unterhalt angewiesen. Dies war ein alter deutscher Gerichtsbrauch. Friedrich der III. hatte schon verordnet, daß der Kläger im Anfange des Rechtsstreits von jedem hundert Gulden, die seine Forderung ausmache, zwey Gulden abgeben solle, wovon dem Gerichte die Beföldung zu bezahlen sey. Er sagt dabey, daß diese Sporteln von seinen Vorfahrern schon eingeführt worden seyen (*). Es wurde zugleich bey Errichtung des neuen Kammergerichts 1495 ausgemacht, daß, wenn die Sporteln nicht hinreichen würden, der Abgang durch den sogenannten gemeinen Pfenning ersetzt werden sollte (**).

Der zuletzt erwähnte Beytrag ging aber nicht gehörig ein; und wegen der Sporteln kam das Gericht gar bald in üblen Ruf. Dieses nebst dem Mangel an Sustaination verursachte, daß das Kammergericht schon 1499 ins Stecken gerieth. Erst 1507 wurde solches wieder dauerhaft zu Stand gebracht, da mit Abschaffung der Sporteln der schon einige Jahre vorher entworfene so genannte kleine Anschlag von 10000 fl., den die höchsten und hohen Reichsstände zur Unterhaltung des Kammergerichts über-

(*) Schmidts Geschichte der Deutschen 10ter Band, S. 326, Wiener Ausg. von 1783.

(**) Harpprechts Bericht über das Unterhaltungswerk des Kaiserlichen und Reichs-Kammergerichts S. 2.

übernommen hatten, wirklich in Gang kam (*). Zu dieser Sufentationssumme wurden die fiscalischen Gefälle und die Kanzleygebühren noch zugeschlagen, welche letztere hauptsächlich aus den Taxen für die förmliche im kaiserlichen Namen ausgestellte und mit dem kaiserlichen Siegel versehene Ausfertigung der ergangenen Decrete und Urtheile bestehen.

§. 7.

Kammergericht und Kanzley wurden, wie erwähnt, aus einer Kasse Befoldet (§. 6). Wie viel die Kanzleypersonen damals Befoldung gehabt haben, hiervon kommt die erste bestimmte Nachricht in der K. G. O. von 1521 vor.

Damalige Befoldungen der K. Gts. Kanzleypersonen,

Der Kanzleyverwalter hatte an bestimmter Befoldung gerade soviel, wie damals ein K. Gts. Assessor, nemlich 400 fl. (**). Er stand selbst noch besser, als ein Assessor, denn der Dienst als Botendeputatus wurde ihm noch dazu gegeben. Sodann hatte er freye Wohnung. Er wohnte in dem Gerichtshause (***). Ferner er hatte Commissionsgebühren zu beziehen, wie noch heut zu Tage mehrmal auf den Kanzleyverwalter Commissionen erkannt werden, welches bey den Assessoren wegfällt. Er stand also noch weit höher in der Einnahme als letzere. Daher man auch mehrere Beyspiele hat, dass Assessoren

B

in

(*) Von Harpprecht all. I. S. 3.

(**) K. G. O. von 1521 tit. 8. und II.

(***) Vis. Mem. von 1573. §. 9.

in ältern Zeiten ihre Assessorsstelle resignirt haben, und Kanzleyverwalter geworden sind. Doctor Conrad *Braun* und Doctor Conrad *Visch* vertauschten ihr Assessorat mit der Stelle eines Kanzleyverwalters. Ersterer im J. 1540, und letzterer 1548. Beyde waren wichtige Männer, indem sie zur Entwerfung einer Kammergerichtsordnung auf den Reichstag berufen worden waren (*).

Ein Protonotarius hatte 300 fl., also nur ein Viertel weniger, als ein Assessor, der damals 400 fl. hatte. Ein Notarius 200 fl. Der Taxeinnehmer 100 fl. Ein Secretair 70 fl. Ein Copist 50 fl. Der Kanzleydiener 40 fl. (**).

§. 8.

Abfönderung der Sustainmentonskaffe für d. K.Gt., und der Taxk. für die Erhaltung der Kanzley im J. 1530, welches damals eine große Verbesserung für die Kanzley war.

Die erwähnte Sustainmentation des ganzen Gerichts aus einer Kaffe erhielt indeffen bald eine große Aenderung. Im Jahre 1530 wurde die Erhaltung der Kanzley von der Sustainmentation des übrigen Gerichts völlig separirt.

Die Beyträge der höchsten und hohen Stände zur Sustainmentation des ganzen Gerichts gingen in damaligen Zeiten so richtig nicht ein. Die sichersten Nahrungsquellen waren damals bey noch weit größerm Umfange der Jurisdiction die Kanzleygefälle. Es schien daher eine große

(*) Harpprechts Staatsarchiv Th. 6. S. 20

(**) K. G. O. von 1521, Tit. 11, 12, und 16.

große Verbesserung für die Kanzley zu seyn, wenn sie diese Gebühren, welche aus ihrer Arbeit auch hauptsächlich flossen, nun auch allein erhielt, statt sie solche vorher mit dem übrigen Gerichte hatte theilen müssen.

In ältern Zeiten war die Kanzley bey den kaiserlichen Hofgerichten auch immer von Ihren Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz bestellt worden, und die Taxgefälle waren Eigenthum des Kurfürsten. Bey Errichtung des Kammergerichts 1495 hatte aber die hohe Kur Mainz nachgegeben, daß die Kanzleypersonen von Kaiser und Reich bestellt und die Kanzleygefälle zum Unterhalt des ganzen Gerichts mit verwendet wurden. Dies dauerte bis 1530, wo Kurfürst Albert sein altes Recht wieder vindicirte, und von Carl dem V. darüber die bekannte Urkunde ausgestellt erhielt (*), worin ihm die Regierung der Kanzley, Annahme und Entsetzung der Kanzleypersonen, auch sämtliche Kanzleygefälle, um daraus die Befoldungen zu bestreiten, wieder überlassen wurden. Seit der Zeit blieb die Unterhaltung der Kanzleypersonen von der Sustentation der übrigen Gerichtspersonen gänzlich separirt.

§. 9.

In der K. G. O. von 1555 geschah eine Erhöhung

B 2

Befoldungser-
höhungen bis
1570.

(*) Ist abgedruckt in *Londorp actis publ.* Th. 7. num. 505. *Lünichs Reichsarchiv Part. spec. contin.* I. dritte Fortsetz. p. 27. *Krebs quinquert.* Beyl. Ee zur 5ten Frage. *Ludolfs hist. just.* in den Beyl. num. 1. und anderer Orten.

der Befoldungen des *Collegii cameralis* auf ein Viertel, und in Betreff der Sustentation der Kanzleypersonen ist darin nur die Bemerkung, daß die Kanzley aus den Taxgefällen von Ihren Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz besoldet werde, die Vorsehung thun würden, damit sich die Kanzleypersonen der Befoldung halber nicht zu beklagen hätten (*). Hiernach ist kein Zweifel, daß also auch die Befoldungen der Kanzley damals in der Masse erhöht worden sind, da in jenen Zeiten die Taxgefälle für sich schon sehr ergiebig waren.

Nachdem nun die Gehalte der Assessoren von 400 fl. nach und nach schon im Jahre 1570 auf 700 fl. erhöht worden waren, so wurde im R. Absch. von erwähntem Jahre §. 63 zu besserer Unterhaltung der Kanzley die Taxe auf den 4ten Theil erhöht.

Rechnet man nun den erwähnten Anschlag von 1521 (§. 7), und setzt die darauf bis 1570 geschehenen Erhöhungen hinzu: so ergibt sich gerade, daß 1570 die Kanzleybefoldungen schon beyläufig so gewesen seyn müssen, als sie im ordinairn laufenden Gehalte noch jetzt sind.

§. 10.

Blühend. Zu-
stand des Gts.
und der Kanz-

Gleich nach der K. G. O. von 1555 war nun die blühendste Epoche des Gerichts, wo die ordentlichen Visitationen

(*) K. G. O. Th. I. tit. 44. §. 1.

sitationen in beständigen Gang kamen (*). Die gesetzgebende Gewalt war von da an unablässig mit der Verbesserung des Gerichts beschäftigt. ley in damaligen Zeiten.

Von 1557 an wurde die Zahl der 24 Assessoren, die schon im R. A. von 1530 bestimmt worden war, theils mit außerordentlichen, die nur auf gewisse Jahre angenommen wurden, theils mit wirklichen Assessoren mehrmal vermehrt, bis selbst 41 Assessoren im J. 1570 am Gerichte waren.

Man kann sich bey dieser Anzahl von Richtern, bey beständigen Visitationen, unter deren Augen die Justizbeförderung betrieben wurde, und bey der damals ohne Prüfung der Materialien noch erfolgten Annahme der Prozesse, den außerordentlichen Zufluss der Kanzleygefälle vorstellen.

§. II.

Von 1595 aber an, wo die Visitationen ein Ende nahmen, nahm auch der Flor des Gerichts ab. Die jährlichen ständischen Beyträge zur Sustentation des *Collegii cameralis* kamen so jähling in Verfall, dass schon im J. 1600 über 150000 Thr. im Rückstande waren. Verfall von 1595 an bis zum W. Fr. Das K. Gt. musste noch mehr Mangel leiden, als die Kanzley.

Im dreyßigjährigen Kriege war endlich das Kammergericht

B 3

(*) "Nunquam floruisse magis camerale judicium, quam cum visitationibus essent frequentiores, creditur. O felices et exoptatas visitationes"! Ludolf in comment. sistem. de jure cam. p. ult.

gericht mehr als einmal seinem völligen Untergange nahe. Noch 1651 bestand es, statt dafs in dem vorhergehenden Seculo 41 Assessoren, vorhanden gewesen waren, nur aus neunten; und der Befoldungsrückstand der Collegialpersonen belief sich auf 500000 Thr (*).

Indessen ist doch aus den Zeiten von einem Befoldungsrückstande der Kammergerichts - Kanzleypersonen nichts besonders bekannt. So sehr muß ein grofser bey der vorher erwähnten guten Einnahme ersparter Vorrath hingereicht haben.

§. 12.

Bey den W. Fr. Verhandlungen schon vorgehabte Erhöhung der Befoldungen der Assessoren auf 1000 Thaler, nach welcher Proport. auch die Befoldungen der Kanzl. erhöht werden sollten.

Endlich sollte der Westph. Friede die verstorbene Justiz wieder zum Leben erwecken. Es wurde darin die Zahl der Assessoren auf 50 bestimmt (**) und ihre Befoldungen sollten auf 1000 Thr. gesetzt werden.

Nach dieser Proportion der jedem Assessor zugedachten 1000 Thr. sollten auch die Befoldungen der Kanzley, und so die Taxe, aus welcher letztere zu nehmen wären, erhöht werden. So hatte es schon das Frankfurter Deputationsgutachten vom 25 Jan. 1644 bestimmt, welches Kaiserliche Majestät in ihrer Resolution vom 27. Apr. 1644 auch ratificirten (***). Und das nemliche beschloß;

(*) Von Harpprecht Bericht über das Unterhaltungswerk des K. und R. Kammergerichts. S. 12.

(**) Westph. Fr. Art. 5. §. 53.

(***) Londorp act. publ. tom. VI. p. 935.

beschloß auch | abermal bey | den Westph. Friedensverhandlungen das Kurfürstliche Collegium im Jahre 1646, und erließ desfalls am 25. Apr. gedachten Jahrs ein Rescript an das Kammergericht (*). Gleichwohl verschlug sich am Ende bey dem Westph. Frieden selbst die ganze Sache. Der Gegenstand wurde mit dem Punkt der Justizverbesserung überhaupt auf den nächsten Reichstag zu fernerer Berathschlagung verwiesen.

§. 13.

Diese fernere Berathschlagung erfolgte bekanntlich bey den Reichstags-Verhandlungen zur Errichtung des J. R. A. wobey aber in Betreff der Befoldungsverbesserung der Kanzleypersonen die Sache in der nemlichen Lage verblieb. Es wurden im J. R. A. selbst nur die Befoldungen der Assessoren auf 1000 Thr. wirklich erhöht (**); die Verbesserung der Kanzleybefoldungen aber ward mit Stillschweigen übergangen.

Darauf im J. R. A. zwar Befoldungsverbesserung der Assessoren auf 1000 Thaler.

Die Verbesserung der Kanzleygehälter aber wurde übergangen.

Die

*) Mehrere neuere Cameralschriftsteller (*Haas* in den freymüthigen Gedanken über die Taxirungen S. 13, und andere, die es ihm nachgeschrieben haben) äußern, daß 1645 die Befoldungen der Kanzley nach Proportion der den Assessoren zugedachten 1000 Thr. wirklich erhöht worden seyen. Dies ist ein Irrthum. Man hat eine neue erhöhte Taxordnung von dem Jahre, die aber erst von der vorletzten Visitation 1713 bey der jetzigen Taxrolle zum Grund gelegt worden ist. Schon oben §. 9. ist dargethan, daß die jetzigen laufenden Befoldungen der Kanzley sich noch von 1570 herschreiben. Bey den Westph. Fr. Verhandlungen

(**) J. R. A. §. 11.

Die Kanzley blieb auf dem alten Fuß bey ihren nemlichen Befoldungen, die sie schon 1570 gehabt hatte, und ist noch bis auf den heutigen Tag hierauf (§. 9 und 12 in der Note *), nur dafs demnächst durch ein Kurfürstlich Mainzisches Rescript von 1702 der Kammergulden zu 80 kr, wie bis dahin ihre Befoldungen ausbezahlt worden waren, auf 90 kr. verbessert wurde, und dafs ihr endlich 1732 ihre aus den ältesten Zeiten noch herrührende Befoldungen durch ein kurfürstliches Rescript auf ein Drittel erhöht worden sind, welches erhöhte Drittel aber aus Mangel dazu nöthiger Taxgefälle

lungen ist der Punkt der Befoldungserhöhungen nur Projekt geblieben. Die den Assessoren zugedachte Befoldungsvermehrung auf 1000 Thr. kam erst im J. R. A. zu Stand; die Kanzley aber wurde hierin übergangen. Wegen dieser Uebergangung beschwerte sich die Kanzley sogleich nach dem J. R. A. auf das Kläglichste (*Anl. num. III*). Wie hätte sie sich beschweren können, dafs sie 1654 nicht, wie das übrige Kammergericht, bedacht worden sey, wenn ihre Befoldungen schon in der Proportion von 1645 her wirklich erhöht gewesen wären? Sie wäre ja im Gegentheile besser daran gewesen, als die Assessoren, denen es eben so auch schon 10 Jahre vorher zugedacht war, aber erst 1654 in Wirklichkeit zugewiesen wurde. Kammergericht und Kanzley hatten von 1570 an keine Befoldungserhöhung erhalten bis 1654. Hierbey aber wurde nun die Kanzley übergangen; sie blieb also auf ihren alten Befoldungen von 1570 stehen, und ist bis auf den heutigen Tag noch hierauf, ausser dafs sie 1732 ein Drittel Erhöhung erhalten hat, welches aber wegen Mangel an dazu hinlänglichem Fond nicht ausbezahlt wird.

fälle nicht ausbezahlt wird, und seit 30 Jahren, wie schon erwähnt, einen Befoldungsrückstand von mehr als 48000 Thr. ausmacht (§. 2).

§. 14.

Als die Befoldungen der Assessoren von 700 fl. in dem J. R. A. auf 1000 Thr. erhöht worden waren, die Kanzley aber, wie gesagt, übergangen wurde: brachten die damaligen Kanzleypersonen in einer umständlichen Vorstellung bey Ihren Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz ihre desfalligen Klagen vor (*).

Klagen der
Kanzleyper-
sonen hierüber
gleich nach d.
J. R. A.

Es war nicht genug, daß die Kanzleypersonen alle andere Gerichtsglieder so sehr im Gehalte bis über das Duplum gebessert, sich aber immer auf dem vorigen Fusse sehen mußten, sondern es fing jetzt selbst auch der Fond zu fehlen an, woraus ihre alten geringen Befoldungen nur bestritten werden sollten.

• Durch den J. R. A. waren die vortrefflichsten Justizverbesserungen gemacht worden. Dahin gehört unter vielem andern die Erhöhung der Appellationssumme, die Prüfung der Materialien vor Erkennung der Prozesse, und die eingeschärfte Bestrafung der frivolen Kläger.

Aber man sieht augenfällig, wie den Kanzleyintra-
den durch diese übrigens so wesentliche Justizverbesserun-
gen zugleich eine tödtliche Wunde geschlagen war. Da-

C

bey

(*) Anlage Num. III.

bey befand sich ausserdem auch durch mehrere damals ertheilte neuere *privilegia de non appellando* der kammergerichtliche Jurisdiktionskreis noch mehr beengt. Durch alles das mußten natürlich die Taxgefälle ausserordentlich sinken.

Endlich kam auch die bezweckte mehrere Beförderung der Justiz, sohin auch die mehrere Einnahme der Kanzley, mit der vorgeschriebenen grössern Anzahl der Assessoren nicht zu Stand.

§. 15.

Schicksale des
K. Gts. und der
Kanzl. bis zur
Zerstörung der
Stadt Speyer.
Gemeinschaftl.
Nahrungsmangel.

Das Kammergericht hatte mit dem nemlichen Nahrungsmangel zu kämpfen, wie die Kanzley. Die Kammerzieler gingen so übel ein, daß statt 50 Assessoren, die der W. Fr. und der J. R. A. bestimmt hatte, grössten Theils nur 13 oft noch weniger erhalten werden konnten. Und 1688 wurde das Gericht in Speyer von den Franzosen zerstört.

In jenen turbulenten Zeiten hatten Assessoren und Kanzleypersonen in ihren dringendsten Nöthen mehrmal zu alten deponirten Geldern ihre Zuflucht genommen, welches aber von der höchsten Reichsversammlung missbilligt wurde. Gleichwohl sieht man aus dem R. Schl. vom 19. May 1673 (*), daß diese Missbilligung vorher deswegen erfolgt war, weil die Gelder damals noch nicht

(*) Pachner von Eggenstorff Sammlung der R. Schl. Th. I. S. 617. num. 11.

nicht wieder ersetzt worden waren. Und im R. Schl. vom 27 Nov. 1681 wurde selbst verordnet, daß die Transportkosten für die von Speyer nach Frankfurt geflüchteten Akten aus der alten Depoſitenkaſſe einsweilen genommen werden ſollten (*).

§. 16.

Im J. 1693 kam das Gericht mit 13 Aſſeſſoren in Wetzlar wieder zu Stand, gerieth aber ſchon 1704 durch innere Zwiſtigkeiten in das bekannte ſiebenjährige Juſtitium. Die damalige Viſitation brachte ſolches 1711 wieder in Gang. Bey der Wiedereröffnung waren indeſſen nur fünf Aſſeſſoren vorhanden. In kurzer Zeit vermehrte ſich jedoch die Zahl bis auf 13.

Wiedereröffnung des Gerichts 1693 in Wetzlar. Darauf 7jähriges Juſtitium, wobey die Kanzley in einen Befoldungsrückſtand v. 25645 Thr. verfiel.

Mangel an Suſtentation verurſachte jedoch alsbald wieder die größten Miſshelligkeiten (**). Die alten Aſſeſſoren glaubten zu den jetzt wieder eingehenden Kammerziellern ein Vorzugsrecht zu haben, bis ihr Befoldungsrückſtand getilgt ſey; und die neuen deducirten ihr Recht zur Theilnahme *ex capite*, weil ſie nun wirklich die Arbeit leiſten mußten, alſo dieſe nicht umfonſt zu thun hatten.

Der nemliche Fall war bey den Kanzleyperſonen. So kämpften Gericht und Kanzley unaufhörlich mit dem Nahrungsmangel. Die Kanzleyperſonen hatten damals einen Befoldungsrückſtand von 25645 Rthr.

C 2

§. 17.

(*) Pachner all. 1. Th. 2. S. 336.

(**) Von Harpprecht all. 1. S. 24 und folg.

§. 17.

Verfügungen
der Visitation
von 1713.

Die Visitation erhöhte die Befoldungen des Kammergerichts um 1 Drittel, so daß der Assessor statt 1000 Thr. 2000 fl. künftig bekommen sollte (*).

Den nothleidenden Kanzleyperfoneu Wiefs sie einen Vorschufs aus den alten Depositengeldern zu. Sie regulirte die Kanzleytaxrolle, berichtete aber an Kaiserliche Majestät in ihrer Finalrelation vom 18. Dec. 1713, daß der erwähnte Befoldungsrückstand der Kanzleypersonen von 25645 Thr. aus den Taxgefallen nicht werde hergenommen werden können, daher auf ein außerordentliches Mittel gedacht werden mögte, wie den nothleidenden Kanzleypersonen auf andern Weegen zu ihren ausstehenden Befoldungen zu verhelfen wäre. Wobey auch zugleich die Geringfügigkeit der Kanzleybefoldungen bemerklich gemacht wurde (**).

§. 18.

Kaiserliches
Commissions-
decret v. 1719
wegen Erhö-
hung der Befol-
dungen des Col-
legii cameralis
und der Kanz-
ley.

Bald darauf arbeitete man am Reichstage mit vielem Eifer daran, daß wenigstens die Hälfte der im W. Fr. und J. R. A. festgesetzten Anzahl von 50 Assessoren unter der Hand in Gang gebracht werden sollte. Und die Assessoren stellten *ob pretia rerum aucta* die Nothwendigkeit einer abermaligen Erhöhung ihrer Befoldungen vor. Durch
ein

(*) J. V. A. §. 106.

(**) *Corp. jur. cam.* von 1724 in den Anhängen.

ein Kaiserliches Commissionsdecret vom 24. May 1719 wurde diese Angelegenheit an das Reich gebracht. Kaiserliche Majestät erklärten aber ausdrücklich in diesem Commissionsdecrete, daß Sie auch darüber ein Reichsgutachten verlangten, durch was für Mittel den nothleidenden Kanzleypersonen zu helfen sey (*).

Wenn es nothwendig war, dem Kammergerichte, welches 1654 in seinen Befoldungen auf einmal mehr als auf die Hälfte — und 1713 noch um ein Drittel weiter verbessert worden war, nun abermal seine Befoldungen *ob pretia rerum aucta* zu erhöhen: so war es noch nöthiger und billiger, die Kanzley gleichfalls jetzt zu bedenken, da solche 1654 übergangen worden war; (§. 13) und eben so wenig auch 1713 eine Befoldungserhöhung erhalten hatte.

§. 19.

Die Billigkeit, daß der Kanzley gleichfalls geholfen werden müßte, wurde auch 1719 allgemein anerkannt. Gleichwohl erhöhte das R. G. A. von gedachtem Jahre abermal nur allein die Befoldungen des Kammergerichts auf das ganze Duplum, und schwieg von der Kanzley.

Die Kanzley wurde aber in dem R. G. A. von 1719 und 1723 abermal übergangen.

Kaiserliche Majestät erklärten hierauf wiederholt in dem Ratificationsdecrete von 1720, daß Ihnen auch über die ebenmäßige Erhöhung der Kanzley salarien, welche

C 3

nicht

(*) Senke bergische Sammlung der R. Absch. Th. 4. S. 342.

nicht weniger nothwendig sey, ein ferneres R. G. A. erstattet werden möge. Demungeachtet blieb in dem hierauf den 19. Apr. 1723 erfolgten R. G. A., worin nur einigen Cameralpersonen, die aus der Pfenningmeisterey noch Befoldung erhalten, 1719 aber vergessen worden waren, die Befoldung auf 1 Drittel erhöht wurde, abermal *altum silentium* von der Kanzley (*).

§. 20.

Kaiserliches Commissions-decret v. 1727, worin die Befoldungsverbesserung d. Kanzley wiederholt sehr umständlich in Erinnerung gebracht wurde. Jedoch abermalige Uebergehung der Kanzley in dem R. G. A. von 1729.

Darauf wurde in einem kaiserlichen Commissions-decrete vom 2. Nov. 1727 die gleichmäßige Verbesserung der Kanzleybefoldungen abermal in umständliche Erinnerung gebracht. Des Kaisers höchste Majestät äußerten hierin: „Der gestiegene Werth aller Dinge, weswegen
„andern *in salario publico* stehenden Gerichtspersonen eine Befoldungsvermehrung zugelegt worden sey, walte
„nicht weniger auch in Ansehung der Kanzleypersonen
„ob, bey denen *par imo potior ratio* (**) eintrete. Die
„Kanzleypersonen wären sonst in Erhöhung ihrer Salarien

(*) *Senkenbergische Sammlung* der R. A. Th. 4. S. 350.

(**) *Potior ratio*, weil die Kanzleypersonen 1654 keine Befoldungserhöhung erhalten hatten, wo doch die übrigen Gerichtsglieder auf das ganze Duplum erhöht worden waren; weil sie ferner 1713 keine Erhöhung erhalten hatten, wo das übrige Kammergericht wieder auf ein Drittel erhöht worden war; und weil sie endlich auch 1719 abermal übergangen worden waren, wo die übrigen Gerichtsglieder wieder eine Erhöhung auf das ganze Duplum erhalten hatten.

„rien jedesmal gleich andern Cameralpersonen bedacht
 „worden (*). Und zu dem Ende seyen auch die Taxen
 „nach Proportion der Befoldungserhöhung zu erhöhen.
 „Es sey zwar schon 1644 für gut befunden worden,
 „die Befoldungen der Kanzleypersonen nach Proportion
 „der 1000 Thr., welche den Assessoren selbiger Zeit
 „zugedacht worden seyen, zu verbessern, auch nach
 „eben solcher Proportion die Kanzleytaxen erhöhen zu
 „lassen. Ihre Kaiserliche Majestät wollten es aber der
 „Zeit noch ihres Orts bey der Proportion eines Drittels
 „in Erhöhung der Befoldungen der Kanzleypersonen und
 „sohin eines Drittels in Erhöhung der Kanzleytaxen be-
 „wenden lassen, und hofften, daß das Reich diesem
 „nicht entgegen seyn werde“ (**).

Gleichwohl wurde auch jetzt wieder das R. G. A.
 vom 13. Jun. 1729 nur auf die übrigen wegen Entrich-
 tung der Kammerzieler in dem eben erwähnten Kaiserli-
 chen Commissionsdecrete noch enthaltenen Punkte gezo-
 gen, und der so umständlich erwähnte Punkt wegen
 Verbesserung der Kanzleybefoldungen abermal völlig
 mit Stillschweigen übergangen.

§. 21.

Hierauf erklärten Kaiserliche Majestät in einem Com-
 missionsdecrete vom 5. Oct. 1731: „Allerhöchstdieselben
 „setzten

Kaiserliches
 Commiss. De-
 cret von 1731.
 Erhöhung der

(*) Nur von 1654 fängt ihre traurige und gewifs unbillige Zu-
 rücksetzung an.

(**) Senkenbergische Sammlung der R. A. Th. 4. S. 371.

alten Kanzley-
befoldungen
im J. 1732 auf
1 Drittel ohne
dass jedoch
auch die Taxe
zugleich erhö-
het worden
wäre.

„setzten außer Zweifel, es werde das als ein ordentliches
„Reichsgesetz gebührend beobachtet werden, was in dem
„vorigen Commissionsdecrete enthalten, und durch das
„jetzige R. G. A. nicht geändert worden sey“ (*).

Ihre Kurfürstliche Gnaden zu Mainz erhöhten dem-
nach auch im J. 1732 die Salarien der Kanzleypersonen
auf ein Drittel. Weil aber gleichwohl Widerspruch zu
befürchten war, wenn die Taxrolle, aus welcher die
Kanzleybefoldungen bisher jedoch allein zu bestreiten wa-
ren, zugleich auch um 1 Drittel erhöht worden wäre, so
blieb dieses ausgesetzt. Auch waren zufälliger Weise um
die Zeit die Taxgefälle an sich schon sehr ergiebig. Die
Taxkasse war in so guten Umständen, dass der während
des *Justitii cameralis* auf 25645 Thr. angeschwollene Kanz-
leybefoldungs-Rückstand schon seit 1729 völlig abgetra-
gen war, und demnächst auch die erhöhten Befoldungen
ausbezahlt werden konnten.

§. 22.

Indessen da-
malige Ergie-
bigkeit d. Tax-
gefälle. Nach-
heriger Verfall.
Und Rückstand
des ganzen er-
höheten Drit-
tels seit 1768.

Die 1732 auf ein Drittel erhöhten Kanzleybefoldun-
gen konnten bis 1759 aus den Taxgefällen berichtet
werden. Von da an aber war die Taxe wieder so we-
nig ergiebig, dass die Kanzley jetzt, wie oft er-
wähnt, einen Rückstand an unbezahlten Befoldungen
von mehr, als 48000 Thr., zu fordern hat (§. 2).

Seit 1759 konnte das erhöhte Drittel jährlich nicht
mehr

(*) Senkenbergische Sammlung der R. A. Th. 4. S. 376.

mehr ausbezahlt werden. Selbst die laufende oder sogenannte ordinaire Befoldung ohne die erwähnte Erhöhung war gar oft nicht, oder nur mit genauer Noth vorhanden. Die Kanzleypersonen mußten auch hierauf über den Termin der sonstigen gewöhnlichen Auszahlung oft lange warten. Zu Zeiten war jedoch wieder ein kleiner Ueberschuß, der dann den ältern Kanzleypersonen, oder vielmehr größten Theils ihren Erben, auf jenes rückständige Drittel, das sie von vielen Jahren her zu fordern haben, entrichtet wurde. Auf die Art ist der Rückstand bis 1768 bezahlt; an dessen ferneres Nachzahlen aus den Taxgefällen aber bey dem jetzigen oder künftigen Zustande der Taxkasse gar nicht zu denken ist, wie in der Folge noch näher auseinander gesetzt werden wird.

§. 23.

Die letzte hohe Visitation hat diesen Nothstand der Kanzley auch wohl beherzigt, und zur Verbesserung der Sustentation verschiedene *Conclusa* erlassen, die der Kanzleykasse mehrern Zuflufs verschafft haben würden, wenn sie vollzogen worden wären.

Vorforge der letzten Visitation für die Kanzley durch mehrere Vis. Schlüsse, die aber nicht zum Vollzug gekommen sind.

So hat dieselbe *per Conclusam* vom 15. Sept. 1768 num. 8 und 9 verordnet, daß alle Copeyen der dem Gegentheil zu communicirenden Schriftsätze auf der Kanzley zu verfertigen seyen, und daß die Decrete ohne eine darauf zu schlagende Taxe nicht hinaus ge-

D

geben

geben werden sollten (*). Sodann hat sie *per Conclusum* vom 24. Jan. 1776 von dem Kammergerichte Bericht gefordert, warum die Specialverordnung vom 7. Jul. 1660, (welche darin besteht, daß die Bezahlung der Kanzleygebühren nicht bis zum Endurtheile ausgesetzt bleiben, sondern sogleich geschehen sollte, und daß die gerichtlich nöthigen Copeyen nicht auf den Schreibstuben der Procuratoren, sondern in der Kanzley zu verfertigen seyen) (**), bisher nicht eingehalten worden sey (***).

Das zuerst erwähnte *Conclusum* vom 15. Sept. 1768 ist aber, nachdem die K. Gts. Procuratoren dagegen Vorstellungen gemacht hatten, und die Materie nachher bey der hohen Visitation nicht wieder vorgekommen ist, außer Vollzug geblieben. Und der in dem letztern *concluso* von dem Kammergerichte abgeforderte Bericht ist, nachdem die Visitation bald darauf getrennt wurde, nicht erstattet worden.

So hatte auch die höchste Reichsversammlung im R. Schl. von 1775 über die Kanzleytaxen überhaupt von der letzten hohen Visitation Bericht gefordert, der gleichfalls wegen der noch im J. 1776 erfolgten jährlichen Tren-

(*) Von Balemann Samml. der Vis. Schl. S. 103.

(**) Dieses Kurfürstlich Mainzische Decret vom 7. Jul. 1660 ist schon in der Anlage *num. III.* am Ende mit mehrerem erwähnt.

(***) Von Balemann Samml. der Vis. Schl. S. 106.

Trennung unerstattet geblieben ist. Dieser Bericht ist nachher in dem R. Schl. vom 23. Aug. 1788 von dem Kammergerichte gefordert, aber auch noch nicht erstattet worden.

§. 24.

An Betreibung der Sache und wiederholten nur allzu gegründeten Klagen wegen Mangel an Subsistenz hat es indeffen die Kanzley bisher nicht ermanglen lassen.

Vorstellungen der Kanzley wegen ihres Nothstandes an dem höchstpreisl. K. u. R. Kammergerichte.

Den 5. Sept. 1782 hat sie an dem höchstpreisl. Kammergerichte eine Vorstellung übergeben, worin angeführt und bescheinigt war, daß zu dem damals fälligen Quartal statt ungefähr 1400 Thr. (welche wenige Summe nach den bisherigen so äußerst geringen ordinären Kanzleybefoldungen für die ganze Kanzley ein Befoldungsquartal nur ausmacht) in der Taxkasse nicht mehr als 450 Thr. vorrätig waren. Das *Petitum* wurde auf einen entweder aus der Pfenningmeistereykasse oder aus den Interessen der alten Depositengelder zu leistenden Vorschufs gestellt. Diese Angelegenheit ist indeffen damals ohne Resolution geblieben.

Die Kanzleypersonen mußten sich demnach begnügen, so lange auch auf ihre ordinären Befoldungen zu warten, bis solche endlich nach längst verflossenen sonstigen Auszahlungsterminen nach und nach entrichtet werden konnten. Und jetzt sind sie leider das Warten längst gewohnt, da nunmehr die laufenden Befoldun-

gen seit Jahr und Tag niemals mehr in dem jedesmaligen Termine haben ausbezahlt werden können, und es noch ein Glück ist, wenn nach einem Vierteljahre eine dreywochentliche Befoldung ausgetheilt werden kann.

§. 25.

Wiederholte
Vorstellungen,
worauf d. Col-
lationierungsge-
bühren 1783
eingef. worden
sind.

Die Kanzleypersonen haben es, wie gesagt, an Vorstellungen, um sich ihre Lage einigermaßen zu verbessern, nicht fehlen lassen. Zugleich in erwähntem Jahre 1782 haben sie die vorher schon oft gethanen Vorstellungen bey dem höchstpreisslichen Kammergerichte wiederholt, daß 1) eine Taxe auf die Decrete gesetzt werden mögte; 2) die sogenannten *labores protocolli* sogleich bezahlt werden sollten, mit denen sonst die Kanzley bis zum Haupturtheil, das dann auch noch oft unausgelöst bleibt, das leere Nachsehen hat; und daß 3) die Procuratoren angehalten werden mögten, alle *Producta*, welche dem Gegentheil zu communiciren sind, in der Kanzley abschreiben zu lassen, statt daß sie diese Abschriften von ihren eigenen Schreibern verfertigen lassen.

Man hat jedoch noch zur Zeit nicht mehr erhalten, als daß statt des 3ten Antrags die in der Kanzley vorzunehmende Collationirung aller *in duplo* von den Procuratoren übergebenen Schriften gegen eine Collationsgebühr zu 4 kr. *per* Bogen 1783 eingeführt worden

den ist. Dieses letztere hat in den ersten zehen Jahren meistens jährlich über 700 Thr. ausgeworfen. In den jetzigen Jahren aber beträgt es weniger.

§. 26.

Nachdem immittelst, wie schon vorgekommen ist, im R. Schl. vom 23. Aug. 1788 ein umständlicher Bericht über den Zustand der Kanzleytaxkasse wiederholt gefordert worden war, kam diese Sache endlich 1793 am Kammergerichte vor.

Es wurden darüber im März, April und May gedachten Jahrs, zusammen 16 Plenarberathschlagungen gehalten. Die Schlüsse des H. Referenten hierbey gingen dahin: 1) Kaiserlicher Majestät und dem Reiche vorzuschlagen, daß der Rückstand der Kanzleybefoldungen durch einen Römermonat berichtigt werden mögte; 2) die Taxe auf ein Drittel zu erhöhen; 3) für die Decrete, welche bisher umsonst hinausgegeben werden, eine Taxe einzuführen; 4) gleichfalls für die Abnehmung der Eide eine Taxe zu bestimmen; 5) mehrere in der Taxrolle nicht enthaltene Rubriken, die nach der Observanz bisher taxirt werden, bestimmt zu ergänzen; und endlich 6) die Befoldungen der Kanzleypersonen zu erhöhen. Der H. Correferent bey der Berathschlagung stimmte dahin: daß für die Decrete eine Taxe festzusetzen sey, und daß Kaiserlicher Majestät und dem Reiche der Vorschlag geschehe, zwey tausend Thaler jährlich beyzutragen, „ womit den

Plenarberathschl. im J. 1793 wegen des im R. Schl. v. 1788 abgeforderten Berichts über d. K. Verbeß. *Conclusum*: daß d. Kanzley vorerst einen 20 jähr. *Statum* d. Einnahme mit einem Berichte übergeben sollte.

„Kanzleypersonen ihr Gehalt um mehr als ein Viertel erhöht werden könnte“ (*).

Nach abgelegten übrigen Abstimmungen aber fiel das *Conclusum* nur dahin aus: daß vorerst der Kanzleyverwalter einen zwanzigjährigen *Status* der Einnahme und Ausgabe mit einem Berichte übergeben solle.

§. 27.

Bericht des Kanzleyverw. folgl. im Sept. 1793, der aber bis jetzt nicht wieder in Berathschlagung gezogen worden ist.

Diesen abgeforderten Bericht hat nun die Kanzley sogleich im Sept. 1793 erstattet. Die Sache ist aber des darauf nicht unterlassenen fleissigen Sollicitirens ungeachtet bis jetzt nicht wieder vorgekommen.

Der übergebene *Status* der Einnahme geht von 1773 bis 1792, und liegt in den Anlagen hier bey (**). Es ergibt sich daraus, daß sich die Kanzleyeinnahmen von 1784 an gegen die vorhergehenden Jahre in etwas, ungefähr um anderthalb tausend Thaler jährlich, gebessert haben, welches sich von den eingeführten Collationirungsgebühren und dem mehrern Betrieb der Einlieferung der *laborum protocolli* herschreibt. Eine Fortsetzung des *Status* der Kanzleyeinnahmen von 1793 bis 1796 liegt gleichfalls in den Anlagen hier bey (***).

IIIter AB-

*) Schon hieraus sieht man, in welchem Anschlage die Kanzleybefoldungen sind, wenn 33 Personen, aus welchen die Kanzley besteht, nur mit 2000 Thr. im Ganzen schon um mehr als ein Viertel in ihrem Gehalte verbessert werden könnten.

(**) Anl. num. IV.

(***) Anl. num. V.

III. ABSCHNITT.

NEUESTER AUF DEN HOECHSTEN PUNKT GESTIEGENER NOTHSTAND DER KANZLEY.

§. 28.

Wie gering indeffen die Kanzleyeinnahme in den neuesten Jahren sey, ergiebt sich aus dem zuletzt erwähnten *Statu* in der Anlage *num. V.* woraus zu ersehen ist, dafs 1794 nur 5358 Thr., 1795 nur 5860 Thr., und 1796 sogar nur 4649 Thr. an sämmtlichen Kanzleygefallen eingegangen sind. Da nun jährlich ungefähr 800 Thr. für die Kosten der Schreibmaterialien von den erwähnten Summen abgezogen werden müssen, so leuchtet von selbst ein, wie übel es mit der richtigen Bezahlung der gleichwohl so geringen laufenden Befoldungen, die 5228 Thr. erfordern, bisher ausgesehen hat. Die Kanzleybefoldungen konnten daher, wie schon gesagt, seit Jahr und Tag in dem Termine, wo sie fällig sind, nicht mehr entrichtet werden.

Auch die so geringen laufenden Befoldungen können in den jetzigen Jahren nicht mehr ausbez. werden.

Indem es nun den Kanzleypersonen natürlich äusserst schwer fällt, auf das wenige Geld, das sie zu ihrem Unterhalte bisher nur zu empfangen gehabt haben, noch lange warten zu müssen: so supplicirten sie bey Ihren Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz, dafs das Kanzleytaxamt authorisirt werden mögte, mittelst Verschreibung

schreibung der Taxgefälle ein Capital zu negociiren, womit die bey den Befoldungsterminen fehlenden *Quanta* von Zeit zu Zeit hätten zugeschoffen werden können, bis auf andern Weegen Hülfe erfolgen würde. Diese Bitte ist ihnen auch durch ein gnädigstes Rescript vom 20. Dec. 1795 (*) gewährt worden.

Ungeachtet aber sich hierauf das Kanzleytaxamt die größte Mühe gegeben hat, nur ein geringes Capital von allenfalls 1000 Thr. zu erhalten, so hat doch hierzu kein Gläubiger ausfindig gemacht werden können. *Hic stetimus, nobis ubi desuit orbis.*

§. 29.

Indessen hätte mit einem Vorschufs aus d. Pfenningm. Kasse am kürzesten geholfen werden können. Allein daran war gar nicht zu denken.

War es nun 1795 mit den Kanzleygefallen schlecht gegangen, so mußte es natürlich noch schlechter gehen, als sich 1796 der Kriegsschauplatz ganz in die Nähe zog, und endlich Wetzlar selbst von dem Reichsfeinde occupirt ward. In einem Vierteljahre oder länger kamen keine 100 Thr. in die Taxkasse.

Das bereiteste Mittel, den hierbey so sehr nothleidenden Kanzleypersonen einige Hülfe zu leisten, würde nun ein Vorschufs aus der kammergerichtlichen Sustentionskasse gewesen seyn, die der schon lange andauernden Kriegszeiten ungeachtet nach wie vor in dem besten Zustande verblieben war. Aber ein noch nicht lange her sich ergebener Vorfall hatte auch hierzu alle Hoffnung benommen.

Ihre

(*) Anl. num. VI.

Ihre Kurfürstliche Gnaden zu Mainz hatten nemlich, als das Kammergericht lange Zeit mit dem Vorhaben einer interimistischen Translocation beschäftigt war, unterm 23. Oct. 1794 an dasselbe rescribirt: „Dass es „sich von selbst verstehe, dass, wenn einmal das Kammergericht sich wirklich translociren wollte, den Kanzleypersonen und sonstigen Zugehörigen, ohne welche „dasselbe nicht bestehen könne, eben so gut, als „dem *Collegio*, fortgeholfen werden müsste, und dass „diesfalls zu den bereitesten Mitteln nothwendig zu „greifen sey. Das Kammergericht habe dermalen Capitalien und vorräthige Reichsgelder (über 165000 „Thr., die aus der Sustentationskasse ausgelehnt sind), „die es zu keiner Zeit gehabt habe. Es müsse also „aus diesen Mitteln die Nothdurft wenigstens vor- „schußweise bestritten werden, bis hiernächst bey „hergestellter Ruhe alles billig ausgeglichen werden „könne“. Bey der Deliberation über dieses kurfürstliche Schreiben wurde aber das *Conclusum* dahin gezogen: *abstrahatur von einem aus der Sustentationskasse der Kanzley zu machenden Vorschusse.*

Hieraus konnte man also wohl weisagen, dass sich auf irgend einen Vorschuss aus der Sustentationskasse keine Hoffnung zu machen war.

§. 30.

Indessen aber hat bekanntlich aus alten deponirten Geldern, deren Eigenthümer wegen Länge der
E Zeit

Die Kanzley trachtete daher nach ei-

nem Vorsch.
aus den alten
herrnlosgew.
Depositengel-
dern.

Zeit unbekannt geworden sind, das Kammergericht sowohl als die Kanzley in vorigen Zeiten einem temporären Mangel der Art mehrmal abgeholfen. Auch sind die hiervon handelnden Reichsgesetze einer solchen Aushülfe nicht gerade entgegen.

Bey der hohen Reichsversammlung ist zwar in mehrern *motis* 1673 solches mißbilligt worden. Der R. Schl. aber vom nemlichen Jahre fiel doch nur dahin aus: daß man es bey der Anzeige des Kammergerichts, daß die erhobenen Depositen wieder ersetzt seyen, beliefs, ohne ein Verbot für die Zukunft einzuschalten. Woraus sich ergibt, daß die vorherige Mißbilligung nur in dem bis dahin unterlassen gebliebenen Ersatze ihren Grund hatte. Und noch weniger steht das neueste Reichsgesetz, welches von dem Gegenstande handelt, der R. Schl. vom 25. Dec. 1765 nemlich einer solchen Aushülfe entgegen, indem hierin verordnet ist: „Daß die alten Depositen als Capital „angelegt, die Zinsen davon wieder zum Capital „schlagen, und zu keinem andern Gebrauche verwendet, „sondern zum Besten der Interessenten angelegt werden sollten“. Wenn demnach der Kanzley ein Capital hieraus vorgeschossen würde, so wäre ja das gerade zu dem Gebrauche verwendet, der buchstäblich vorgeschrieben ist.

Auch kann der Kanzley nicht entgegen gehalten werden, daß sie keine Sicherheit zu leisten imstand sey.

sey. Denn das höchstpreissliche Kammergericht müßte ja selbst in Stillstand gerathen, wenn in der Folge keine Taxen eingehen sollten. Wenn also das Kanzleytaxamt mit höchster Einwilligung Ihrer Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz die Taxgefälle zur Sicherheit des Capitals und der Zinsen in Beschlag geben würde: so könnte doch das wohl so gut als eine sichere Hypothek um so mehr gelten, als Kaiserliche Majestät und das Reich gewiss nicht entstehen werden, für die Erhaltung einer dem Kammergerichte nothwendigen Kanzley auf alle Weege in der Folge noch mehrere Vorsehung zu treffen.

§. 31.

Nach allem dem wäre denn doch vielleicht zu hoffen gewesen, daß das Kammergericht weniger Anstand genommen hätte, aus den alten herrnlos gewordenen Depositen der Kanzley in ihren höchsten Nöthen einen geringen Vorschuss zuzuweisen. Allein das Uebel war, daß diese alten Depositen im Numerair nicht mehr vorhanden, sondern alle auf Capital ausgelehnt sind.

Noch weniger Anst. wäre gewes., wenn in Rücksicht e. neu. Depos. d. Consens d. Partien selbst hätte beygeschafft werden können. Wo man sich ab. hinwand, erfolgte abschl. Antwort.

Die Kanzley verfiel daher auf ein anderes Auskunftsmittel, nemlich aus den neuen noch baar vorhandenen *depositis* sich eine Aushülfe zu verschaffen. Wenn eine oder die andere Partie, die ein solches neues *Depositum* am Kammergerichte hat, darin selbst con-

fentirt hätte, und auch *casu quo* der Consens des Gegentheils herbeyzuschaffen gewesen wäre, daß ein Theil der deponirten Summe mittelst Verschreibung der Taxgefälle in ein der Kanzley vorzuschiefsendes Capital umgeformt würde: so konnte diese Aushülfe begreiflicher Weise von dem höchstpreisslichen Kammergerichte in keinen Anstand gezogen werden. Man wendete sich demnach in einer solchen Sache, in welcher 15000 Thr. am K. Gte. deponirt sind, an die Partien selbst, erhielt aber von dem Theile, der die Gelder deponirt hatte, eine abschlägige Antwort, mit dem angegebenen Grunde, weil die gesetzliche Wirkung der Deposition dadurch gehemmt, und zu neuen Weiterungen die Veranlassung gegeben werden mögte.

§. 32.

Darauf im
Novemb. 1796
mehrere umst.
Vorstellungen
bey d. höchst-
preisl. K. Gte.,
d. aber bis jezt
ohne Resoluti-
on verbl. sind.

Da nun dieses *motivum* leicht zu beseitigen war, und zumal eine höchsttrichterliche Bestätigung der Sache alle Besorgniß von üblen Folgen auf die gesetzlichen Wirkungen des *depositi* von selbst gehoben hätte: so wendete sich nunmehr die Kanzley mit einer umständlichen Vorstellung an das K. und R. Kammergericht.

In dieser am 5 Nov. 1796 eingereichten Vorstellung ist vorerst der augenblickliche Nothstand der Kanzley geschildert, und bescheinigt, daß derselben vom 1. Jul. bis in den erwähnten November gar keine Befoldung, die sonst alle 6 Wochen entrichtet werden müßte, hatte ausbezahlt werden können. Und das *Petitum* wurde
alter-

alternative dahin gestellt: entweder an den hohen Reichsstand, den die Sache betraf, aus welcher man, wie erwähnt, den Vorschuss begehrt, aber von daher eine abschlägige Antwort erhalten hatte, ein motivirtes Vorschreiben zu erlassen, daß der Kanzley die begehrte Hülfe, ohne üble Folgen in Rücksicht des *depositi* gewärtigen zu dürfen, wohl geleistet werden könnte. Und *secundario* stellte man die bitte dahin, der Kanzley einen oder den andern der alten Depositenkasse zustehenden Capitalbrief-extradiren zu lassen, um damit für die augenblickliche Nothdurft eine Summe Geldes negociiren zu können, welches, wie in der Supplik mit mehrerm ausgeführt ist, ohne alle Inconvenienzen hätte geschehen können (*).

Unterm 22. Nov. 1796 hat man hierauf auf das dringendste *pro maturanda resolutione* gebeten (**), in dieser wiederholten Vorstellung aber nunmehr hauptsächlich auch um Beförderung des in dem R. Schl. vom 23. Aug. 1788 über die Kanzleysustentation abgeforderten Berichts unterthänigst supplicirt.

Ungeachtet man aber bis jetzt auf allen Weegen um die Vornahme der Sache auf das dringendste sollicitirt hat, so ist doch solche noch immer unterblieben.

Indessen die höchste Reichsversammlung wird sich gewiß gerade jetzt, wo die Noth am größten ist, auch am wirksamsten der Kanzley annehmen.

E 3

IVTER Ab-

(*) Anlage num. VII.

(**) Anlage num. VIII.

IVTER ABSCHNITT.

NOTHWENDIGKEIT EINES EXTRAORDINAIREN MITTELS, UM DEN BESOLDUNGSRÜCK- STAND DER KANZLEYPERSO- NEN ZU TILGEN.

§. 33.

Traurige La-
ge d. Kanzley-
personen we-
gen ihres Be-
foldungsrück-
standes.

Schilderungen, wie sehr ein seit 30 Jahren ange-
schwollener Befoldungsrückstand zumal für solche Die-
ner drückend sey, die dabey noch eine so außeror-
dentlich geringe Befoldung haben, sind gewiss über-
flüssig. Der hieraus entspringende grofse Nothstand
leuchtet von selbst ein.

Wenn die Kanzleypersonen 1713 Ursache genug
hatten, bey der damaligen Visitation und nachher bey
Kaiserl. Majestät so klägliche Vorstellungen zu über-
geben (*), weil sie damals einen Befoldungsrückstand
von 25000 Thr. hatten: so haben sie jetzt Ursache,
noch weit mehr über ihren Nothstand zu klagen, der
auch dermalen bey weitem gröfser ist, da jetzt alle
Lebensmittel wenigstens sechsmal theurer sind, als
1713, und da die Kanzleypersonen jetzt noch einen dop-
pelt mehrern Rückstand haben, als sie damals hatten (§. 2).

§. 34.

(*) *Winklerisches corp. jur. cam.* in einem der Anhänge pag. 24.
Fabers alte Staatskanzley Th. 35.

§. 34.

Die damalige hohe Visitation äusserte in ihrem schliesslichen Berichte an Kaiserliche Majestät, dass der Rückstand aus den Taxgefällen nicht werde herbeygeschafft werden können, sondern dass auf ein extraordinaires Mittel werde zu denken seyn, wie solcher zu tilgen wäre (§. 17). Indessen gingen, wie schon erwähnt, bald darauf die Kanzleygefälle so gut ein, dass jener Rückstand schon 1729 nach und nach aus solchen getilgt worden war (§. 21). Durchaus aber ist dies bey dem jetzigen Rückstande, der sich schon seit 30 Jahren wieder ergeben hat, ganz und gar nicht zu erwarten.

Unhinlänglichk. d. künftigen Taxgef. zu dessen Tilgung. Sondern Erforderniss ein. extraordinaires Mittels.

In jenen ältern Zeiten war

1) der kammergerichtliche Jurisdictionskreis noch von grösserm Umfange, hingegen in neuern Zeiten ist solcher durch mehrere *privilegia de non appellando* beschränkter geworden. Man war

2) damals nicht difficil in Annahme der Prozesse, die erkannt wurden, wenn die Klage nur irgend ein Colorit hatte. Heut zu Tage ist man bekanntlich hierin weit difficiler.

3) Die präoccupatorischen Vorstellungen waren in jenen Zeiten noch nicht so im Gebrauche, wie heut zu Tage.

4) Wurden damals den abschlägigen Decreten noch nicht zugleich schwere Geldstrafen beygefügt. Nur bey Definitivurtheilen konnte der Fall eintreten. Hingegen
find

sind der heutigen Praxis Goldstrafen von mehreren Marken bey abschlägigen Decreten geläufig, wodurch natürlich die Partien sehr abgeschreckt werden müssen.

Endlich

5) hat auch der Proceßgeist mehr abgenommen, indem man das Ungeheuer, welches Proceß heist, näher kennen gelernt hat, und sich lieber mit einem magern Vergleiche begnügt, als die trüben Aussichten eines im gerichtlichen Weege zu erhaltenden größern Gewinnstes oft lebenslänglich umsonst zu verfolgen. Andere Aufschlüsse, warum die Beförderung der Sachen, und sohin auch die bessere Einnahme der Kanzley, abgenommen hat, zu geschweigen.

Nach allem dem fällt also die Erwartung ganz weg, daß der Befoldungsrückstand der Kanzley allenfalls wieder aus künftigen Taxgefällen getilgt werden könnte. Wäre auch die Kanzleyverbesserung 1719 nicht übergangen worden, wäre also jener alte Kanzleyrückstand damals durch ein extraordinaires Mittel, wie die hohe Visitation vorgeschlagen hatte, und nicht durch die nachher eingegangenen Taxgefälle getilgt worden: so würde die jetzige Kanzley doch die Hälfte ihres nunmehrigen Rückstandes weniger haben. Es ist also um so billiger, daß der Vorschlag jener hohen Visitation nunmehr *jure postliminii* in Ansehung der jetzt rückstehenden Befoldungen wieder eintritt,

§. 35.

Die Sustentation des hohen Collegiums ist bekanntlich in der besten Lage, da die in der Pfenningmeisterey-kasse überschießend vorhandenen Reichsgelder zu beträchtlichen Capitalien erwachsen sind, welche die Summe von 165887 Thr. ausmachen. Ein Fall, der sonst niemals am Kammergerichte vorhanden war. Und ungeachtet ferner durch die R. Schlüsse vom 11. Aug. 1787 und 10. Aug. 1791 verordnet worden ist, daß die zur Erbauung des neuen Archivs noch nöthigen Summen aus jener Kasse vorgeschossen werden sollten, worauf auch bis jetzt aus solcher über 36000 fl. zu dem Baue hergegeben worden sind; auch ungeachtet andere außerordentliche Ausgaben sich bisher gar vielfach ergeben haben: so sind doch in der erwähnten Kasse, ohne die vorhandenen Capitalien wieder anzuführen, immer auch bey den jetzigen Zeitläuften jährlich noch beträchtliche Ueberschüsse an baarem Gelde vorrätzig verblieben, z. B. im Jahre 1794 ein baarer Geldvorrath von 48021 Thr., von 1795 ein Ueberschuß zu 39484 Thr., und vom vorigen J. 1796 doch ein baarer Geldvorrath von mehr als 29000 Thr.

Da für d. Sustentation des Coll.cam. so gut gesorgt ist, so wird die hohe Reichsversf. gewiß auch d. K. Gts. Kanzley nicht zu Grund gehen lassen.

Da demnach das höchstpreissliche Kammergericht in so eine gute Sustentationsverfassung gesetzt worden ist, und da der jetzigen Kriegszeiten ungeachtet die Kammerzieler so fortdauernd gut eingegangen sind, zum Beweise wie sehr den höchsten und hohen [Ständen an der steten Erhaltung dieses höchsten Reichsgerichts gelegen

F

ist:

ist: so werden Kaiserliche Majestät und die höchste Reichsversammlung gewiss auch die K. Gts. Kanzley nicht zu Grund gehen lassen, da ohne diese das Gericht selbst nicht bestehen könnte.

§. 36.

Nähere Angabe e. Aushülfe, die sich unt. and. durch die herrnlosen alt. Depositengelder darbietet, welches e. Verwendung *ad pios usus* am ähnlichsten wäre.

Unter den verschiedenen Mitteln nun, welche zu einer alsbaldigen der Kanzley so höchst nöthigen Aushülfe sich leicht anbieten, will man indessen nur das allein erwähnen: daß die bey dem Kammergerichte vorhandenen alten Depositengelder, [deren Eigenthümer durch Länge der Zeit ganz unbekannt geworden sind, hierzu gnädigst verwendet werden könnten.

Diese völlig herrnlos gewordenen Gelder machen jetzt, nachdem sie seit vielen Jahren zu Capital angelegt, die Interessen auch nach und nach wieder zu Capital gemacht worden sind, die Summe von 29977 fl. aus (*).

Es sind schon vor der ersten Auslehnung der ganzen Summe, woraus diese *Deposita* damals bestanden, und die noch viel weniger als ein Drittel der jetzt angewachsenen Summe nur ausgemacht hat, *Edictales* erlassen

(*) Der Hauptstahl dieser in alten Zeiten deponirten Gelder, deren Eigenthümer nicht mehr bekannt sind, bestand nur, als solche vor 30 Jahren ausgelehnt wurden, in 9500 fl. Die jetzige Summe ist, wie schon erwähnt, durch die bisherigen Interessen angewachsen. Die Transportkosten im J. 1687 für die Akten von Speyer nach Frankfurt, und 1689 zur Zurückbringung der von den Franzosen nach Straßburg geführten Akten, sind aus jener alten Depositenkasse genommen worden. Mehrere Nachricht ist in H. v. Balemann Anmerkungen über die Vis. Schl. S. 490 folg.

fen worden, worauf sich aber bisher keine Eigenthümer zu den Geldern gemeldet haben. Und das höchst preissliche Kammergericht hat demnach in den an Ihre Kaiserliche Majestät unterm 16 Jan. 1783 und 15 Febr. 1785 erstatteten Berichten solche selbst schon für völlig herrnlos erklärt, und damals den Vorschlag gethan, daß sie zu den kammergerichtlichen Gebäuden verwendet werden mögten.

Wenn Kaiserl. Majestät, Allerhöchst deren fiscalischer Kasse diese herrnlos erklärten Gelder demnach zugefallen sind, solche der nothleidenden Kanzley allergnädigst zuweisen würden, so wäre das einer Verwendung *ad pios usus* am ähnlichsten. Und die Kanzley würde dadurch doch bald die Hälfte ihres sie so sehr drückenden Besoldungsrückstandes erhalten.

VTER ABSCHNITT.

VORSCHLÄGE, WIE NACH GETILGTEM BESOLDUNGS-
RÜCKSTANDE DIE KÜNFTIGE SUSTENTATION DER
KANZLEY DURCH ERÖFFNUNG NEUER TAX-
QUELLEN LEICHT VERBESSERT
WERDEN KÖNNTE.

§. 37.

Wenn den K. Gts. Kanzleypersonen in ihren jetzigen höchsten Nöthen durch ein extraordinaires Mittel zu
F 2 ihrem

ihrem Befoldungsrückstande verholten ist, so kann die künftige bessere Sustentation der Kanzley garfüglich aus den Taxgefällen hergenommen werden.

Vorerst will man, was in der Einleitung schon gesagt worden ist, wiederholen, daß die K. Gts. Kanzleytaxen nichts weniger als hoch seyen. Sie haben bisher, ein Jahr in das andere gerechnet, kaum 7000 Thr. jährlich ertragen, welches gewiß für den Gerichtstand so vieler deutschen Reichslande eine Kleinigkeit ist (§.4). Sie würden also, ohne übermäßig zu werden, schon beträchtliche Erhöhungen leiden. Um so mehr werden sie geringe Erhöhungen ertragen können.

Zugleich führen einige der folgenden Vorschläge noch wesentliche Verbesserungen der Justiz mit sich, welche also dadurch desto annehmlicher, oder vielmehr nothwendig werden. Diese Beschaffenheit hat der gleich folgende

ITE VORSCHLAG:

EINFÜHRUNG EINES PROTOCOLLS IN JEDER EXTRAJUDICIALSACHE, WOFÜR PROTOCOLLARGEBÜHREN FESTGESETZT WERDEN KÖNNTEN.

Es ist bisher mit den Extrajudicialaktenstöcken so gehalten worden: der Procurator, der um Erkennung der

Bisherige Methode in Betreff der Aufbewahrung

der Proceffe supplicirt, muß die Suppliken in doppelter Abschrift übergeben; die Beylagen aber übergibt er nur einfach. Das Decret, welches hiernächst erfolgt, wird auf beide Suppliken geschrieben, und die eine Supplik bleibt nun in der Kanzley zurück, die andere aber wird mit dem daraufgeschriebenen Decrete sammt allen Beylagen dem Procurator wieder hinausgegeben; das ist mit andern Worten: der ganze Extrajudicialstock wird nach ergangenem Decrete wieder extradirt. Wenn der Procurator demnächst in der Sache ferner supplicirt, so gibt er mit der neuen Supplik die vorigen Akten, die bisher in seiner Disposition waren, wieder ein. Hat er endlich ein Decret erhalten, welches förmlich expedirt werden muß, so ist ihm vorerst, wie schon erwähnt, der ganze Aktenstock *eodem die decreti* hinausgegeben worden, und demnächst schickt er nun über kurz oder lang, wenn er die Expedition des ergangenen Decrets verlangt, den Stock wieder in die Kanzley, damit jetzt hiernach die Expedition der Proceffe verfertigt werde. Ist nun hierauf der ganze Aktenstock, so wie er wieder in die Kanzley zurückgegeben worden ist, von den Copisten zur Insinuation an den Gegentheil abgeschrieben, so erhält der Procurator den Originalstock nun wieder nach Haus, den er solange bey sich behält, bis der gerichtliche Erscheinungstermin für den Gegentheil fällig ist, wo er demnach die Akten in der Audienz wieder übergibt.

zung d. Extrajudicialsachen.

§. 38.

Große Nach-
theile bey der
bisherigen Ein-
richtung.

Die Nachteile dieser Einrichtung sind sehr augenfällig, indem leicht bey Extradition des ganzen Aktenstocks ein Unterschleif getrieben werden könnte. Zum Beyspiel der Advocat hat in der Supplik einen oder den andern Umstand angeführt, den er sich vor den Augen des Gegentheils zu behaupten nicht getrauen kann; oder er hat eine Beylage übergeben, die er der Censur des Gegentheils gerne entziehen möchte; gleichwohl hat er vielleicht hauptsächlich jener Angabe die Erkennung der Proceſſe zu danken. Nun hat er den ganzen Originalstock wieder in seinem Hause, in seiner Gewalt. Und jetzt mag doch wenigstens leicht die Versuchung da seyn, sich durch eine oder die andere Abänderung aus der Verlegenheit zu helfen.

Beyspiele der Art haben sich schon ergeben: daß man bey der Definitivberathschlagung Hauptanlagen, worauf das Extrajudicialerkenntniß gebauet worden war, mutilirt und in wesentlichen Stellen geändert fand. So zeigte sich auch in einer Sache, daß sich der gewesene Extrajudicialreferent ausdrücklich auf eine Supplik bezogen hatte, in welcher ein Geständniß über einen faktischen Umstand enthalten war, das ihm zur *ratio decidendi* diente; wie die Sache demnächst zur Definitivberathschlagung kam, war aber diese Supplik nicht mehr bey dem Aktenstock, und im gerichtlichen Proceßlaufe war nun gerade das Gegentheil von dem behauptet

behauptet worden, was vorhin eingestanden worden war (*).

Ferner hat sich 1782 der Fall entdeckt, daß nur auf eine Schuldforderung ein *Mandatum S. C.* erkannt worden, die Sache aber auf zwey *Credita* expedirt, und so gerichtlich fortgeloffen war, indem vor der Ausfertigung der Prozesse, bey der bisherigen Extradition des Aktenstocks, die zweyte Schuldforderung von 10000 Thr. noch beygeflickt, und das Mandat demnach in der Expedition auch hierauf extendirt worden war.

Endlich finden sich in dem bey der letzten hohen Visitation übergebenen verbesserten Concepte der K. G. O. in den Anmerkungen auch schon Beyspiele angeführt, daß bey einer desert gewordenen Appellation dem Aktenstock nachher eine Supplik *pro prorogatione fatalium* eingeschoben worden sey (**).

§. 39.

Allen dergleichen Unterschleifen kann nur dadurch Fortsetzung.
vorgebeugt werden, wenn die Extrajudicialstöcke gleich in der Verwahrung des Gerichts verbleiben müssen, und nicht, wie bisher, vor der Expedition in die Hände des Procurators oder Advocaten zurückgegeben werden.

Auch

(*) Diese Beyspiele sind bey der 1793 über die Kanzleyverbesserung gehaltenen Plenarberathschlagung in einem *Voto* angeführt worden.

(**) *Selchovs* Concepte der K. G. O. Th. I. S. 344.

Auch hat diese bisherige Praxis ferner den Nachtheil, daß, wenn eine Sache abgeschlagen worden ist, nun kein Aktenstock mehr bey dem Gerichte vorhanden bleibt, der doch *pro futura rei memoria*, weil gar leicht die nemliche Sache wieder in Bewegung kommen kann, vorhanden seyn sollte.

So war es bey der letzten hohen Visitation mehrmal der Fall, daß dieselbe die Akten wegen einer abgeschlagenen Sache von dem Kammergerichte begehrte, welche sodann bey den Procuratoren gefordert werden mußten, wo sie zum Theil mit Mühe und nicht ganz herbeygeschafft wurden, oder auch die Aeufserung erfolgte, daß solche nicht mehr bey der Hand seyen, und entweder von den Partien zurückgenommen, oder den auswärtigen Advocaten zugeschickt worden waren (*).

§. 40.

Hingeg. große d. Justiz zugehende Vortheile bey der vorgeschl. Veränderung.

So augenscheinlichen Nachtheil nun die bisherige Praxis hat, so großen Vortheil würde die vorgeschlagene Umänderung derselben mit sich bringen; indem

1) bey erkannten Sachen die Gefahr vor den erwähnten Unterschleifen völlig beseitigt wäre, sobald die Originalakten nicht mehr extradirt werden.

2) Würde bey abgeschlagenen Sachen die so oft in der Folge wieder nöthige Nachricht mit dem aufbewahrten ganzen Aktenstocke immer vorhanden bleiben.

3) Sollte

(*) Diese Vorfälle finden sich in dem Kanzleyarchive von dem vorigen Kanzleyverwalter bemerkt.

3) Sollte ja schon die gute Ordnung bey jedem Gerichte mit sich bringen, daß alles, was daselbst verhandelt wird, auch sorgfältig aufgehoben werden müßte.

Endlich

4) ist es in den Cameralgesetzen schon vorgeschrieben, die Extrajudicialstöcke nicht herauszugeben, sondern solche in der Kanzley sogleich zurückzubehalten; wobey ausdrücklich der Beweggrund angegeben ist, weil sonst eine Gefährde mit möglichen Aenderungen der Suppliken getrieben werden könnte (*).

§. 41.

Es sollten daher, so wie in Judicialsachen, auch in Extrajudicialsachen förmliche Aktenprotocolle geführt,
G
darin

Dabey auch eine neue Tax-einnahme von

(*) So heist es in dem Vis. Mem. von 1600 den Advocaten und Procuratoren §. 4: „Da auch mit besonderm Befremden bemerkt wird, daß decretirte Supplicationen aus der Kanzley gefordert und herausgenommen, folgendes hernach entweder radirt, oder ad marginem annotirt, und etwas weiter addirt, und zur Verfertigung der Proceße wieder hinein geliefert werden, welches sowohl den Referenten, als auch der Gegenparthey zu besonderm Nachtheil gereicht: als sollen hinführo die Notarien keine decretirte Supplicationen mehr hinaus geben, sondern bey der Kanzley zu Fertigung der Proceße behalten, oder da einem oder dem andern Procurator das Decret zu wissen nöthig, ihm dasselbe vorlesen oder abschriftlich zustellen“. Hieraus sieht man deutlich, daß die ganzen Extrajudicialstöcke sogleich in der Kanzley verbleiben sollten. Das nemliche erhellet aus dem Dep. Absch. von 1600 §. 22.

von wenigstens
1500 Thr. Wel-
ches jedoch f.
die Partien,
statt ein. meh-
rern Auslage,
gegen die vori-
ge Einrichtung
selbst noch Er-
sparnis seyn
würde.

darin die *Exhibita* mit sämmtlichen Beylagen registrirt, und so ganze Aktenstöcke gehörig erhalten werden (*); welches auch aus dem Grunde noch um so nöthiger ist, als heut zu Tage eines Theils wegen des weitläufigen Supplicirens und der grossen Anzahl der Beylagen eine Extrajudicialsache oft schon ein beträchtliches Aktenconvolut ausmacht, und andern Theils auch nach erkannten Processen noch häufig *extrajudicialiter* supplicirt wird.

Die *jura protocolli*, welche hierdurch der Kanzley zugewiesen werden könnten, würden ein ziemlich beträchtlicher Zuschuss seyn, indem man füglich für die Protocollirung jeder Extrajudicialsupplik 50 kr. Taxe bestimmen könnte. Nun sind z. B. im J. 1796 2800 Extrajudicialsuppliken übergeben worden. Dies würde also in dem Anschlage und bey der unterstellten Anzahl, die in andern Jahren zuverlässig noch höher seyn muß, jährlich wenigstens eine neue Kanzleyeinnahme von mehr als 1500 Thr. ausmachen.

Es ist auch gewiss der vorgeschlagene Ansatz von 50 kr. nicht zu hoch; denn

1.) macht diese Einführung einzelner Protocolle eine

(*) Bey der Plenarberathschlagung von 1793 über die Verbesserung der Kanzley sustentation ist demnach der Vorschlag auch zur Sprache gekommen, und in den *Haafischen* freymüthigen Gedanken über die Taxirungen &c. S. 121 ist solcher auch schon berührt worden.

ne neue Bemühung für die Kanzley, da nebst dem täglichen Einschreiben der Suppliken in das sogenannte Hebdomedriebuch, welches als ein *Repertorium generale* nothwendig verbleiben müste, nun noch für jede Sache ein eigenes Protocoll gehalten würde, worin *dies exhibiti*, der Name des Procurators, der die Supplik übergibt, und das ganze *Rubrum* einzutragen wäre. Sodann müste jedes *Exhibitum* mit feinen Beylagen gehörig quadrangulirt, so der ganze Stock aufbewahrt, und hiermit eine vollständige Extrajudicialregistratur gehalten werden.

2.) Sind ohnehin die Protocollargebühren ein Hauptgegenstand, worauf am ersten eine Kanzleytaxe füg-lich beruhen kann.

3.) Macht es in der Regel, wenn nur eine Supplik *pro processibus* übergeben wird, wobey es in Citations- und Mandatsfachen gewöhnlich doch allein verbleibt, nur die einzigen 50 kr. — und wenn mehrere Suppliken nöthig sind, nur einige Gulden für jede Partie mehr aus, worüber sich niemand zu beschweren gegründete Ursache haben könnte.

Im Gegentheil

4.) erspart die Partie vielleicht noch hiermit, da es nun völlig unnöthig ist, eine doppelte Abschrift der Suppliken einzugeben.

§. 42.

Die Extrajudicialsuppliken haben bisher deswegen doppelt eingegeben werden müssen, damit demnächst die

Fortsetzung
des Beweises,
dass d. Umän-

derung e. Er-
sparnis für d.
Partien ausma-
chen würde.

Expedition der erkannten Proceſſe eigentlich nicht nach der Supplik, die der Procurator hinaus erhalten hat, und nun ſolche zur Expedition wieder zurück in die Kanzley gibt, gefertigt, ſondern das eine Dupplicat, welches in der Kanzley zurückbehalten wurde, dazu zum Grund gelegt werde. Allein es iſt bisher immer nur *bona fide* die Expedition nach dem Stocke gerade ſo gemacht worden, wie ihn der Procurator wieder zurückgegeben hatte, da es den Kanzleyperſonen wohl zu umſtändlich war, immer das Dupplicat wieder zur Hand zu ſuchen. Ohnehin ſicherte auch dieſes gar nicht, da ja doch mit den Beylagen irgend eine Aenderung hätte geſchehen können, womit dann auch, wie oben erwähnt, ſchon Unterſchleife paſſirt ſind (§. 38); welches aber jetzt wegfällt, wenn die ganzen Akten ſogleich in der gerichtlichen Verwahrung verbleiben. Und die Partie erſpart hierbey die doppelte Abſchrift der Extrajudicialſuppliken.

Die bisherigen Auslagen für dieſe zweyfache Abſchriften haben bey Citations- und Mandatsſachen in der Regel gewiß immer mehr als 50 kr. betragen, da bey der bekannten Difficultät im Erkennen der Advocat ſchon bey dem Proceſſgeſuche das Recht des Klägers mit aller Umſtändlichkeit darthun muß. Suppliken *pro decernendis proceſſibus*, die nur einige Bogen ausmachten, ſind daher ſelten. Vielmehr 30 oder 40 Bogen, ſelbſt noch mehr, iſt kein außerordentlicher Schlag. Die doppelte Abſchrift hat alſo bisher oft 10 fl. oder mehr ausmachen müſſen.

müssen. Statt dessen würde jetzt die Partie in der Regel mit 50 kr. wegkommen.

Bey Appellationsfachen leuchtet es noch mehr ein, daß nach der neuen Einrichtung eine Ersparnis herauskommen würde, indem hierbey bisher nicht allein die Suppliken, sondern auch die Libelle *in duplo* haben übergeben werden müssen, welche letztere fast immer viele Bogen ausmachen, wobey die Abschrift zumal in weitläuftigen Appellationsfachen eine beträchtliche Ausgabe hat verursachen müssen.

Da nun eines Theils die Partie alles das ersparen würde, indem sie statt dessen jetzt nur 50 kr, oder wenn mehrere Suppliken eingereicht werden müßten, einige Gulden dafür zu entrichten hätte, und da andern Theils eine vollständige Aufbewahrung der Extrajudicialakten erzielt würde: so findet sich die vorgeschlagene neue Einrichtung mit dem allem hinlänglich unterstützt.

II TER VORSCHLAG.

AUSSLÖSUNG DER DECRETE.

§. 43.

Für die Decrete könnte füglich und sollte aller Billigkeit nach eine Taxe gesetzt werden. Dieser Punkt hängt mit dem Iten Verbesserungsvorschlage genau zusammen.

Zusammenhang dies. Vorschlags mit dem ersten,

G 3

Wenn

Wenn nemlich künftig die Extrajudicialstöcke so-
gleich in gehöriger Registratur gehalten, und nicht
mehr hinausgegeben werden, so braucht, wie erwähnt,
die Partie auch keine doppelte Extrajudicialsuppliken
mehr einzugeben (§. 42). Aber nun kann auch keine
Supplik mit dem derselben nur aufgeschriebenen Decrete
dem Procurator wieder zugestellt werden, da die nur
einfach übergebene Supplik zugleich mit ihren Beylagen
als förmlicher Aktenstock in dem Gerichte verbleiben
mufs. Das Decret müfste nun auf einen besondern Bo-
gen gesetzt, und so hinaus gegeben werden.

Hierbey hat die Kanzley eine Arbeit mehr, in-
dem es nun ferner nöthig ist, auch vorerst die Rubrik da-
bey zu setzen, auch nöthig wäre, zugleich die über-
gebenen Supplicationen, worauf das Decret ergangen
ist, voraus zu specificiren, in der ähnlichen Form,
wie die *Extractus conclusi* am Kaiserlichen Reichshof-
rathe üblich sind.

§. 44.

Große Be-
mühungen der
Kanzl. mit je-
dem Decrete,
wofür sie aber
bis jetzt nicht
d. geringste be-
zieht.

Auffer der Rücksicht dieser neuen mehrern Kanzley-
arbeit, war es aber auch vorher schon höchst billig,
dafs auf die Decrete eine Taxe gesetzt wäre, statt
dafs sie bisher umsonst hinaus gegeben worden sind.

Der Hebdomadarius mufs das ganze Rubrum jeder
Supplik in das *Repertorium generale* der Extrajudicia-
lien, in das sogenannte Hebdomedriebuch eintragen,
das

das jährlich einen starken Folioband ausmacht. Er muß die Suppliken dem hohen Directorium demnächst zur Distribution vorlegen, sodann *diem distributionis* und den Namen des Referenten im Hebdomedriebuch beysetzen. Der Notarius des Senats muß nachher, wenn über die Supplik referirt wird, das ganze *Rubrum* derselben wieder in das Senatsprotocoll eintragen, und nach beendigter und gehörig niedergeschriebener Deliberation am Ende derselben das Decret *in extenso* einrücken. Darauf muß er das Decret auf das eine Duplikat der Supplik setzen; und nun bringt er den ganzen Stock dem Hebdomadarius in die Kanzley zurück, welcher jetzt das Decret einmal wieder in das Hebdomedriebuch — und zum andernmal auf das zweyte Duplicat der Supplik schreibt, und dieses dann bisher mit dem ganzen Stock nun hinausgibt.

Und für alle diese Bemühungen bekommt bis jetzt die Kanzley nicht das geringste.

§. 45.

Die Kanzley muß sich nur damit trösten, daß sie, wenn demnächst das Decret zur Expedition bestellt werden sollte, die bestimmten Expeditionsgebühren erhalten werde.

Indessen

1.) werden nicht alle erkannten Proceße demnächst auch wirklich expedirt. Man wird nicht zuviel sagen, daß wohl der 4te Theil der jährlich erkannten Proceße

Sie mußte bisher nur auf die künftigen Expeditionsgebühren hoffen, wobey sie aber sehr zu kurz kommt.

ceffe vielleicht unexpedirt zurückbleibt, da sich die Partien häufig nach nur ergangenen Decrete schon vergleichen.

2.) Fällt die Vertröstung auf die demnächstigen Expeditionsgebühren der Proceffe bey allen abschlägigen Decreten ohnehin weg, die bekanntlich selbst in grösserer Anzahl ergehen, als die Erkenntnisse.

Endlich

3.) sind die erwähnten Expeditionsgebühren, wenn eine erkannte Sache hierzu demnächst bestellt wird, für die alsdann erforderliche mühsame förmliche Ausfertigung und dabey zu leistende Abschriften, keineswegs aber für die eben erwähnten nicht geringen Bemühungen, die dabey gar nicht im Anschlage sind.

§. 46.

Billigkeit einer Decreten-tax, welche auch d. jüngste hohe Visitation schon anerkannt hat, und d. K. Gt. selbst anerkennt, aber noch nicht in Ausübung ist.

Es ist daher gewiss nichts billiger, als das die Decrete schon an und für sich mit einer Taxe belegt würden.

Die letzte hohe Visitation hat auch diese Billigkeit anerkannt, und durch einen Vis. Schl. vom 15. Sept. 1768 die Auslösung der Decrete verordnet. Die Procuratoren übergaben aber gegen diesen Vis. Schlufs, worin zugleich befohlen worden war, das die Abschriften sämmtlicher Produkte künftig nicht mehr auf den Schreibstuben der Procuratoren selbst, sondern auf der Kanzley verfertigt werden sollten, eine sehr umständliche Gegenvorstellung. Hierüber begehrte nun die
Visita-

Visitation einen Bericht von dem damaligen Kanzleyverwalter, den derselbe aber zu erstatten unterlassen hat.

Worauf die Sache auf sich beruhete, bis 1781 und im folgenden Jahre die Kanzley wieder an dem höchstpreislichen Kammergerichte solche in Anregung gebracht hat. Bey den hiernach 1783 gehaltenen Plenarberathschlagungen ist statt der auf der Kanzley zu fertigenden Abschriften aller Produkte die Collationirung derselben eingeführt, sohin der Punkt in so weit erledigt worden; das fernere Begehren der Kanzley wegen Auslösung der Decrete aber hat man als eine Sache angesehen, die zwar vollkommen billig sey, aber nicht in der kammergerichtlichen Verfügungs-Gewalt liege.

Im Jahre 1793 sind darauf die meisten Abstimmungen wieder auf die Billigkeit eines Taxansatzes für die Decrete ausgefallen. Der ganze Gegenstand der Kanzleyverbesserung aber ist, wie schon erwähnt, da solcher nachher ausgesetzt wurde, noch nicht wieder reassumirt worden, und der von Kaiserlicher Majestät und dem Reiche darüber vor vielen Jahren schon geforderte Bericht demnach bis jetzt noch unerstattet geblieben (§. 23).

§. 47.

Es ist um so billiger, daß auf die Decrete eine Taxe gesetzt wird, als ferner

H

Fernere Auseinandersetzung der Billigkeit e. Decretentaxe:
I.) bey

1.) Beyspiel
and. Gerichte.

1.) bey allen andern Gerichten keine Bescheide unentgeltlich werden hinausgegeben werden, zumal wo die Sufstentation der Gerichtspersonen an den Fond der Proceßtaxen gewiesen ist.

2.) Taxe d.
Procuratoren.

2.) Setzen die K. Gts. Procuratoren sich selbst für ein Hauptdecret einen Gulden, und für jedes andere Decret 30 kr. an.

3.) Noch
mehr verdien-
te es d. Kanz-
ley.

3.) Aber würde gewifs der Kanzley hierfür noch weit ehender eine Taxe gebühren, als den Procuratoren, da diese bey der Ertheilung der Decrete gar keine Arbeit mehr haben, wohl aber die Kanzley bedeutende Bemühungen hierbey hat (§. 44.)

Sodann

4.) Schon er-
folgtes Nach-
geben d. Pro-
curatoren.

4.) haben die K. Gts. Procuratoren in ihrer der letzten hohen Visitation gegen den erwähnten Visitat. Schl. vom 15. Sept. 1768 übergebenen gedruckten Vorstellung auch hauptsächlich nur die anbefohlenen Kanzleyabschriften der Judicialproducte bestritten, den Punkt wegen Auslösung der Decrete aber nur *incidenter* darin berührt, und S. 14 in der Art nachgegeben, daß sie daselbst äußern: daß die Kanzley seit einiger Zeit schon den Anfang gemacht habe, unter der Hand auf jedes Decret eine Taxe von 10 kr. zu setzen, welches sie sich ebenfalls künftig gefallen lassen wollten, mit der am Ende angehängten Bitte, daß übrigens nur bey Definitivdecreten, und zwar wenn solche demächst expedirt würden, eine fernere Taxe von der hohen Visitation näher bestimmt werde.

§. 48.

Dieses Vorgeben aber, dafs die Kanzley schon angefangen habe, für sich eine Taxe auf jedes Decret zu schlagen, war und ist jetzt noch ein völliger Irrthum. Damals so wenig, als jetzt, hat die Kanzley dieses unternommen. Die Decrete hatten damals noch keinen Kreuzer Taxe, so wie sie auch jetzt noch völlig taxfrey sind, und nur von der competirenden Gewalt nach aller Billigkeit sicher mit einer Taxe erst werden belegt werden.

Erläuterung
dieses Nachge-
bens.

Dafs indessen nur allein auf Definitivdecrete eine Taxe gesetzt werde (wohin sich die Procuratoren in der 1782 tentirten *amicabili* abermals, nun mit einem vorgeschlagenen Ansatz von einem Gulden, erklärt haben, und zwar auch nur wieder allein auf den Fall, wenn die Decrete zur Expedition kämen) würde ganz unbillig seyn. Denn die Kanzley hat mit jedem andern Decrete gerade die nemliche Bemühung, wie mit Definitivdecreten. Nur in der mindern Wichtigkeit des Bescheides, und nicht in der geringern Bemühung, liegt der Grund, warum für erstere weniger anzusetzen wäre, als für letztere. Setzen dann die Procuratoren sich selbst auch nur allein für ein Definitivdecret eine Taxe an? Sie erhalten jedes Decret von der Partie noch besonders bezahlt (§. 47), ungeachtet sie hiermit nicht die geringste Bemühung mehr haben. Die Kanzley aber sollte nicht für jedes Decret bezahlt werden, ungeachtet sie allein grofse Bemühungen dabey hat? Die Unbilligkeit

leuchtet von selbst in die Augen. Und wenn die Kanzley nur alsdann die Decrete bezahlt erhalten sollte, wenn demnächst die Proceſſe auch förmlich expedirt würden: so würde sie wieder in den allermeisten Sachen leer durchfallen, da eines Theils sehr viele, welche auch erkannt worden sind, demnächst unexpedirt liegen bleiben, weil sich die Partien schon vorher vergleichen, und da andern Theils mehr Sachen abgeschlagen, als erkannt werden, in welchen also die Kanzley immer leer ausgehen würde.

§. 49.

5.) Daſs die Kanzley für abſchl. Decrete nichts erhalte, würde ganz unbillig ſeyn.

5.) Daſs deswegen von einem Decrete alsdann keine Taxe entrichtet werden dürfte, weil die Sache dadurch abgeschlagen worden wäre, würde ohne allen Grund ſeyn. Denn es wird an keinem Gerichte der Unterschied gelten, daſs die Partie nur für favorable Beſcheide eine Gebühr geben müſſe, für andere aber nicht.

Ein *Decretum denegatorium* hat in Appellationsſachen die Wirkung eines Confirmatoriurtheils. Der abgewieſene Appellant erſpart die Proceſſkosten, da er doch wohl demnächst untergelegen ſeyn würde, wenn er die Proceſſe auch erkannt erhalten hätte. Er kann es ſich also für eine Wohlthat anrechnen, daſs die Sache ſogleich nach ſorgfältiger Prüfung abgeschlagen worden iſt, wenn nur keine übertriebene Difficultät den Richter gelei- tet hat.

Ist die Klage vielleicht selbst frivol zu nennen, so ist das gewiß noch weniger Empfehlung, die *decreta denegatoria* taxfrey passieren zu lassen. Dieses trifft wohl einen ziemlichen Theil der jährlich einkommenden Extrajudicialsachen, die das Gericht und die Kanzley in nemlicher Art beschäftigen, als jene, die erkannt werden.

Ohnehin bringt die gleiche Distribution des Beytrags zum Kanzleyunterhalt mit sich, daß es unbillig seyn würde, wenn man die Last allein auf den Theil, der gegründete Klagen anbringt, legen, und den andern, der seinen Gegner frevelmüthig herumzieht, und dem Gerichte eine unnütze Beschäftigung macht, frey ausgehen lassen wollte.

§. 50.

6.) Der Vorwand der K. Gts. Procuratoren, daß sie, wenn eine Sache abgeschlagen würde, nun selbst für ihre eigenen *Deservita* größten Theils von den Partien nichts erhielten, also um so weniger noch ihnen zugemuthet werden könnte, das abschlägige Decret aus ihrem Beutel zu lösen, zerfällt sogleich, wenn man ihnen antwortet: daß sie sich nur immer Vorschuss zu den Proceßkosten geben lassen — und keine Sache ehen-der einführen sollten, bis sie solchen erhalten hätten.

6.) Beleucht. des Vorwandes der Procuratoren, daß sie bey abschl. Decreten ihre eigenen *Deservita* nicht erhielten.

Ohnehin werden sich die meisten hierin jedesmal schon bestens vorzusehen nicht unterlassen. Hat einer

aber wirklich einmal eine Sache übernommen, ohne einen Vorschufs erhalten zu haben: so hat er das auf seine Gefahr gethan, und sich die Auslage alsdann selbst zuzuschreiben, die er nachher gegen die Partie immer einklagen kann.

Hätte er sich auf alle Fälle und gegen alle demnächstige Weiterungen sichern wollen, so hat ja dies nur bey ihm gestanden, da ihn niemand zwingen konnte, eine Sache ohne einen Vorschufs für Proceßkosten zu übernehmen. Wäre die Partie wirklich unvermögend, solchen zu leisten: so darf sie ja nur um das Armenrecht suppliciren, wo die Sache alsdann ihren geweihten Weeg hat.

Bey vermögenden Partien ist es nur Vorwand von den Procuratoren, daß sie die Auslagen thun müßten. Und leistet sie einer Wirklich, so ist es eines Theils freyer Wille, und andern Theils, da er sich also doch zu den Auslagen entschließt, so muß er dann auch die geringe Auslage für die Taxe des Decrets leisten. Wie gesagt aber, werden sich die meisten ohnehin schon hierin besser versehen,

§. 51.

7.) Ausein-
andersetzung,
daß eine Taxe
von 80 kr. für
Definitivdecre-
te, und von 40
kr. für jedes
andere Decret,
d. Partien kei-

7.) Ist allenfalls eine Taxe von 80 kr., die auf Hauptdecrete (das ist solche, wodurch die Proceße entweder abgeschlagen, oder erkannt werden) gesetzt würde, und 40 kr. auf jedes andere Decret, kein Gegenstand, von welchem man mit Recht sagen könnte, daß dies eine Beschwerde für die Partien ausmachen würde.

Eben

Eben so wenig kann selbst eine solche geringe allenfallige Auslage des Procurators für denselben drückend seyn. Doch man abstrahirt von letzterm, da es ein für allemal richtig ist, daß der Procurator ohne einen wirklich schon erhaltenen Vorschuss eine Sache zu übernehmen nicht nöthig hat, und auch wohl größten Theils sich solchen geben zu lassen nicht veräumen wird (§. 50).

nes wegs beschwerlich fallen könnte.

Es ist die erwähnte geringe Taxe gewiß keine Beschwerde für die Partien. Denn

a.) wenn das Hauptdecret auf die übergebene Supplik gleich erfolgt, so sind es die einzigen 80 kr., welche die Partie mehr, als bisher, zu entrichten hätte, die ihr sicher nicht Wehe thun werden.

b.) Wenn hingegen ein Prälocut vorher nöthig ist, so wird das wenigstens größten Theils *culpa partis* geschehen, indem die Sache nicht klar genug vorgestellt ist, oder nöthige Bescheinigungen mangeln. Und es kommen alsdann nur 40 kr. hinzu. Wird Schreiben um Bericht erkannt, so gehen dem Hauptdecrete in der Regel nur zwey Bescheide voraus: das Decret auf Schreiben um Bericht, und dann die Communication des Berichts. Wird Prorogation *ad informandum*, oder *ad contra-informandum* gesucht, so ist das *culpa* desjenigen, der sie begehrt. Die Taxe vermehrt sich also in der Regel nur um fernere 80 kr., welche Auslage sicher für die Partien keine Beschwerde seyn kann.

c.) In Appellationsfachen können ferner die häufigen Gesuche um Verlängerung der Fatalien keinen Grund mit sich führen, um die *Decreta fatalium prorogatoria* taxfrey

frey zu lassen, da die Vervielfältigung jener Gesuche den Gesetzen zuwider ist, und die Partie diese mehrere Auslagen sparen könnte, oder sollte.

§. 52.

8.) Vermeidung des überflüssigen Supplicirens.

8.) Würde vielleicht auch von dieser Decretentaxe zu gewärtigen seyn, daß das unnöthige und überflüssige Suppliciren wohl mehr unterbleiben mögte.

Endlich

9.) Sonstiger Verlust d. Kanzley.

9.) da gar viele Sachen, wie schon erwähnt, wenn sie auch erkannt worden sind, doch demnächst unexpedirt bleiben, weil sich die Partien sogleich nach ergangenem Decrete vergleichen: so hätte die Kanzley doch zu ihrer Sustentation den geringen Beyschuß durch die Taxe für das Decret, mit welchem der Proceß sein Ende erreicht hat, erhalten, statt daß sie sonst für ihre großen Bemühungen in der Sache, die durch ein Decret zum Besten der Partien beendet worden ist, durchfallen würde.

§. 53.

Berechnung dieser neuen Einnahme auf wenigstens 840 Thr. jährlich.

So wenig nun auch die vorgeschlagene Decretentaxe für jede Partie im Einzelnen ausmacht (§. 51.): so würde es doch für die Kanzley im Ganzen eine ziemlich beträchtliche Einnahme seyn. So sind z. B. im J. 1796 mit Abrechnung der Armensachen 184 Hauptdecrete, durch welche die Proceße entweder abgeschla-

geschlagen oder erkannt worden sind (*) und 1404 andere Decrete ergangen (**). In sonstigen Jahren, eins ins andere genommen, kann man erstere über 200 und letztere über 1500 rechnen. Hiernach läßt sich sohin diese neue Kanzleyeinnahme, die Hauptdecrete zu 80 kr. und andere zu 40 kr. gerechnet, auf ungefähr 850 Thr. jährlich anschlagen.

I

IIIter VOR-

(*) Man könnte auch unter die Hauptdecrete solche Verordnungen rechnen, durch welche der Richter den Versuch macht, den ganzen Proceß *b. m.* zu coupiren, ferner auch die *Decreta ad ulteriorem deductionem iterato denegatoria*, so auch wenn eine Commission *extrajudicialiter* erkannt würde, oder wenn durch ein besonderes Decret Inhibition erkannt wird, die *confirmationes contractuum*, und andere. Alle diese aber sind hier unter die Zahl der Hauptdecrete nicht gesetzt, sondern zu den übrigen gerechnet, die nur mit 40 kr. auszulösen wären.

(**) Bey dieser Angabe sind nebst den Armensachen noch viele Decrete schon weggelassen, bey welchen es angemessen ist, sie ohne Taxe hinauszugeben, z. B. Denegation eines Gesuchs *pro depositione*, oder auch dessen Gestattung, da in letzterm Falle in die Leserey schon *jura* gegeben werden müssen; Annahme eines gerichtlichen Testaments, aus der nemlichen Ursache; ferner die Weisungen an die Kanzley wegen der Expedition; die Decrete auf Suppliken *pro remissione mulctæ*, sie mögen willfährig oder inhäsitiv seyn; Ordinationen *puncto insinuationis*; begehrte Retradition der Suppliken oder eines Originals, und die *Decreta: reponatur*. Die gar häufigen *Prorogationes fatalium* machen den grössten Theil der oben angegebenen Zahl aus. Sehr viele Sachen kommen indessen nicht bis zur Uebergabe des Libells, weil sich die Partien, auch ehe nur die Sache noch

IIITER VORSCHLAG.

ALSBALDIGE BEZAHLUNG DER RECESSE, ODER
DER COMPLETURGEBÜHREN IN DEN GE-
RICHTLICHEN SACHEN.

§. 54.

Bestimmung
d. Completur-
gebühren zu e.
Hauptfond der
Kanzley.

Die Taxe für die während des Laufes eines jeden kammergerichtlichen Reccesses von den Procuratoren in der Audienz abgehaltenen Recesse ist ein Hauptfond für die Sustentation der Kanzley.

Die Kanzley muß die Recesse in die einzelnen Protocolle jeder Sache eintragen, die Schriften oder andere *Producta*, die mittelst der Recesse übergeben worden sind, in fortlaufender Zahl sogleich quadraguliren, und die Numern, womit diese Schriften oder *Producta* demnach bezeichnet worden sind, in dem Protocolle zur Seite des eingetragenen Reccesses zugleich bemerken, sohin hiermit die gerichtlichen Akten immer gehörig registriren und complet erhalten.

Für diese sogenannten Completurgebühren sind in den Gesetzen für jedes Blatt des sich hiermit aufstellenden Protocolls 80 kr. bestimmt. Die sämtlichen Recesse,

noch bis dahin erwächst, vergleichen. Alsdann hätte die Kanzley durch die Taxe für das *Decretum fatalium prorogatorium* doch etwas für ihre Bemühungen bey der Sache bezogen.

Recesse, welche in einem Jahre abgehalten werden, geben nun allenfalls 5000 Blätter aus, wobey die Armensachen schon beyläufig abgerechnet sind. Man sieht demnach, wenn die sämmtlichen Completurgebühren bezahlt würden, dass dies eine beträchtliche Summe von ungefähr fünfthalb tausend Thaler jährlich ausmachen würde.

§. 55.

Es wird aber bey der bisherigen hiermit vorhandenen Einrichtung nur der geringste Theil dieser Completurgebühren wirklich entrichtet, weil die Kanzley in jeder Sache mit dem Bezuge der Gebühren so lange warten muss, bis ein Definitivurtheil ergangen ist. Würden die Procuratoren mit ihren Deserviten gleichfalls bis zu dem Endurtheile warten müssen, so würden sie eben so Mangel leiden, wie die Kanzley.

Bey der bisherigen hierin vorhandenen Einrichtung aber kommt nur der geringste Theil davon wirklich ein.

Wenn man bedenkt, wie viele Processe unter der Hand verglichen werden, in wie vielen ausserdem auch die Fortsetzung von den Partien unterlassen wird, und endlich wie viele Sachen nothwendig unerledigt liegen bleiben müssen, weil das Kammergericht der Erörterung aller dahin gelangten Rechtsfachen noch nicht gewachsen ist: so sieht man leicht, wie die Kanzley bey dieser Einrichtung so sehr zu kurz kommen muss.

Sie muss, wie gesagt, mit ihren Completurgebühren

bühren warten, bis ein Endurtheil ergangen ist. Selbst aber dann ist es immer noch eine Frage, ob das Urtheil auch ausgelöst wird. Begehrt kein Theil die Expedition des Urtheils, so ist auch jetzt noch an Bezahlung der Completurgebühren selbst in der Sache, die *definitive* entschieden worden ist, nicht zu denken.

Und das ist gar oft der Fall, daß Urtheile ergehen, ohne daß sich jemand um deren Auslösung meldet. Z. B. größten Theils vorerst, wenn der Beklagte absolvirt worden ist. Der Kläger kann alsdann das ihm widrige Urtheil nicht gebrauchen, und der Beklagte braucht es nicht, da ihn der Kläger jetzt ohnehin in Ruhe lassen muß. Selbst auch *in casu condemnatoriae* ist es oft der Fall, daß ein Urtheil unausgelöst bleibt, wenn sich die Partien nun wechselseitig vertragen.

Nach allem dem wird es sehr augenfällig, wie die Kanzley an der ihr hauptsächlich zugedachten Sufstentationsquelle das allermeiste verliert. Sie würde selbst noch größern Verlust leiden, wenn sie sich nicht dabey auf andern Weegen, wodurch aber freylich oft manche Unbilligkeit unterlaufen kann, helfen würde.

§. 56.

Es würde selbst noch weniger zu erhalten seyn, wenn sich die Kanzley nicht durch

Diese Weege find: Wenn z. B. ein neues Proceßgesuch einkommt, das mit einer am Kammergerichte schon anhängigen Sache in einiger Verbindung steht, auf welche sich bezogen wird, so werden diese alten Akten

Akten nun natürlich auch dem Referenten zugestellt; jetzt aber muß der neue Supplikant, wenn die Processe erkannt worden sind und demnächst expedirt werden sollen, zugleich die sämtlichen *jura protocolli* jener alten Sache, in welcher vielleicht vor seiner Existenz schon fünfzig Recesse abgehalten worden sind, und in welcher er nie erschienen ist, entrichten. Es ist dies freylich von den Procuratoren oft widersprochen worden, die auch in der Rücksicht Recht haben, daß es unbillig ist, daß einer *jura protocolli*, die von ihm gar nicht herrühren, und die ihn nichts angehen, doch bezahlen solle. Die Kanzley hat aber in mehrern Sachen, z. B. schon 1730 in Sachen Quaita wider Nauffau Weilburg diesen Gebrauch *in contradictorio* vertheidigt, und bis jetzt durchgesetzt.

mehrere Hausmittel, die aber oft manche Unbilligkeit mit sich führen, bish. hierbey geholfen hätte.

Oder wenn der Gegentheil die Sache durch unendlichen Aufschub verzögert hat, überflüssige auch gesetzwidrige Recesse zu mehrern Dutzenden abgehalten hat, und jetzt ein Urtheil gegen ihn ergeht, dessen Expedition der andere Theil nöthig hat: so muß letzterer die ganzen *jura protocolli* entrichten, und so die ordnungswidrigen vielfältigen Recesse, die sein Gegentheil abgehalten hat, und wodurch die Completurgebühren vielleicht zu einer beträchtlichen Summe angewachsen sind, für sich entrichten.

So auch wenn in einer Sache, die viele Gegenstände und mehrere Consorten hat, welche in ganz verschiedenen Gesichtspunkten streiten, über irgend nur einen

Gegenstand ein Urtheil ergeht, dessen förmlicher Expedition die Partie, die es betrifft, bedarf: so erhält sie solche nicht, wenn sie nicht zugleich die ganzen *jura protocolli*, die sie gleichwohl in den allermeisten Gegenständen nichts angehen, entrichtet.

Diese Hausmittel, obschon sie freylich nicht ganz billig sind, hat die Observanz bisher nachsehen müssen, weil ohnehin die Kanzley in den allermeisten Fällen nichts bekommt, und in noch mehrern nichts bekommen würde, wenn sie sich nicht auf die Art zu helfen suchen würde.

§. 57.

Rückstand unbezahlt. Completurgeb. von wenigst. 25000 Thr., wobey jedoch nicht alle neuere Sachen in Ansehl. gebracht sind, ganz alte Sachen nicht zu gedenken.

Die unbezahlt rückstehende Protocollargebühren machen eine sehr beträchtliche Summe aus. Im Jahre 1789 hat man ein Verzeichniß hierüber gefertigt, welches sich auf 15082 Thr. summirt. Hirbey ist aber zu merken, daß vielleicht kaum der Iote Theil aller kammergerichtlichen Akten hierin begriffen ist. Größten Theils nur neuere Sachen, und hierunter bey weitem nicht alle, sind dazu aufgesucht worden. Wer das kammergerichtliche Archiv kennt, wird abnehmen, daß die Arbeit, sämmtliche Sachen, in so weit die Completurgebühren darin noch nicht bezahlt sind, aufzusuchen und ausziehen, mehr als ein Menschenalter erfordern würde. Die Akten liegen in Wetzlar in drey verschiedenen Häusern angehäuft, und in Aschaffenburg sind bey 800 große Fässer damit angefüllt.

Bis

Bis zum Sept. 1793 sind an den in dem erwähnten Verzeichnisse von 1780 specificirten rückstehenden Gebühren nicht mehr als 1970 Thr. eingegangen, wie die Kanzley in ihrem in besagtem Jahre 1793 an das höchstpreissliche Kammergericht erstatteten Berichte angezeigt hat. Wenn man nun diesen geringen Abtrag, und das wenige, was allenfalls bis jetzt an jenem specificirten Rückstande nachbezahlt worden seyn mögte, abrechnet, hingegen die von 1789 an in den neuesten Sachen bis jetzt wieder aufgelaufene und unbezahlt gebliebene Completurgebühren dazu rechnet: so kann man leicht eine Summe von 25000 Thr. unterstellen, die sich bey der Fortsetzung jenes Verzeichnisses wenigstens ergeben müßte; ohne das in Betreff der Unvollständigkeit eben Gefagte zu wiederholen.

§. 58.

Das einzige Mittel indessen, diesem grossen Uebel, daß die Kanzley von einem ihr angewiesenen hauptsächlichen Sustentationsfond das allermeiste nicht bekommt, abzuhelpen, wäre: wenn sie mit dem Bezuge der Gebühren nicht mehr auf das Haupturtheil verwiesen bliebe, sondern, statt der zu 80 kr. für das Blatt bestimmten Completurgebühren, jeder Recess sogleich von demjenigen, der ihn abhielte, bezahlt werden müßte.

Die als baldige Bezahlung eines jeden Recesses würde d. einzige Mittel seyn, der Kanzley hierin zu helfen.

Will man es auf das Bestellen der Completur ankommen

kommen lassen, daß nemlich alsdann der Procurator nur sogleich diese *jura* entrichten müßte, wenn er die Completur des Protocolls, um sonach ein Urtheil in der Sache erhalten zu können, auch bestellt habe (wie es vor einiger Zeit hiermit noch so gehalten wurde): so kommt die Kanzley ebenso mit dem größten Theile ihrer Gebühren zu kurz; da 1.) so viele Sachen unfortgesetzt liegen bleiben, in welchen also die schon erschienenen *jura* verloren wären; und da 2.) auch in den Sachen, die fortgesetzt werden, es oft den Sachwaltern mehr um den fortdauernden Lauf ihrer Deserviten zu thun seyn mag, als um ein baldiges Endurtheil; es also 3.) von den Procuratoren abhängen würde, ob und wie lange sie eine Sache verzögern wollten, da vor geschעהner Completur die Akten dem Richter nicht zu Gesicht kommen. Auch läßt es 4.) etwas sonderbar, wenn immerfort recessirt wird, der Procurator aber durch die Bestellung der Completur der Recessse gleichsam erst zu erklären hätte, daß es damit im Ernste gemeint sey, und daß er auch wirklich ein Urtheil verlange. Ohnehin 5.) geht es nicht mehr an, die Entrichtung der Recesssgebühren auf die vorherige Bestellung der Completur auszusetzen, da durch einen im J. 1785 ergangenen gemeinen Bescheid von Audienz zu Audienz alle Recessse sogleich ohne Verzug complirt werden sollen, welches auch seitdem beobachtet wird.

§. 59.

Dies. Gesuch

Das einzige Mittel, wodurch der Kanzley zu dem voll-

vollständigen Bezug dieser Gebühren verholffen werden könnte, ist, wie schon gesagt, nur: wenn jeder Re-
cesss sogleich von demjenigen, der ihn abhält, bezahlt werden müßte. Dieses Gesuch hat die Kanzley schon
1771 bey dem höchstpreisslichen Kammergerichte ange-
bracht, welches aber daselbst ohne Resolution ver-
blieben ist.

hat man schon
1771 an dem
Kaif. K. Gte. ge-
than, worauf
aber nicht ge-
holffen wor-
den ist.

Der hohe kammergerichtliche Gesammtrath hat da-
rauf 1785 damit helfen wollen, dafs durch einen G.
B. verordnet worden ist: dafs die Completurgebühren
(unbeschadet des künftigen Ausspruchs darüber, wer das
ganze zu bezahlen haben werde) vor der Hand so-
gleich von beyden Theilen von jedem zur Hälfte be-
zahlt werden sollten, und die Procuratoren diese je-
desmaligen Gebühren mit allem Fleisse bey den Par-
tien eintreiben und in die Kanzley liefern sollten (*).
Letztere sollte demnach jährlich die Specificationen über
die aufgelaufenen Completur-jura den Procuratoren zu-
stellen. Dies hat man verschiedene Jahre hindurch so
fortgesetzt, welches aber gleichwohl wenig gefruchtet
hat. Darauf sind viele *Monitoria* an die Partien selbst
expedirt worden, das indessen gleichfalls von ge-
ringem Erfolge war. *Mandata de exequendo* nun nach-
zufuchen, hat man jedoch bis jetzt unterlassen, da sol-
ches theils kostspielig, theils beschwerlich, seyn würde,
weil die Forderung für die rückstehenden Completurge-
bühren unter viele tausend Partien vertheilt ist.

K

§. 60.

(*) G. B. vom 13. May 1785 num. II.

§. 60.

So lange es dabey bleibt, daß die Procuratoren die Completurgeb. bey den Partien nur einmahnen sollen, behält d. Kanzley immer das leere Nachsehen.

Es wollen freylich die Gesetze nur, daß die Procuratoren die Completurgebühren mit allem Fleisse bey den Partien einmahnen, und, was sie erhalten, sogleich in die Kanzley liefern sollen (*). Man sieht aber aus dem Erfolge, wie übel die Kanzley hierbey zurecht kommt.

Es ist den Procuratoren nicht zu verdenken, wenn sie nach dem bekannten Sprichworte: *amor incipit ab ego*, hauptsächlich nur für sich sorgen. Die in Händen habende Gelder bleiben zur Vergleichung der eigenen jetzigen oder künftigen Deservitenrechnung zurück. Wenn mancher nicht nothgedrungen der Kanzley an Gebühren etwas zustellen muß, so erhält sie außerdem gewiss nichts. Sie kann sich hauptsächlich nur in dem Falle Hoffnung machen, die Completurgebühren in einer Sache zu erhalten, wo der Anwalt nothwendig eine Expedition des Urtheils haben muß.

Wenn die Procuratoren nicht verbindlich gemacht werden, jeden Recess, so wie sie solchen abhalten, sogleich zu bezahlen, so wird die Kanzley immer das leere Nachsehen haben.

§. 61.

Beseitigung des Vorwandes, daß die

Die Procuratoren können sich damit helfen, daß sie sich nur Vorschuss von der Partie geben lassen.
Sie

(*) K. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 3. Dep. Absch. von 1557. §. 33.
Vis. Mem. an die Adv. und Proc. von 1713. §. 15.

Sie müssen, wenn sie eine Kanzleyexpedition nöthig haben, solche sogleich bezahlen, müssen, wenn sie für sich arbeiten lassen, den Advocaten sogleich bezahlen, müssen ihre Schreiber sogleich bezahlen. Dies macht leicht hundertmal mehr aus, als die Taxe für einen Recess.

Procuratoren
diese Gebüh-
ren nicht so-
gleich entrich-
ten könnten.

Wenn sie demnach, wie erwähnt, die Expeditionen, auch Advocaturarbeiten, und ihre Schreiber sogleich bezahlen müssen: so haben sie dazu entweder Vorschuss, oder sie legen es aus. Im ersten Falle wird es nicht leicht fehlen, dass auch die Gebühren für die Recessse noch damit berichtigt werden könnten. Und im zweyten Falle würde es auf eins herauskommen, wenn sie sich doch zur Auslage bequemt hätten, auch die Completurgebühren noch auszulegen. Sie können sich jedoch nur an den ersten Fall binden, welches ohnehin, wie oft gesagt, meistens nicht unterlassen werden wird.

Und so viele Recessse brauchen sie ja nicht abzuhalten, und sollen solche nicht abhalten. Wenn man will, so könnte gar oft eine Sache allenfalls mit 8 oder 12 Recessen zum Urtheil submittirt seyn. In der Regel könnte man dann 16 annehmen, wobey auf jeden Theil also 8 zu rechnen wären. Dieses würde demnach für eine Partie an Completurgebühren für die ganze Instruction der Sache, wenn man jeden Recess allenfalls zu 40 kr. anschlägt, im Ganzen 3 Thr. 50 kr. ausmachen.

Freylich aber hält mancher Procurator oft 30 bis 40 unnöthige Recessse ab. Wenn jeder alsbald eine Taxe für seinen Recess entrichten müßte, so würde dies zuverlässig auch zugleich das beste Mittel seyn, das überflüssige Recessiren zu verhüten.

§. 62.

Ausführung,
daß e. Ansatz
zu 40 kr. für
jeden Recess
nicht zu hoch
sey.

Der erwähnte Anschlag zu 40 kr. würde indessen auch keineswegs zu hoch seyn. Der Procurator bekommt für sich noch mehr, nemlich 50 kr. für jeden Recess. Der Kanzley könnte daher füglich selbst eben so viel zugewiesen werden. Und es wäre dies um so angemessener, als eines Theils die Completurgebühren zur Hauptkosten-tation der Kanzley bestimmt sind, und andern Theils auch die Fertigung der Protocolle und richtige Registratur der Akten eine vorzügliche Kanzleybeschäftigung ist, die mehr Beschwerlichkeit mit sich führt, als die Entwerfung der Recessse, welche nach einem allgemeinen Leisten geformt werden, und die gar manche Procuratoren nicht einmal selbst aufzusetzen sich die Mühe geben, sondern solches ihren Schreibern überlassen. Indessen will sich die Kanzley doch gerne nur mit dem erwähnten geringern Anschlage begnügen.

Daß dieser Ansatz zu 40 kr. nicht zu hoch sey, ergibt sich ferner daraus: indem

1.) die Completurgebühren zu 80 kr. für jedes Blatt schon gesetzlich bestimmt sind, statt dessen nun der neue Anschlag eintreten würde.

2.) Auch

2.) Auch wäre die zu Zeiten vorgekommene Beschwerde, daß die Protocolle oft zu weitläufig geschrieben würden, durch jene Umänderung völlig beseitigt, da alsdann ein Recess, wie der andere, er mag groß oder klein seyn, immer mit nicht mehr und nicht weniger als 40 kr. zu bezahlen wäre.

Wenn freylich

3.) jeder Recess so kurz wäre, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist: so würden bey der neuen Einrichtung weit mehr als 80 kr. für das Blatt herauskommen. Eines Theils aber recessiren die Procuratoren oft weitläufig genug, daß ein Recess Seiten oder Blätter einnimmt. Und andern Theils wenn auch die Kanzley auf die Art mehr als jene 80 kr. erhielte, so würde sich der Vorschlag gerade hiermit am meisten empfehlen, da es darauf ankommt, der Kanzley eine bessere Sustentation zuzuweisen, an der es ihr bisher so sehr gemangelt hat.

§. 63.

4.) Steht dieser Ansatz zu 40 kr. mit der Decretentaxe in dem engsten Zusammenhange. Wenn nemlich an dem Kammergerichte die ganz eigene Einrichtung der Audienz nicht wäre, so würden auf die Recessgesuche immer Zwischenbescheide erfolgen müssen. So aber werden die *per recessus* übergebene Schriften b. m. dem Gegentheile sogleich in der Audienz communicirt. *Implicite* ist jedoch hier eben so zu unterstellen, als

Fortsetzung
des Beweises,
daß d. Ansatz
nichts weniger
als zu hoch
sey.

wenn die Communication mittelst eines Bescheides geschehen wäre. Da nun die Decretentaxe und die Billigkeit eines Ansatzes zu 40 kr. für die Zwischenbescheide voraus augenfällig dargethan ist (§. 43 bis 52): so ist auch zugleich der Ansatz eines Recesses zu 40 kr. hiermit beßens fundirt.

5.) Die Procuratoren zumal dürfen! der Kanzley dies um so weniger mißgönnen, da sie selbst, wie schon erwähnt, für sich noch mehr für jeden Recess beziehen, und es an sich nicht abzusehen ist, warum die Kanzley sogar nicht eben soviel verdienen sollte, indem doch die Completur eine Hauptbeschäftigung derselben ist (§. 54 und 62).

6.) Die Partien würden diese nach und nach zu entrichtende Gebühren weit weniger verspüren, als wenn solche, wie bisher, bis zum Endurtheile angeschwollen sind, wo sie oft bey dessen Auslösung eine beträchtliche Summe um so mehr ausmachen, als die Procuratoren gewöhnlich so viele überflüssige Recessse abgehalten haben.

7.) Aber würde jetzt, wie schon erwähnt, zu erwarten seyn, daß die Procuratoren weit mehr hiermit an sich halten würden, wenn sie sogleich 40 kr. für jeden Recess entrichten müßten. Wobey nach mehrerer Einschränkung des überflüssigen Recessirens die Partien mit dieser neuen Einrichtung vielleicht selbst ersparen würden.

Endlich

3.) die Unbilligkeit würde ganz wegfallen, daß die
die

die Partien oft zur Entrichtung solcher Protocollargebühren bisher gezwungen waren, die sie im Grunde gar nichts angingen, und daß der Unschuldige für den Schuldigen auf die Art oft eine beträchtliche Summe auslegen mußte (§. 56). Sondern, wie es die Billigkeit mit sich bringt, Würde jetzt auch immer nur der an Kanzleygebühren etwas zu entrichten haben, von welchem solche auch wirklich veranlaßt worden wären.

Die Berechnung der jährlichen mehrern Kanzleyeinnahme, welche die neue Einrichtung hervorbringen würde, ist am Ende des gleichfolgenden IVten Vorschlags, der mit dem eben vorgekommenen in engster Verbindung steht, angehängt.

IVTER VORSCHLAG.

REDUCTION DER AUDIENZ AUF EINEN TAG IN DER WOCHÉ.

§. 64.

Dem eben vorhergehenden Vorschlage dient es mit zur Hauptempfehlung, haß dadurch, wie mehrmal erwähnt worden ist, wenn jeder Recess sogleich bezahlt werden müßte, das überflüssige Recessiren am ersten eingeschränkt werden würde. Wenn nun ferner zugleich die Audienzen nur auf einen Tag in der Woche einzogen

Zusammenhang mit dem vorhergehenden Vorschlage.

zogen würden, so würde auch hiermit die Gelegenheit, überflüssige Recessse abzuhalten, um vieles vermindert seyn.

Dafs es mit einer einzigen Audienz in der Woche dermalen genug sey, oder vielmehr schon seit langer Zeit genug gewesen sey, ist für jeden Augenzeugen der kammergerichtlichen Verfassung notorisch.

§. 65.

Vortreffliche
Einrichtung d.
Audienz am K.
Gte. Nur ist es
unnöthig, sie
noch dreymal
in der Woche
zu halten.

Die Audienz am Kammergerichte ist bekanntlich da-
für: dafs

a.) nach erkannten und insinuirten Processen nun alle weitere processualische Handlungen mittelst der Recessse in derselben übergeben werden;

b.) dafs während derselben alsbald die übergebenen Schriften von den Gerichtspersonen selbst dem Gegentheile *brevi manu* communicirt werden, ohne dafs es eine besondere Insinuation erfordert;

c.) dafs daselbst die Urtheile publicirt werden, ohne dafs es nöthig ist, vorher *citationes ad audiendum publicari sententiam* zu erlassen;

d.) dafs daselbst auch, was das Kammergericht sonst den Procuratoren durch gemeine Bescheide zu ihrer Nachricht kund zu machen hat, sogleich verkündigt wird, ohne dafs es nöthig wäre, desfalls erst Bestellungen an die Procuratoren zum Erscheinen zu machen; und

e.) dient die Audienz dazu, wenn Eide abzulegen sind,

sind, Caution zu leisten ist, dass das da geschieht, ohne dass es nöthig wäre, desfalls erst besondere Citationen zu erlassen.

Aus allem dem ergibt sich, dass der Justiz gewiss kein Heil wiederfahren würde, wenn die Audienz, wie in neuern Schriften vorgeschlagen wird, ganz abgeschafft würde, da alsdann gröfserer Aufenthalt und mehrere Kosten für die Partien augenfällig entstehen würden. Dass aber in jeder Woche noch dreymal Audienz gehalten wird, ist höchst überflüssig. Bey den *lit. c. d. und e.* angegebenen Gegenständen leuchtet es von selbst ein.

§. 66.

Hingegen wegen der Recessse war es in ältern Zeiten nöthig, selbst auf jeden Gerichtstag vor- und nachmittags Audienz zu halten, weil die Recessse noch alle in derselben den Kanzleypersonen in die Feder dictirt wurden. Jedoch schränkte schon die K. G. O. von 1555 die Audienz auf die noch jetzt gewöhnlichen drey Tage in der Woche ein. Der R. A. zu Augsburg von 1566. §. 110 fand aber schon wieder nöthig, noch Extrastunden zuzusetzen. Im R. A. zu Speyer von 1570. §. 45 mussten sogar die Audienzen abermal auf alle Gerichtstage angeordnet werden. Der J. R. A. §. 88. ging indeffen wieder auf die drey Tage in der Woche zurück, jedoch dass morgens von 7 bis 10 Uhr und nachmittags von 1 bis 5 Audienz gehalten werden sollte.

Fortsetzung
des Beweises,
dass ein Au-
dienztag wö-
chentlich hin-
reiche.

L

Das

Das Mittel, dieser grossen Beschwerlichkeit abzu-
helfen, war: das Dictiren der Recessse abzuschaffen,
und sie schriftlich übergeben zu lassen. Dies wurde
durch den G. B. vom 13. Dec. 1659 erst völlig ein-
geführt. Worauf schon den 19. Jan. 1660 die auch
morgens vorher gehaltenen Audienzen eingestellt werden
konnten, und nur die nachmittägigen verblieben, die
immer mehrere Stunden dauerten, ohne dafs gleichwohl
alle Procuratoren ihre sämmtlichen Recessse anbringen
konnten, weil sie solche, obschon sie schriftlich über-
geben wurden, doch nebst dem noch vollständig ab-
lesen mußten; daher die Zeit gewöhnlich zu kurz war,
dafs alle an die Reihe mit ihren sämmtlichen Recessen
gekommen wären. Diejenigen, an denen die Ordnung
stehen geblieben war, fuhren in der folgenden Audienz
fort. Hierbey waren demnach wohl noch die 3 Audienz-
tage in der Woche nöthig.

Seit allenfalls 20 Jahren aber hat sich *per obser-
vantiam* dieses geändert. Die Procuratoren verlesen nur
einen oder den andern ihrer Recessse, und übergeben
die übrigen unabgelesen. Daher jetzt die Audienzen,
wenn keine Publication ist, höchstens nur eine Vier-
stunde lang dauern, und sich der Fall niemals mehr
ergeben kann, dafs ein Procurator wegen Mangel an
Zeit seine Recessse bis zur nächsten Audienz versparen
müßte.

Der hohe kammergerichtliche Gesammtrath wollte
zwar

zwar im J. 1785 das vollständige Ablefen wieder einführen (*). Nun dauerte aber die erste nach dieser erneuerten Vorschrift gehaltene Audienz gleich wieder ein paar Stunden. Mehrere Wochen lang ist es dann hierauf so fortgesetzt worden. Natürlich aber waren es Richter und Procuratoren gar bald wieder müde. Und jetzt fällt das vollständige Ablefen niemanden mehr ein, welches auch, da in der Audienz *in instanti* keine Bescheide mehr gegeben werden, unnöthig ist. Der Zweck könnte nur der seyn, daß der vorsitzende Assessor, wenn er wahrnehmen würde, daß allenfalls der Recess zu lang sey, da solche keine *materialia causæ*, sondern nur *formalia* enthalten sollen, oder daß etwas Respectwidriges darin sey, auf der Stelle in der Audienz das *deleatur* aussprechen könnte. So ein Recess aber findet sich ja auch demnächst in dem Protocoll der Sache, wo er immer noch ausgestrichen, und der Procurator gestraft werden kann.

§. 67.

Da nun 1.) die Vervielfältigung der Audienzen daher rührt, weil anfänglich alle Recesses dictirt, und nachher doch noch alle abgelesen werden mußten, wobey nicht sämmtliche Procuratoren in jeder Audienz, ungeachtet sie mehrere Stunden dauerten, fertig werden konnten; jetzt aber 2.) alles in einer einzigen Viertel-

Fortsetzung
u. Schlufs. Natürliche Verminderung der unnöthig. Recesses, je mehr d. Gelegenheit, sie abzuhalten, vermind. wird.

stunde gethan ist (§. 66); und da 3.) ein Recess nicht

L 2

leicht

(*) G. B. vom 13. May 1785 num 7.

leicht so eilig seyn wird, daß er nicht vom Montage allenfalls bis auf den Samstag aufgeschoben werden könnte; auch 4.) Wenn es der Fall seyn sollte, daß so eine außerordentliche Eile dabey wäre, das Nöthige alsdann *per supplicam extrajudicialem* vorgestellt werden kann; ferner 5.) Wenn Termine in der laufenden Woche ausgehen, das erforderliche sodann *in prima agendi facultate* natürlich eben so gültig beyzubringen ist; auch 6.) die Gerichtspersonen ganz überflüssiger Weise dreymal in der Woche mit der Audienz beschwert sind, wo eine jedesmal mehr als hinlänglich wäre; endlich 7.) da es augenfällig ist, daß, je mehrere Audienzen sind, auch desto mehrere Gelegenheit zur Abhaltung überflüssiger Recesses vorhanden ist, da manche Procuratoren in einer Sache wechselseitig oft ziemliche Zeit lang von Audienz zu Audienz unnöthige Recesses abhalten, wozu sie jetzt wöchentlich dreymal Gelegenheit haben, diese unnöthige Recesses sich also um vieles vermindern würden, wenn die Gelegenheit nur einmal vorhanden wäre: so ist durch alles das die Nützlichkeit des Vorschlags, die Audienz nur auf einen Tag in der Woche einzuschränken, genugsam dargethan.

§. 68.

Berechnung
des Ertrags d.
alsbaldigen Be-
zahlung jedes
Recesses auf
jährliche 4800
Thr.

Den Hauptgrund aber, wodurch die unnöthigen Recesses gewiss am meisten zu beseitigen wären, würde, wie oft erwähnt, der vorhergehende Vorschlag mit sich bringen, wenn die Procuratoren angehalten würden,

den, für jeden Recess fogleich eine Taxe in die Kanzley zu erlegen.

So wenig nun auch ein Anschlag zu 40 kr. für die einzelnen Partien eine beschwerliche Taxe wäre, so sehr würde dies im Ganzen für die Kanzley ergiebig seyn. Es sind bisher jährlich zum allerwenigsten 15000 Recessse eingegeben worden. Demnach würde sich nach dem Ansatze jedes Recesses zu 40 kr. eine jährliche Kanzleyeinnahme von mehr als 6400 Thr. ergeben, wobey die Armenfachen schon ungefähr abgerechnet sind. Da aber, wie bisher vorgekommen ist, zugleich dem überflüssigen Recessiren mehr Maafs und Ziel gesetzt wäre: so muß man auch den nach dem sonstigen Recessiren eben gemachten Anschlag wenigstens um 1 Viertel herunter setzen, und demnach nur allenfalls auf eine jährliche Einnahme von ungefähr 4800 Thr. rechnen.

VTER VORSCHLAG.

EINTREIBUNG DES RÜCKSTANDES DER ALTEN COM-
PLETURGEBÜHREN DURCH MANDATA DE EXE-
QUENDO GEGEN DIE PARTIEN.

§. 69.

Die Aufschwellung der Completurgebühren würde Wegen des
L 3 demnach,

Rückstandes d. Completurgebühren muß sich d. Kanzley unmittelb. an die Partien halten.

demnach, wenn jeder Recess einzeln sogleich bezahlt werden müßte, von nun an aufhören. Freylich aber könnten die Procuratoren in Betreff der rückstehenden alten *laborum protocolli*, die, wie erwähnt, eine sehr beträchtliche Summe betragen (§. 57), nicht *directe* in Anspruch genommen werden, da sie erst durch eine neue Gesetzgebung zur alsbaldigen Bezahlung der künftigen Completurgebühren angehalten würden.

Sie könnten in Betreff des Rückstandes in keinen weitem Anspruch genommen werden, als daß sie solchen bey den Partien mit allem Fleiße einmahnen, und darüber glaubwürdige Anzeige thun müßten. Wenn aber wegen letzterm eine gerichtliche Cognition jedesmal vor sich gehen sollte, wobey vielleicht der von den Procuratoren hierin angewandte Fleiß sich nicht besonders bemerklich machen mögte: so würde dieses der übrigen Justizertheilung nicht wenige Zeit wegnehmen.

Daher sind dann auch schon förmlich expedirte *Monitoria* an viele Partien selbst erlassen worden. Wegen des Umstandes aber, daß jene rückstehende Summen unter mehrern tausend Partien vertheilt sind, wo auf eine oft nur einige Thaler fallen, hat die Kanzley bisher unterlassen, *Mandata de exequendo* nachzusuchen, da ihr der Entschluß schwer fällt, so vielen Partien wegen einiger Thaler, die sie im Einzelnen an solche zu fordern hat, mit den Expeditions- und Insinuationsgebühren eines *Mandati de exequendo* vielleicht 20 Thr. oder mehr Kosten zu verursachen.

§. 70.

Da indeffen dieses Mittel doch nur allein übrig bleibt; auch die Verbindlichkeit, die Completurgebühren, aus welchen die Kanzley hauptsächlich sustentirt werden soll, zu bezahlen, vorhanden und gesetzlich aufgestellt ist; endlich die säumigen Schuldner sich selbst zuzuschreiben haben, wenn ihnen durch ihr Versäumnis mehrere Kosten zuwachsen: so müßte endlich die Strenge desfalls zur Hand zu nehmen seyn.

Endliches
einziges Mit-
tel *per Man-
data de exe-
quendo.*

Hierbey mögte dann allenfalls zweckdienlich seyn, wenn das höchstpreifliche Kammergericht vorher noch einen G. B. erlassen würde, worin unausbleiblich angedrohet würde, daß, im Falle die Partien, an welche die Kanzley *labores protocolli* rückständig zu fordern hätte, auf die erlassenen *Monitoria* die Gebühren nicht entrichten würden, alsdann *Mandata de exequendo* unachfichtlich erkannt werden sollten.

Wenn demnächst vielleicht nur einigemal solche erkannt, und dergleichen abschreckende Beyspiele, die die Partien theuer genug zu stehen kommen würden, wirklich aufgestellt würden: so mögte wohl zu erwarten seyn, daß es der größte Theil der übrigen Partien zu dem Extreme nicht werde kommen lassen.

VITER VORSCHLAG,

DIE SOGENANNTEN MARTINIGELDER
BETREFFEND.

§. 71.

Ursprung
des Martini-
geschenks.

Das bey der K. Gts. Kanzley herkömmliche Martini-
geschenk hat den Ursprung: Die Kanzleypersonen sind
nemlich gar häufig von den Procuratoren geplagt, die
bald dieses, bald jenes Decret oder Urtheil nachzusehen,
und heute dies morgen jenes nachzufragen haben, oh-
ne daß erstere ihre dabey immer vorhandenen Bemühun-
gen in Anschlag bringen können oder wollen. Auch
fertigt die Kanzley den Procuratoren ihre Cameralpässe,
die sie gar häufig verlangen, umsonst aus. Zur Er-
kenntlichkeit für diese Extrabemühungen oder Gefällig-
keiten haben nun in ältern Zeiten die Procuratoren
der Kanzley jährlich ein Tractament auf Martini ge-
geben, welches in dem Gerichtshause selbst, und
noch in den ersten Jahren, als das Kammergericht
nach Wetzlar gekommen ist, da auf die Art gehalten
wurde. Weil es aber bey dem Feste mehrmal Handel
gegeben hatte, so sind diese Bachanalien eingestellt
worden. Die Procuratoren haben jedoch die Billig-
keit eingesehen, der Kanzley für die erwähnten viel-
fältigen Extrabemühungen auf irgend eine Art ihre Er-
kenntlichkeit zu bezeigen, und haben sich desfalls ver-
abredet, daß statt des sonstigen Tractaments jeder ein
Douceur an Geld jährlich auf Martini geben wolle.

§. 72.

§. 72.

Das gewöhnliche, was indeffen auf die Art ein Procurator der Kanzley verehrt, sind zwey Laubthaler, auch oft nur einer. Einige von den Hauptprocuratoren geben auch eine Caroline.

Abschaffung
des Martini in
bisher. Form.

Die ganze Summe, welche grössten Theils nur heraus kömmt, besteht aus allenfalls 94 Thr. Da diese unter sämmtliche Kanzleypersonen zu vertheilen sind, so sieht man, wie wenig das für jeden ins besondere ausmacht.

Für die Procuratoren aber ist dieser *Martini* auf Kosten der Kanzleypersonen eine beträchtliche Einnahme. Sie setzen jeder ihrer Partien die Rubrik *Martini* für die Kanzley an, geben letzterer jedoch im Ganzen nur so viel, als sie schon von einigen Partien für solche bekommen, und von den übrigen hundert oder mehr Partien, die oft einer hat, fällt der für die Kanzley angesetzte *Martini* in ihre eigene Tasche.

Mehrere Kanzleypersonen haben daher schon vor allenfalls 8 Jahren den übrigen den Vorschlag gethan: da sie doch die fette Martinsgans, die nur auf ihre Kosten verzehrt wird, nicht erhalten könnten, lieber auch auf die magere zu renunciiren, und den *Martini* völlig aufzugeben. Die meisten haben aber damals bey dem Vorschlage gedacht, daß dann gleichwohl etwas besser sey, als gar nichts, und haben sich ihr geringes Martinigeschenk nicht nehmen lassen wollen. Wobey es al-

M

so,

so, da ohnehin *ob jura singulorum* auch die mehrern Stimmen in dem Falle nicht hätten gelten können, bisher verblieben ist.

Indessen wollen die Kanzleypersonen nunmehr gern auf diesen bisherigen Martini renunciiren; und wünschen, daß die höchste Reichsversammlung dem Kaif. und R. Kammergerichte die Weifung ertheilen mögte, einen gemeinen Bescheid zu publiciren, worin den Procuratoren verboten würde, ihren Partien irgend einen Ansatze für Martinigelder zu machen.

§. 73.

Indeff. hofft die Kanzl. von den höchsten Reichständen e. jährl. Martini-geschenk, zu welchem sich *causa u. titulus* besonders angeben lassen.

Hiermit würde demnach die der Kanzley empfindliche Ereigniß, daß, wie erwähnt, auf ihren Namen allen Partien der Martini angesetzt, ihr aber nur das wenigste davon wirklich zukommt (§. 72), beseitigt seyn. Auch wäre es immer eine jährliche Ersparniß für die Privatpartien, wenn solchen dergleichen Ansätze in den Procuraturrechnungen nicht mehr gemacht werden dürften.

Indessen haben z. B. bisher die Reichsstädte Hamburg und Nürnberg der Kanzley jährlich einen jedesmal bestimmten Martini zustellen lassen. Erstere alle Jahr 12 Thr., und letztere 8 Thr. Auf diese Geschenke auch zu renunciiren, kann nun natürlich der Kanzley nicht einfallen. Vielmehr ist solche von der Hoffnung belebt, daß sämtliche höchste und hohe Reichsstände ihr ähnliche Geschenke zu machen gnädigst geneigt seyn werden.

Die

Die alsbaldige Bereitwilligkeit, den Procuratoren bey ihren beständigen Anfragen und Desiderien, in so weit es seyn kann, mit Gefälligkeit sogleich an die Hand zu gehen, läßt sich nicht gebieten, noch erzwingen, sondern erhält durch den guten Willen den besten Trieb. Die Bereitwilligkeit und ein gefälliges Betragen gegen die Procuratoren wirkt indeffen nur allein zum Besten der Sachen, welche diese namens der höchsten und hohen Stände und anderer Partien am Gerichte betreiben.

Da nun die Kanzley ohnehin so sehr einer Unterstützung bedarf, in dem erwähnten Puncte überdem noch, wie eben vorgekommen ist, sich *causa* und *titulus* besonders angeben lassen; und da ferner in dem 4ten Stücke der Comitialnebenstunden von 1783 ausserdem schon zu freywilligen Geldbeyträgen zum Besten der Kanzley Hoffnung gemacht worden ist: so vertröstet sich solche um so mehr noch eines erwähnten Martinigeschenkes, als in den neuesten Cameralwerken sich selbst schon angegeben findet: "dass die Kanzley von vielen
" höchsten und hohen Ständen jährlich ein Accidenz
" den sogenannten *Martinium* erhalte" (*). *Nihil est tam regium tamque magnificum, quam opem ferre supplicibus. CICERO.*

Wenn einige höchste und hohe Stände mit der wohl-
M 2 thätigen

(*) *Bostells* Grundsätze der kammergerichtlichen Praxis Iter Th. S. 106, Not. K. *Malblank* Anleitung zur Kenntniss der Verfassung des K. und R. K. Gts. Th. 1. S. 238. Note f.

thätigen Erklärung, wie viel zu dem Zwecke jährlich der Kanzley von ihnen gnädigst zugedacht werde, voranzugehen geruhen würden: so ist eines Theils eine allgemeine Nachfolge mit der grössten Zuversicht zu erwarten, und andern Theils würden sich bestimmte Summen ergeben, auf welche die Kanzley ihre Rechnung machen könnte, ohne daß ihr davon, wie bey den bisherigen Martinis, auch nur irgend etwas entzogen bliebe. Da indessen diese gnädigsten Geschenke gewiß im Ganzen einen bedeutenden Beytrag zur Kanzleysustentation ausmachen werden: so wären solche Gelder demnächst nicht mehr als ein besonderes Accidenz zu vertheilen, sondern zum Besten der Befoldungen der Kanzleytaxkaffe einzuverleiben.

VITER ABSCHNITT.

SCHLIESSLICHE ÜBERSICHT, UND VERWENDUNG DES VERBESSERTEN FONDS.

§. 74.

Summari-
sche Durchge-
hung der im vo-
rigen Abschnit-
te vorgekom-
menen Vor-
schläge.

Um vorerst das wegen künftiger besserer Sustentation der Kanzley im vorigen Abschnitte umständlich Vorgekommene mit einem Blicke zu übersehen, dient folgender Zusammenzug:

I. Die vorgeschlagenen Protocolle in Extrajudicial-
sachen

sachen machen eine wesentliche Justizverbesserung aus (§. 37 bis 40), wobey die Partien statt einer mehrern Auslage selbst noch ersparen würden (§. 42). Die Taxkasse jedoch erhalte dadurch eine jährliche neue Einnahme von wenigstens 1500 Thr. (§. 41).

II. *Die Auslösung der Decrete* steht mit dem eben erwähnten justizverbesserlichen Vorschlage in Verbindung (§. 43), ist ausserdem mit der grössten Billigkeit unterstützt (§. 44 bis 50), und macht für die einzelnen Partien eine Kleinigkeit aus, im Ganzen jedoch für die Kanzley wenigstens jährlich 850 Thr. (§. 51. 52.)

III. *Die alsbaldige Bezahlung jedes Reccesses* wird dadurch nothwendig, weil ausser diesem die Kanzley sonst an ihrem hauptsächlichsten Sustentationsfond das meiste verlieren müste (§. 54 bis 60); auch ist für die Procuratoren keine Beschwerde dabey (§. 61), und die Partien würden selbst die nach und nach zu entrichtenden Gebühren weit weniger verspüren, als die bey einem Endurtheile oft hoch aufgelaufenen Summen (§. 63). Das überflüssige Reccessiren würde zugleich dadurch eingeschränkt (§. 61 und 63), und die bisher ausser Augen gesetzte Billigkeit, dass nur der die Gebühren zu entrichten haben müste, den sie auch wirklich angehen, dadurch hergestellt werden (§. 56 und 63). Ueberhaupt kann der vorgeschlagene Ansatz jedes Reccesses nichts weniger als für drückend angesehen werden (§. 62 und 63). Indessen wird eine jährliche Einnahme von ungefähr 4800 Thr. hierdurch hergestellt (§. 68).

IV. *Die Reduction der Audienz* auf einen Tag in
M 3 der

der Woche dient allein zum Besten der Partien, da das unnöthige Recessiren dadurch noch mehr eingeschränkt wird (§. 64 bis 67).

V. Auch die vorgeschlagene *Eintreibung des Rückstandes der alten Completurgebühren* läßt sich auf eine ungefähre jährliche Einnahme nicht berechnen. Diese nach und nach aber einzutreibenden Gelder werden jedoch zur Verbesserung des Kanzleyfonds in der Folge nicht wenig beytragen. (§. 69 und 70).

Endlich

VI. bey der *Umänderung in Betreff des bisherigen Martini* ersparen sämmtliche Privatpartien diesen jährlichen Ansatz; von der Großmuth der höchsten und hohen Stände aber sind gewiß hiermit erkleckliche Beyträge zu gewärtigen (§. 71 bis 73).

§. 75.

Zusammenzug d. Ertrags, zu welchem noch a.) die alte Einnahme, und b.) die Befiansgelder zuzuschl. sind.

Die Summe der nach den vorgekommenen Vorschlägen zu stand zu bringenden mehrern jährlichen Einnahme, in so weit solche *Num. I. II. und III.* angegeben worden ist, wäre demnach 7150 Thr.

Hierzu ist nun

A.) die alte bisherige Einnahme wenigstens mit jährlichen 3500 Thr. zuzuschlagen, bey welcher angegebenen Summe die sonst ungefähr gewöhnlich alle Jahr eingegangenen Completurgebühren, die in der zuerst erwähnten neuen Einnahme jetzt schon im Ganzen begriffen sind, so auch was die Copisten ungefähr alle Jahr für Schreib-

Schreibgebühr aus dem Taxfond wegziehen, und endlich auch die Ausgaben für Materialien (§. 4) schon abgerechnet sind. Und

B.) sind auch die sogenannten *Bessians*gelder zu der Einnahme im Ganzen zuzuschlagen.

§. 76.

Die K. Gts. Kanzleypersonen haben nemlich außer ihren in der Anlage Num. I. specificirten gewöhnlichen Befoldungen noch ein Einkommen unter dem Namen *Bessian* bisher gehabt. Diese *Bessians*gelder sind von besonderm Ursprunge. In ältern Zeiten soll an der Kanzleythüre eine Figur angebracht gewesen seyn, die eine Büchse in der Hand hielt. Fremde, die das Gerichtshaus besahen, pflegten in die Büchse ein *Douceur* zu verehren, welches die Kanzleypersonen theilten. Man nannte die Figur den *Batzenmann*, und hieraus soll in der Folge der Zeit der Name *Bessian* entstanden seyn. Weil indessen dieses Accidenz oft allzu gering gewesen seyn mag, wo es kaum der Werth war, unter die vielen Kanzleypersonen eine Theilung zu machen: so sind nachher noch gewisse Taxgefälle zu dieser separaten Vertheilung in den *Bessian* verwiesen worden, woraus solcher dann jetzt allein besteht.

Beschreibung
des *Bessians*.

Diese Taxgefälle, welche nicht zur gemeinen Taxkaffe, sondern hierhin gezogen werden, sind: 1.) die *Documenta*, 2.) die Schreiben um Bericht, 3.) *Promotoriales*, 4.) *Rescripta processuum*, (jedoch bey allem

lem bisher Erwähnten nur die Taxe an sich; was für Copialien bey den Expeditionen sich ergibt, dies kommt in die Hauptkasse). Ferner gehört zum Bessian 5.), was in Armenfachen, wenn der Proceß gewonnen und wirklich exequirt ist, nun an Kanzleygebühren nachbezahlt wird; 6.) wenn die rückständigen Completurgebühren in einer verglichenen Sache nachbezahlt werden; 7.) die Completurgebühren in Sachen, welche Cameralpersonen betreffen; 8.) die Reisepässe, welche nur wirkliche Cameralen und ihre Angehörige umsonst haben, andere aber, die nur in kammergerichtlichem Schutze sind, bezahlen müssen; endlich 9.) allenfallige Geldstrafen gegen Kanzleypersonen. Die bedeutendste Einnahme des Bessians machen die zuerst erwähnten *Documenta* und Schreiben um Bericht aus, die sehr häufig vorkommen.

Wenn nun 138 Thr. 80 kr. in der separaten Kasse zusammen sind, das ist die Summe, welche erfordert wird, daß die Kanzleypersonen, die Theil an dem Bessian haben, ihr bestimmtes *Quantum* bekommen können: so wird solcher ausgetheilt. Das *Quantum*, welches jeder participirt, ist: der Kanzleyverwalter erhält 16 Thr. 60 kr., ein Protonotarius 11 Thr. 60 kr., ein Notarius 7 Thr. 36 kr., ein Leser 5 Thr. 50 kr., der Notarius *Fisci* eben soviel, und der Taxeinnehmer auch 5 Thr. 50 kr., der Completor 2 Thr. 54 kr., und der Kanzleydiener 1 Thr. 50 kr. Die Copisten, die überhaupt keine Befoldung bekommen, haben auch an dem Bessian

Bessian keinen Antheil. Man kann nun annehmen, dass, da wie erwähnt besonders die Documente gar häufig genommen werden, und die Schreiben um Bericht auch oft vorkommen, der Bessian allenfalls siebenmal im Jahre ausgetheilt wird, welches demnach für den Kanzleyverwalter einen Zuschuss von 116 Thr. jährlich ausmacht, für einen Protonotarius 81 Thr. u. s. w. Bey den ohnehin so äusserst geringen Befoldungen ist diese bisher genossene Zulage den Kanzleypersonen gewiss zu gönnen gewesen.

§. 77.

Jedoch wollen die Kanzleypersonen gar gerne auf den Bessian renunciiren, da sie ohnehin mit der grössten Zuversicht ansehnliche Befoldungsverbesserungen erwarten können. Wenn der Bessian zur Hauptkasse kömmt, so sind die Taxeinnahmen alsdann nicht mehr zerstückelt, sondern bestehen nun sämmtlich nur aus einem Fond, auf welchen sich im Ganzen ein Anschlag machen lässt. Durch Einziehung des Bessians würde die Taxkasse einen jährlichen Zuwachs von allenfalls 950 Thr. erhalten.

Nunmehriger
ganzer Fond
von wenigstens
11600 Thr.

Mit Zurechnung dieser 950 Thr. zu den §. 74 angegebenen Summen ergibt sich demnach ein ganzer jährlicher Ertrag von wenigstens 11600 Thr., welcher, da vorher schon, wie vorgekommen ist, alle Nebenausgaben abgezogen sind, einen beträchtlichen Fond zu den künftigen Befoldungen der Kanzley ausmacht.

N

§. 78.

§. 78.

Erhöhung d.
bisher. Kanz-
leybefold. auf
das Duplum.
Gründe nach
ältern Vorgän-
gen selbst auf
noch mehrere
Erhöhung.

Wenn sich die Kanzleypersonen mit der Hoffnung schmeichlen, daß ihnen ihre 1732 bestimmten Befoldungen nunmehr auf das ganze Duplum erhöht werden könnten, so ist dies gewiß keine *Pluspetitio*.

In ältern Zeiten hatte der Kanzleyverwalter soviel, als ein Assessor, ein Protonotarius nur ein Viertel weniger, als ein Assessor, u. s. w. (§. 7). Nach geschehener Separation des Kammergerichts von der Kanzley in Betreff des Unterhalts, wurden die Befoldungen der Assessoren besonders 1654 auf 1000 Thr., 1713 wieder auf ein Drittel, und demnächst 1719 wieder auf das ganze Duplum erhöht. Die Kanzley wurde zu all den Zeiten übergangen, und blieb auf ihren alten Befoldungen von 1570, nur daß sie 1732 ein Drittel Erhöhung dieser alten Gehalte erhielt (§. 8 bis 21). Indessen war doch die nemliche *ratio* zu ganz gleicher Erhöhung ihrer Befoldungen vorhanden. Die dem W. Fr. vorausgegangene Reichsdeputation zu Frankfurt erkannte dieses schon ausdrücklich an. Bey den W. Fr. Verhandlungen wurde abermal ausdrücklich anerkannt, daß die Befoldungen der Kanzley ganz nach Proportion der den Assessoren zugedachten 1000 Thr. gleichfalls erhöht werden sollten (§. 12). Endlich 1719 und besonders 1727 erklärten Kaiserliche Majestät in mehrern Commissionsdecreten die Nothwendigkeit und Billigkeit einer gleichmäßigen Befoldungserhöhung der Kanzleypersonen, und zwar wieder mit ausdrücklicher Erwähnung der dabey ein-

einzuhaltenden Proportion mit den geschehenen Erhöhungen des *Collegii cameralis* (§. 18 bis 20).

Nach diesem so oft anerkannten Maassstabe könnte demnach der Kanzleyverwalter auf soviel Erhöhung Anspruch machen, daß er dem Assessor wieder in dem Gehalte zu 2666 Thr. gleichkäme; ein Protonotarius müßte 2000 Thr. Gehalt haben, ein Notarius 1333 Thr. u. s. w. Indessen macht eine Erhöhung auf das Duplum der jetzigen Befoldungen (*), da die Kanzley so oft übergangen worden ist, für den Kanzleyverwalter nur aus 1706 Thr. 60 kr., für einen Protonotarius 1137 Thr. 70 kr., für einen Notarius 758 Thr. 46 kr., für den Notarius *Fisci* 288 Thr., für einen Leser 568 Thr. 80 kr., für den Taxeinnehmer 568 Thr. 80 kr., für den Completor 266 Thr. 60 kr., für den Kanzleydiener 112 Thr. 74 kr.

§. 79.

Jedoch würden die Kanzleypersonen auch hiermit sich schon hinlänglich verbessert finden.

Nur die Directorialstelle bey der Kanzley mögte wohl noch mehrere Zulage verdienen. Der Kanzleyverwalter ist der *Chef* der Kanzley, der alle Kanzleygeschäfte zu dirigiren und in Ordnung zu halten hat, der die allenfalls vorhandenen Mängel am ersten verbessern und abschaffen soll, und dem die übrigen

Indess. Hinlänglichkeit e. Erhöhung auf das Duplum. Nur die Kanzleydirectorialstelle mögte e. mehrere Zulage verdienen.

N 2

Kanz-

(*) Der bisherige Befoldungsstatus *vid.* in der Anl. N^{ro}. I.

Kanzleypersonen Gehorsam leisten sollen (*). Es ist ihm selbst in den Gesetzen die Macht gegeben, eine Kanzleyperson *ab officio* zu suspendiren. Endlich auch ist die Stelle mit vielen Dienstbeschwerlichkeiten verknüpft. Da nun auch in ältern Zeiten der Kanzleyverwalter selbst noch höher als ein Assessor gestanden hat, so daß letztere ihre Verbesserung in der Kanzleydirectorsstelle gesucht haben (§. 7): so ist es um so angemessener, jetzt wenigstens wieder solche mit einer Assessoratsstelle gleich zu setzen. Indessen hat der Kanzleyverwalter noch einen Gehalt als Botendeputatus aus der Pfennigmeistereykasse zu 272 Thr. 40 kr. Sodann kann man die Commissionen, welche oft auf ihn erkannt werden, doch allenfalls ein Jahr in das andere auf 150 Thr. anschlagen. Wenn solcher demnach zu den oben erwähnten 1706 Thr. (§. 77) nur noch 400 Thr. Zulage erhielt: so würde er mit allem dem ungefähr schon so gut, als ein Assessor, stehen.

Die *Protonotarii* könnten und würden mit den erwähnten 1137 Thr., und eben so die *Notarii* mit 758 Thr. sehr gern zufrieden seyn.

Der *Notarius Fisci* hat außer seiner Besoldung, die er aus der Taxkasse bezieht, noch als Botenmeister einen Gehalt aus der Pfennigmeistereykasse von 80 Thr., außerdem noch die Copialien, wie ein Copist, und die fiscalischen Copialien *privative*. Auch hat er nebst dem noch Accidentien. Er kann also mit einer erhöhten Kanzleybesoldung zu 288 Thr. zufrieden seyn.
So

(*) K. G. O. Th. I. Tit. 27.

So auch können die Leser mit ihrer Erhöhung zu 568 Thr. sich wohl begnügen, da sie ausser dem noch mehrere Accidentien haben. Der Taxeinnehmer hat nicht weniger mit einem Gehalte zu 568 Thr. genug, da er zugleich noch die Copialien genießt, wofür er, ohne daß er jedoch abzucopiiren braucht, weil ihm sein Dienst schon Beschäftigung gibt, in neuern Jahren zum Ersatze 133 Thr. Zulage erhalten hat.

Der Completor kann mit den erwähnten 266 Thr. gleichfalls sehr wohl zufrieden seyn, da er nebstdem noch den Verdienst, wie ein Copist, mit den Copialien hat. Und endlich eben so ist für den Kanzleydiener der Gehalt zu 112 Thr. genug, da er gleichfalls die Copialien wie ein Copist hat, und auch noch einige andere Accidenzien genießt.

§. 80.

Ferner aber verdienen auch die supernumerairen Kanzleypersonen eine einseitige Befoldung. Es sind zwey *Notarii supernumerarii*, und drey Leser, die keine Befoldung haben. Von den supernumerairen Protonotarien kann die Rede nicht seyn, da diese ihren Gehalt als *Notarii* so lange fort beziehen, bis sie in die Wirklichkeit als *Protonotarii* kommen.

Befoldungs-
zuweisung für
d. Supernume-
rairen Kanz-
leypersonen.

Die überzähligen Stellen sind an der K. Gts. Kanzley immer nöthig gewesen, da die wirklich besoldeten Diener in zu geringer Anzahl sind, um dem gan-

zen Geschäftsgänge gewachsen zu seyn. Wenn indessen, wie es oft der Fall war, supernumeraire Kanzleypersonen, die eben so wie die Befoldeten Dienste thun müssen, 10 bis 15 Jahre lang umsonst dienen, bis sie endlich zum wirklichen Bezuge einer Befoldung gelangen: so ist ihr Loos gewiß traurig. Eine lebenslängliche Armuth bleibt ihre Aussicht, da sie während ihrer supernumerairen Dienstjahre entweder auf die Hoffnung der künftigen Wirklichkeit haben Schulden machen müssen, oder wenn sie allenfalls einiges Vermögen hatten, es zusetzen mußten. Ein solcher übler Anfang schlägt oft Wunden, die während dem ganzen Leben nicht geheilt werden; ohne zu erwähnen, daß ein andauernder Nothstand die Treue eines Mannes am ersten wankend machen kann. Auch haben bisher meistens die *Suppernumerarii*, damit sie doch irgend etwas verdienen konnten, *veniam copiandi* erhalten, wodurch jedoch den Copisten, die ohnehin größten Theils nicht hinlänglich genug Copialien haben, solche noch mehr geschmälert wurden.

Es wäre daher sehr zu wünschen, daß den Supernumerarien allenfalls die Hälfte der erhöhten Befoldung unter der Hand gnädigst zugewiesen würde.

§. 81.

Endlich auch
für d. Copisten.

Endlich würden auch die Kanzleycopisten noch eine Befoldung verdienen. Diese haben bisher keinen Gehalt gehabt. Die Partien müssen an Abschreibgebühr für

für den Bogen 12 kr. bezahlen, wovon der Copist 6 kr. erhält; die übrigen 6 kr. kommen in die Taxkaffe. In ältern Zeiten haben die Copisten einen Gehalt gehabt. Die K. G. O. von 1521 legt ihnen eine Befoldung von 50 fl. zu. Dies war für die damaligen Zeiten schon ziemlich bedeutend, und mag nach dem so ausserordentlich gestiegenen Werthe der Dinge wohl so viel als jetzt 400 fl. oder mehr ausgemacht haben. Es steht zu vermuthen, daß sie demnach auch damals wohl *ex officio* haben schreiben müssen, ohne solches noch besonders bezahlt zu erhalten. Da sie sich aber auf die Art beym Copiren im Fleisse nicht werden übernommen haben: so mag das der Grund seyn, daß ihnen die Befoldung entzogen, und statt deren eine Schreibgebühr *per* Bogen statuirt wurde.

Der Copist aber kann jetzt nur, weil nicht immer Arbeit da ist, kaum 200 Thr. im Jahre verdienen. Nebst dem also eine bestimmte Befoldung von allenfalls 100 Thr. mögte wenigstens erforderlich, jedoch hinlänglich seyn, indem die Copisten auch dadurch schon zu mehrerm Verdienste gelangen, wenn den übrigen supernumerairen Kanzleypersonen ein Gehalt ausgeworfen wäre, da es alsdann nicht mehr nöthig seyn würde, diesen einen Antheil an den Copialien zu geben, den sie bisher, wie schon erwähnt, meistens gehabt haben, weil sie sonst ohne allen Verdienst gar nicht hätten bestehen können. Es sind übrigens sieben wirkliche Copisten, und die beiden jüngsten sind *Supernumerarii*. Letztere bekommen die Copialien

lien nicht mit ausgetheilt, sondern sie schreiben für die wirklichen Copisten, wenn die ihnen wegen Verhinderung etwas abgeben müssen, oder abgeben wollen. Sie gehen sonstigem Verdienste nach, bis sie in die Wirklichkeit treten,

§. 82.

Berechnung
des ganzen Er-
fordernisses, u.
Schluß.

Schliesslich untersteht man sich, die Berechnung einer solchen nach den bisherigen unterthänigsten Anträgen verbesserten Sustentation in der Beylage *Num. IX.* anzufügen, woraus sich ergibt, daß demnach das ganze Erforderniss 16772 Thr. ausmachen würde. Da nun aus den Taxgefällen zum wenigsten die Summe von 11600 Thr. hergestellt wäre (§. 75 und 77): so beträgt das Deficit allenfalls nur 5000 Thr., wobey der Großmuth der höchsten und hohen Stände gewiss noch Schranken gesetzt sind, wenn demnach die Kanzley nicht mehr, als so viel, aus den gnädigst zu verwilligenden *Martinigeschenken* (§. 73) zu erwarten nöthig haben kann.

Nach allem dem würde endlich die Kanzley, welche Jahrhunderte lang das harte Schicksal, mit beständigem Nahrungsmangel zu kämpfen, hat erleiden müssen, sich selbst in einer solchen guten verbesserten Lage befinden, daß sie den beglückenden Ausspruch des Horaz auf sich anwenden könnte:

Bene est, nil amplius oro.

BEY-

BEYLAGEN.

Num. I.

Status der Befoldungen sämmtlicher des K. u. R. Kammergerichts - Kanzleypersonen.

A.) Befoldungen, wie sie den Kanzleypersonen angewiesen sind, das ist, Befoldungsstatus mit Zurechnung der 1732 geschehenen Erhöhung eines Drittels der alten Befoldungen.

	Thr.	kr.
Dem Kanzleyverwalter sind zur jährlichen Befoldung angewiesen - - - - -	853	30
Einem Protonotarius 568 Thr. 80 kr. Dermalen sind sechs <i>Protonotarii</i> , worunter aber nur die drey ältesten die eben erwähnte Befoldung haben. Die drey jüngsten sind supernumerair, und genießen nur die Befoldung als Notarien. Das Ganze für die drey ältesten zusammen genommen macht aus - - -	1706	60
Einem Notarius sind zur Befoldung angewiesen 379 Thr. 23 $\frac{1}{3}$ kr. Dermalen sind sechs <i>Notarii</i> , von welchen aber die beiden jüngsten supernumerair sind, und gar keine Befoldung haben. Das ganze für die vier ältesten, nebst Dazurechnung der drey <i>Notariatsbefoldungen</i> , welche die erwähnten <i>Protonotarii supernumerarii</i> noch beziehen, macht aus - - -	2654	73 $\frac{1}{3}$
Der <i>Notarius Fisci</i> hat aus der Kanzleykasse an Befoldung - - - - -	144	
Ein Leser hat Befoldung 284 Thr. 40 kr. Dermalen sind sieben Leser, worunter aber die drey jüngsten supernumerair sind, und noch keine Befoldung haben. Das Ganze für die vier wirklichen Leser macht zusammen - - - - -	1137	70
Der Taxeinnehmer hat an Befoldung - - - - -	284	40
Der Completor - - - - -	133	30
Der Kanzleydiener - - - - -	56.	37 $\frac{1}{3}$
O		End.

Endlich gehören zu der Kanzley noch neun Copisten. Diese haben aber gar keine bestimmte Befoldung, sondern erhalten statt dessen, so viel sie abschreiben, für den Bogen 6 kr. Die zwey jüngsten unter ihnen sind immittelt *supernumerarii*, und bekommen für den Bogen nur 3 kr.

Summa totalis an ausgeworfenen Befoldungen für diese sämtlichen 33 Kanzleypersonen macht also nur aus - 6970 Thr. 70 kr.

B.) *Befoldungen, wie solche jede Kanzleyperson wirklich erhält, oder Status der sogenannten laufenden Befoldungen.*

Da die Taxgefälle bisher nicht hingereicht haben, um die vorhin specificirten ganzen Befoldungen auszuführen, so muß jede Kanzleyperson jährlich das 1732 erhöhte Drittel zurücklassen, welches Rückstand bleibt, bis die Kasse einmal bey Kräften wäre, solches nachzuführen.

Der *Status* der Befoldungen, so wie solche die Kanzleypersonen wirklich erhalten, ändert sich demnach mit Abzug der 1732 geschehenen Erhöhung dahin:

Der Kanzverwalter erhält an jährlicher Befoldung				Thr.	kr.
in Wirklichkeit nur	-	-	-	640	—
Ein Protonotarius	-	-	-	426	60
Ein Notarius	-	-	-	284	40
Der <i>Notarius Fisci</i>	-	-	-	108	—
Ein Leser	-	-	-	213	30
Der Taxeinnehmer	-	-	-	213	30
Der Completor	-	-	-	100	—
Der Kanzleydiener	-	-	-	42	28

Welche sogenannte laufende oder ordinaire Befoldungen nach der in der ersten Tabelle angegebenen Zahl der Kanzleypersonen für so viele Leute zusammen, jährlich nur ausmachen *summam totalem* zu - - - - - 5228 Thr. 8 kr.

Der Rückstand des erhöhten Drittels ist seit 1768 unbezahlt, und beträgt bis jetzt die Summe von 48324 Thr., welche die Kanzleyper-

leypersonen an verdienter Befoldung noch zu fordern haben. Das specificirte Verzeichniß hiervon ist in der folgenden Beylage Num. II.

Num. II.

Verzeichniß des Befoldungsrückstandes der K. u. R. Kammergerichts-Kanzley vom 20. März 1768 bis letzten Dec. 1796.

A.) Rückstand der verstorbenen Kanzleypersonen, deren Erben solchen jetzt zu fordern haben.

	Thr.	kr.
1.) Die Erben des Kanzleyverwalters <i>Rüding</i> , der am 5. Apr. 1781 verstorben ist, haben bis dahin vom 20. März 1768 den Befoldungsrückstand zu fordern, jährlich mit 213 Thr. 30 kr. <i>in summa</i> - - - -	2782	20
2.) Die <i>Protonotarius Messerische</i> Erben vom 20. März 1768 bis 4. Jul. 1780, jährlich mit 142 Thr. 20 kr. <i>in summa</i> - - - -	1748	13
3.) — — — <i>Bonnische</i> Erben vom 20. März 1768 bis 2. Apr. 1783 - - - -	2138	
4.) — — — von <i>Sachsische</i> Erben vom 20. März 1768 bis 9. Dec. 1792 - - - -	3515	26
5.) — — — <i>Flathische</i> Erben vom 20. März 1768 bis 9. May 1790 - - - -	1726	34
6.) — — — <i>Haafische</i> Erben Rückstand an Notariatsbefoldung vom 20. März 1768 bis 2. Jun. 1784, jährlich mit 94 Thr. 73 1/3 kr. <i>in summa</i> - - -	1535	76
7.) — — — <i>Wolfische</i> Erben Rückstand an Notariatsbefoldung vom 1. Jul. 1768 bis 17. Jan. 1788 - - -	1853	2
8.) — — — <i>Emmerichische</i> Erben Rückstand an Notariatsbefoldung vom 5. Jul. 1780 bis 9. May 1790 - - - 941 Thr. 30 kr. } und an Protonotariatsbefoldung vom 9. May 1790 bis 7. März 1792 - - - 260 Thr. 66 kr. }	1202	6
9.) Des <i>Notarius Kunkel</i> Erben vom 20. März 1768 bis 24. März ejusd. anni noch mit 5 Tagen - - -	I	25
<i>Summa</i>	16502	22

10.)

	Transport	Thr. 16502	kr. 22
10.) Des <i>Notarius Goffinet</i> Erben vom 18. Jan. 1788 bis 27. Sept. 1792 jährlich mit 94 Thr. 73 $\frac{1}{3}$ kr.		444	67
11.) Des <i>Notarius Fisci Kirschbaum</i> Erben vom 20. März 1768 bis 28. Apr. 1787, jährlich 36 Thr. -		687	64
12.) Des <i>Lesers Kirschbaum</i> Erben vom 20. März 1768 bis 12. Febr. 1781, jährlich 71 Thr. 10 kr. -		916	78
13.) — — <i>Wiegand</i> Erben vom 20. März 1768 bis 30. Jun. 1788 - - - -		1441	80
14.) — — <i>Marcks</i> Erben vom 20. März 1768 bis 21. Aug. 1788. - - - -		1452	3
15.) — — <i>Grandrath</i> Erben vom 1. Jul. 1768 bis 23. Jul. 1788 - - - -		1426	45
16.) — — <i>Appelius</i> Erben vom 23. Apr. 1779 bis 23. Febr. 1791 - - - -		841	61
17.) Des <i>Taxeinnehmers Appelius</i> Erben vom 20. März 1768 bis 22. Apr. 1779, jährlich 71 Thr. 10 kr! -		788	47
18.) Des <i>Completores Cobold</i> Erben vom 20. März 1768 bis 17. Aug. 1770, jährlich 33 Thr. 30 kr. -		80	21
19.) — — <i>Meckus</i> Erben vom 16. May 1789 bis 4. Jun. 1796 - - - -		234	89
20.) Des <i>Ingrossisten Bauer</i> Erben vom 20. März 1768 bis 7. May ejusd. anni - - - -		6	48
21.) — — <i>Meckus</i> Erben vom 20. März 1768 bis 25. Jenner 1773 jährlich 50 Thr. -		242	30
22.) — — <i>Klöfinger</i> Erben vom 20. Jun. 1768 bis 17. Febr. 1771 - - - -		133	19
23.) — — <i>Docen</i> Erben vom 26. Jan. 1773 bis 7. Dec. 1779. - - - -		343	20
24.) — — <i>Bauer jun.</i> Erben vom 15. März 1782 bis 6. Jul. 1788 - - - -		315	37
25.) Des <i>Kanzleydieners Fagemann</i> Erben vom 20. März 1768 bis 9. Aug. 1775 jährlich 14 Thr. 9 $\frac{1}{3}$ kr.		103	19
26.) — — <i>Friedel</i> Erben vom 24. Jul. 1788 bis 7. Jan. 1796 - - - -		105	
	Summa	26066	30

B.) Rück-

[B.) Rückstand der jetzt lebenden Kanzleypersonen.

		Thr.	kr.
1.) Kanzleyverwalter <i>Hoscher</i> vom 16. May 1781 bis Ende Dec. 1796 jährlich 213 Thr. 30 kr.	3333 Thr. 30 kr.)	4580	2
und als ehemaliger Notarius vom 20. März 1768 bis 15. May 1781 jährlich 94 Thr. 73 $\frac{1}{3}$ kr.	1246 Thr. 62 kr.)		
2.) <i>Protonotarius Kirschbaum</i> als Notarius vom 20. März 1768 bis 4. Jul. 1780	1165 Thr. 34 kr.)	3510	34
und als <i>Protonotarius</i> vom 5. Jul. 1780 bis Ende Dec. 1796 jährlich 142 Thr. 20 kr.	2345 Thr. —		
3.) — — <i>Wallreuther</i> als ehemaliger Completor vom 3. März 1771 bis 15. May 1781	340 Thr. 10 kr.)	2037	43
sodann als Notarius vom 16. May 1781 bis 7. März 1792	1025 Thr. 3 kr.)		
und als <i>Protonotarius</i> vom 8. März 1792 bis Ende Dec. 1796	672 Thr. 30 kr.)		
4.) <i>Rüding</i> als gewesener Notarius vom 1. Jan. 1785 bis Ende Dec. 1790	568	78	
5.) <i>Protonotarius Hoscher</i> als Notarius vom 3. Jun. 1784 bis 9. Dec. 1792	807 Thr. 69 kr.)	1384	47
und als <i>Protonotarius</i> vom 10. Dec. 1792 bis Ende Dec. 1796	576 Thr. 68 kr.)		
6.) <i>Protonotarius Eder</i> , als Notarius vom 10. May 1790 bis letzten Dec. 1796 jährlich 94 Thr. 73 $\frac{1}{3}$ kr.	629	35	
7.) — — <i>Appelius</i> , als Notarius vom 1. Jan. 1791 bis letzten Dec. 1796.	568	78	
8.) — — <i>Vahlkampf</i> als Notarius vom 8. März 1792 bis letzten Dec. 1796	456	8	
9.) Notarius <i>Mathiowiz</i> als ehemaliger Ingrossist vom 20. März 1768 bis 15. May 1789, jährlich 50 Thr.	1057 Thr. 52 kr.)	1780	46
und als Notarius vom 16. May 1789 bis letzten Dec. 1796	722 Thr. 84 kr.)		
	<i>Summa</i>	15516	11

	Transport	Thr. 15516	kr. 11
10.) Notarius <i>Rosenbach</i> als ehemali- ger Completor vom 18. Aug. 1770 bis 2. März 1771 - - - 17 Thr. 80 kr.) als gewesener Ingrossist vom 3. März 1771 bis 15. May 1789 - - - 910 Thr. 6 kr.) und als dermaliger Notarius vom 16. May 1789 bis letzten Dec. 1796 - 722 Thr. 84 kr.)		1650	80
11.) Notarius <i>Krauß</i> vom 28. Sept. 1792 bis letzten Dec. 1796 - - - - - 403		403	42
12.) — <i>Kleber</i> vom 10. Dec. 1792 bis letzten Dec. 1796 - - - - - 384		384	42
13.) <i>Leser Weber</i> vom 1. Jul. 1788 bis letzten Dec. 1796, jährlich 71 Thr. 10 kr. - - - 604		604	40
14.) — <i>Jagemann</i> als gewesener Kanzleydiener vom 10. Aug. 1775 bis 23. Jul. 1788 - - - 182 Thr. 65 kr.) und als Leser vom 24. Jul. 1788 bis letzten Dec. 1796 - - - 599 Thr. 58 kr.)		782	33
15.) Notarius <i>Fisci Gress</i> vom 29. Apr. 1787 bis letz- ten Dec. 1796, jährlich 36 Thr. - - - 348		348	8
16.) <i>Leser Dielmann</i> als gewesener Completor vom 16. März 1782 bis 21. Aug. 1788 - - - 214 Thr. 15 kr.) und als Leser vom 22. Aug. 1788 bis letzten Dec. 1796 - - - 594 Thr. 9 kr.)		808	24
17.) — <i>Marcks</i> vom 24. Febr. 1791 bis letzt. Dec. 1796 — 415		415	85
18.) Taxeinnehmer <i>Hohmann</i> vom 16. März 1782 bis letzten Dec. 1796, jährlich 71 Thr. 10 kr. - - - 1051		1051	76
19.) Completor <i>Severin</i> vom 22. Aug. 1788 bis letzten Dec. 1796, jährlich 33 Thr. 30 kr. - - - 278		278	64
20.) Kanzleydiener <i>Kirchner</i> vom 21. Jan. 1796 bis letzten Dec. ejusd. anni - - - - - 13		13	20
	Summa	22257	75

Sohin

Sohin beträgt die ganze Summe des Befoldungsrückstandes der verstorbenen und jetzt lebenden Kanzleypersonen.

48324 Thr. 15 kr.

In fidem

Johann Friedrich Hohmann,
des Kaiserlichen und Reichs-
Kammergerichts-Kanzley-Tax-
einnehmer.

Num. III.

Unterthänigste Vorstellung der Kanzley bey Ihren Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz vom 8. Jan. 1660, worin darüber Klage geführt wird, dass die Kanzleypersonen 1654 nicht nur mit aller Befoldungsverbesserung übergangen worden seyen, sondern dass sie gleich nach dem J.

R. A. selbst auch nur ihre alten Befoldungen aus den Taxgefällen nicht mehr erhalten konnten.

Hochwürdigster Churfürst,
Gnädigster Herr Herr!

Ew. Churfürstl. Gnaden ist zuvorhin gnädigst bekannt, welcher gestalten auf dem jüngern Regensburgischen Reichstage denen sämmtlichen allhiefigen hochlöblichen Kaiserlichen Kammergerichts anverwandten Personen, von dem höchsten an bis zum geringsten, ihre vorige *Salaria* nach Unterschied eines jeden Angebühr augirt und verbessert, uns

uns gedachten Kammergerichts Kanzley- und Leserey-Bedienten aber einiger Zusatz nicht gethan, sondern unsere Bestallungen nach wie vor ohngeändert gelassen worden.

Ob nun zwar aus Mangel genugsamer Nachricht solcher vorgewesener Disposition wir es unsers Orts bey damals unterbliebener Werbung einer gleichmäßigen Erhöhung bewenden lassen, so haben wir jedoch nachgehens in der tröstlichen Hoffnung gestanden, es würden wenigstens unsere gewöhnliche nicht erhöhte Befoldungen fürs künftige mit richtiger Zahlung ununterbrochen abgetragen werden. Nachdem aber Kurfürsten und Stände zur mehreren Beschleunigung der an das Kaiserl. Kammergericht erwachsender Proceffe, auch Abschneidung der verspürten Mißbräuche, bey damaligem Reichstage gleichfalls verordnet, daß 1mo) die *Summa appellabilis* auf 400 Thr. erhöht seyn, und alle diejenigen *appellationes*, welche hiebevorn *infra hanc summam* ihren ordentlichen Lauf an das Kammergericht gehabt, künftig cessiren und eingestellt bleiben sollen; 2do) daß eine jede Partie neben ihrem Advocaten das schwere *juramentum calumniae* ohne Unterschied ablegen solle, durch dessen Furcht dann auch mancher seine Appellation, ohngeachtet er eine gerechte Sache zu haben vermeynt, einzuwenden scheu traget, und also viele Partheyen abgeschreckt werden; 3tio) die *Reproductiones* der Appellations-Proceffe künftig täglich fortgehen sollen, wodurch alle vor diesem *ante reproductionem a partibus* gesuchte *mandata attentatorum revocatoria* vermieden bleiben; 4to) daß zur Abkürzung deren hiebevorn *ad obitum Principalium vel Procuratorum* häufig gesuchten und ausgegangenen *citationum ad reassumendum* eine *Clausula substitutionis* der Procuratoren Gewalt *in casum mortis* eingerückt werden solle; über das 5to) viele *privilegia de non appellando* theils erneuert, theils erst frisch ertheilt; auch 6to) verschiedene andere *particular-Requisita* nach Art eines jeden Processus eingeführt, und solcher gestalten ohnzahlbare Proceß *ad intentionem Statuum* von dem Kaif. Kammergerichte abgeschnitten, hingegen die ab solchen *Processibus* zuvorhin der Kammerkanzley zu Salarirung deren Bedienten angefallene *Jura* um ein merkliches geschwächt worden. So hat sich auch in der That bezeuget, daß, sobald hochgedachtes allhiefiges Kaif. Kammergericht ermeldten Reichschluß wirklich practicirt, unsere verdiente *Salaria* aus Mangel der vorhin eingegangenen und durch erst bemeldte Disposition abgeschnittenen Taxgefälle zu verschiedenen Quartalien, und zwar bis annoch jedesmal ohnentrichtet stehen

schiedenen Quartalien und zwar bis annoch jedesmal ohnentrichtert stehen geblieben, sogar dafs auch ohnlängstens einem jeden nach Proportion seiner Angebühr anstatt hundert Gulden nicht mehr als zwanzig zu Theil worden, und also (ohnangesehen wir dannoch einen Weeg als den andern bey unsern tragenden Aemtern den ganzen Tag adstringirt und denenselben abzuwarten verbunden, auch überdas mit anderen zugewachsenen *laboribus* stets beladen seynd) wir nach vorgewesenen schweren Kriegszeiten auch nunmehr bey erlangtem Frieden unserer verdienten Befoldungen höchstbeschwerlich vernachtheiligt bleiben müssen.

Wann nun, Gnädigster Churfürst und Herr, bey allsolchem aus erwähnten Ursachen erhellendem grofsen Abgang der hievorigen Kanzleygefallen und Intraden, dafern zu deren Ersetzung keine andere Mittel angeschafft, nicht allein Ew. Churfürstl. Gnaden hohes Erzcancelariat-*Regale* merklich geschmälert, sondern auch wir in weiterer Entstehung unserer Salarirung bey unsern *functionibus* ferner nicht subsistiren können: Als haben dieser Sachen Beschaffenheit wir hiermit unterthänigst zu berichten, und weilen vermög Dero unterm *dato* Mainz den 8ten Nov. jüngsthin ausgelassenen *Decreti* auf Mittel und Weege, wie diesfalls zu remediren seyn mögte, bedacht zu seyn uns erlaubt worden, mit einigen uns beyfallenden ohnmafsgeblichen Vorschlägen, wie die *occasione* erwähnten R. Schlusses Ew. Kurfürstl. Gnaden Kanzley zur Bezahlung der dabey bedienten Personen entgangene *Jura* und Gefälle ersetzt, wir einfolglich um so beständiger des völligen *Salarii* gesichert, Ew. Kurfürstl. Gnaden aber der bishero von uns diesfalls eingeloffener Klagen künftighin entübrigt bleiben könnten, unterthänigst einzukommen keinen Umgang nehmen wollen. Wie wir nun ausser Zweifel stellen, Ew. Kurfürstl. Gnaden werden die Conservation Dero habenden hohen Erzcancelariat-*Regals* vor sich selbst hierbey in gnädigste Consideration ziehen, also leben wir auch der tröstlichen Hoffnung, dafs, gleich des heil. Römischen Reichs Churfürsten und Ständen Intention niemals gewesen, durch gedachten R. Schluss hiesiger Kanzley und Leserey an deren Befoldung, sonderlich da allen anderen Cameralpersonen solche erhöht worden, jetzt was zu entziehen, Ew. Churfürstl. Gnaden nicht weniger zu Anschaffung dergleichen oder anderer zu nothwendigem Unterhalt deren bey hiesiger Kanzley aufwartenden Personen beifallender Mittel gnädigst incliniren, und dafs dieselben (zumalen solche allein von Par-

P.

theyen,

theyen, die das Gericht und Kanzley *per processus* bemühen, und zwar ohne einige merkliche Beschweris gezogen werden können) zum Stand und *ad praxin* forderfamst gebracht werden mögen, ein gnädigstes Gefallen tragen werden. Wie wir dann derentwegen Ew. Churfürstl. Gnaden unterthänigst bitten, Dieselben geruhen, die hierin erscheinende höchst nothwendige Remedirung ehestens zu verordnen, und uns den würllichen Genuss unserer verdienten Salarien gnädigst angedeyhen zu lassen. Ew. Churfürstl. Gnaden zur gnädigst verlässigen Willfahung unterthänigst empfehlende

Ew. Churfürstl. Gnaden

Speyer den 8. Jan. 1660.

unterthänigst gehorsamste
sämmliche des Kais. und R.
Kammergerichts Kanzley und
Leserey Bediente daselbst.

Hierauf hat Kurfürst Johann Philipp ein umständliches Decret unterm 7. Jul. 1660 an die Kanzley erlassen, worin dem Nothstande hauptsächlich vorerst damit geholfen werden sollte: dass 1.) die Kanzley mit ihren verdienten Gebühren nicht bis zum Endurtheile warten, sondern sich solche sogleich bezahlen lassen — und demnach die Urtheile nicht ehender heraus geben solle, als bis die Taxe dafür entrichtet sey; 2.) sollte die Kanzley dem damals erst seit einiger Zeit aufgekommenen Missbrauche, dass die Procuratoren die dem Gegentheile zu communicirende gerichtliche *Producta* nicht mehr in der Kanzley,

ley, sondern von ihren eigenen Schreibern abcopiiren lassen, damit steuern, daß sie solche von fremder Hand einkommende Schriften nicht zur Registratur bringen solle (*). Die Procuratoren machten aber Gegenvorstellungen. Und die Sache ist bis auf den heutigen Tag noch nicht im Vollzug; ungeachtet jene Verfügung auch in der Kanzleyordnung von 1662 §. II enthalten ist; ungeachtet die vorletzte Visitation noch wiederholt ausdrücklich befohlen hat, daß alle *Communicanda* auf der Kanzley geschrieben werden sollten (**), welches auch in vielfältigen ältern Gesetzen schon verordnet ist (**); und ungeachtet die jüngste hohe Visitation den ganzen Inhalt des erwähnten Decrets per *Conclusum* vom 24. Jan. 1776 wieder als Norm aufgestellt, und von dem Collegio *camerali* darüber Bericht gefordert hat, warum jene Verordnung bisher nicht eingehalten worden sey, welcher Bericht aber bey bald darauf gefolgter Visitations-Trennung unerstattet geblieben ist. In Betreff der in der Kanzley jedesmal zu nehmenden Abschriften der Producte ist statt dessen nachher von dem hohen Collegio *camerali* durch den G. B. vom 17. Jan. 1783 das Collationiren eingeführt worden.

(*) Dieses Decret ist unter andern in *Liers* Sammlung der Kanzleyformeln abgedruckt.

(**) V. A. von 1713. §. 102. V. M. von 1713 an den Kanzleyverwalter §. 12, und an die Adv. und Procuratoren §. 14.

(***) K. G. O. Th. I. Tit. 24. §. 1. 2. V. M. von 1600 an Adv. u. Procurat. §. 3.

Num. IV.

*Verzeichniß sämtlicher Einnahmen der K. Gts. Kanzley-
Taxkasse von 1773 bis 1792.*

Im Jahre.	An Expedition- nen.		An Copialien.		An Collationi- rungs-Ge- bühren.		An Comple- turgebühren, und Heft-und Folirung der Akten.		In Summa	
	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.	Rthlr.	kr.	Rthlr.	kr.
1773	2816	53	1295	43	—	—	2138	42	6250	48
1774	2496	67	1012	87	—	—	1819	34	5329	8
1775	2927	14	1370	41	—	—	1794	33	6091	88
1776	2812	19	978	50	—	—	1739	10	5529	79
1777	2787	55	1207	67	—	—	1546	55	5541	87
1778	2838	6	1343	37	—	—	1597	55	5779	9
1779	2920	7	1232	59	—	—	1653	13	5805	79
1780	2827	9	1274	85	—	—	1575	73	5677	77
1781	2460	41	1500	46	—	—	1687	2	5648	—
1782	2017	44	1187	74	—	—	1924	4	5129	32
1783	1939	72	953	82	534	14	2101	78	5529	66
1784	2291	57	1193	79	676	72	2224	85	6387	23
1785	2567	35	1419	32	990	26	2154	27	7131	31
1786	2767	3	1651	53	898	32	4327	9	9644	7
1787	2520	51	1212	17	653	10	4729	13	9115	1
1788	2619	71	1468	87	709	44	4386	27	9184	49
1789	2791	3	1956	41	733	34	1991	60	7472	49
1790	2789	41	2114	19	642	38	3283	16	8829	24
1791	2475	60	1968	54	744	14	1492	14	6680	52
1792	2908	56	1861	55	613	78	2015	78	7399	87

In fidem

Johann Friedrich Hohmann,
des Kaiserlichen und Reichs-
Kammergerichts-Kanzley-Tax-
einnehmer.

*Fortsetzung des Verzeichnisses sämmtlicher Einnahmen
der K. Gts. Kanzley an Taxgefällen von
1793 bis 1796.*

Im Jahre.	An Expedition- nen.		An Copialien.		An Collationi- rungsge- bühren.		An Comple- turgebühren, und Heft- und Folierung der Akten.		In Summa	
	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.	Rthr.	kr.
1793	3061	77	1993	47	492	29	2572	79	8120	52
1794	1923	75	1235	18	390	60	1808	45	5358	18
1795	2043	12	1544	7	344	88	1928	38	5860	55
1796	1923	16	1272	17	290	48	1164	5	4649	86

In fidem

Johann Friedrich Hohmann,
des Kaiserlichen und Reichs-
Kammergerichts-Kanzley-Tax-
einnehmer.

Num. VI.

*Kurfürstlich Mainzisches Rescript an die K. Gts. Kanzley
vom 20. Dec. 1795, in Betreff der Erlaubniß, zum
Zuschuss der jetzt mangelnden Kanzleybesoldun-
gen ein Capital mit Verbürgung der
Taxgefälle aufzunehmen.*

E*minentissimus Elector* haben aus der von dem Kurfürstlichen Hofrathe
und Kammergerichts-Kanzleyverwalter Hofcher *Höchstihro* Minister
und Hofkanzler unterm 17ten dieses gemachten Anzeige mit Bedauern
P 3 ersehen,

ersehen, daß die dortige Taxkasse nicht hinreiche, dem Kanzleyper-
sonale die zweite Hälfte des 4ten Quartals dieses Jahres abzuführen;
daß daher zum unumgänglichen Unterhalt des gedachten Per-
sonals kein anderes Mittel übrig bleibe, als einsweilen, bis die
Taxgefälle wieder reichlicher eingehen werden, ein hinlängliches
Anleihen auf das Taxamt aufzunehmen. *Höchst* dieselben begnehmigen
demnach diese Aufnahme dergestalt, daß solche nicht über die
wirkliche Nothdurft erstrecket, von den aufzunehmenden Geldern
aber bis zu deren Abtrag reichsübliche Zinsen entrichtet, für die
Ablage dieses Kapitals auch, sobald immer möglich, aus den künf-
tig eingehenden Taxen gesorgt, und *Höchst* ihnen endlich, wie viel
wirklich aufgenommen worden ist, hiernächst angezeigt werden solle.
Aschaffenburg den 20ten December 1795.

Friedrich Carl F. Churfürst.

Num. VII.

*Unterthänigste Vorstellung der Kanzley bey dem höchstpreisl.
Kais. u. R. Kammergerichte, vom 5. Nov. 1796, den
grossen Mangel der Kanzleysustentation betreffend.*

Hochgebohrner Reichsgraf,
Röm. Kais. Majestät Kammerrichter,
Gnädigster Graf und Herr!

Eurer Hochgräflichen Excellenz ist der durch die bisherigen Kriegszeiten
verursachte grosse Mangel der hiesigen Kanzleysustentation bekannt.
Die nähern Umstände, wie übel die Kanzleytaxkasse dermalen beschaf-
fen ist, zeigt der aus dem Taxbuche gezogene unter *Lit. A.* bey-
liegende *status* der Einnahme vom 1. Jul. bis 31. Oct. 1796, welche
im Ganzen nur 667 Thr. 39 kr. beträgt. Da nun alle 6 Wochen
das Erforderniß zu den laufenden Befoldungen sämmtlicher Kanzley-
personen 691 Rthlr ausmacht: so ist für die erwähnten 4 Mo-
nate kaum der vierte Theil der nöthigen Summe vorhanden, und
es

es hat demnach von der Zeit an die Befoldung nicht ausgetheilt werden können.

Die Kanzley hat nun unter der Hand sich von der Hoffnung beleben lassen, daß ihr durch einen Vorschuss aus den Depositen-geldern, der aus den in der Folge besser eingehenden Taxgefällen ersetzt würde, geholfen werden könnte, da zumal nach bekannten ältern Vorgängen bey dergleichen bösen Zeiten dies schon mehrmal geschehen ist. Und da übrigens die Sache alsdann nicht dem geringsten Anstande unterworfen gewesen wäre, wenn die Partien selbst, aus deren *depositis* ein allenfalliger Vorschuss verabfolgt würde, hierin consentirten: so hat sich die Kanzley an Ihre Hochfürstliche Gnaden zu, welche eine Summe von 15932 Rthler hier deponirt haben, gewendet, und um einen Vorschuss gebeten, wie die in Abschrift *sub lit. B.* hier beyliegende Vorstellung näher enthält. Es war ausserdem nicht nöthig, sich zugleich auch an den hohen Gegentheil Se Kurfürstliche Durchlaucht zu . . . zu wenden, da von daher die Deposition der Gelder widersprochen worden war.

Ihre Hochfürstliche Gnaden zu haben aber Bedenken gefunden, dem Gesuche der Kanzley zu deferiren. Die Beweggründe zu dieser Denegation bestehen, wie aus der *Lit. C.* angefügten Antwort erhellt, darin: " weil diese Gelder zur Wiederauslösung ver-
" setzter Ortschaften bestimmt seyen, also zu keinem andern Zwecke
" verwendet werden könnten, ohne die Absicht der Deposition
" und die damit verbundene gesetzliche Wirkung zu hemmen, wel-
" ches zu neuen unabsehblichen Weiterungen und Contestationen Anlaß
" geben würde ..

Indessen würden ja

1.) die Gelder nach wie vor zu dem erwähnten Zwecke deponirt bleiben, und keineswegs zu einem andern verwendet, wenn auch eine Summe daraus, statt beständig im Numerair liegen zu bleiben, auf einige Zeit in einen Capitalbrief umgetauscht würde.

Wenn man

2.) den Fall supponiren wollte, daß die Kanzleytaxkasse nicht im stand seyn werde, den allenfalligen Vorschuss von einigen tausend Thalern bis zu der Zeit, wo die versetzten Orte wirklich restituirt würden, zurückbezahlt zu haben: so würde das eben so viel seyn, als an dem fernern Bestehen der diesem höchsten Reichsgerichte nothwendigen Kanzley zu zweifeln.

Es

Es hat

3) selbst der hohe Gegentheil in der Sache, in welcher die erwähnten 15932 Thr. deponirt sind, in einem andern Proceß, worin Höchstderselbe als Kläger aufgetreten ist, nemlich in Sachen eine große Summe vorher in baarem Gelde deponirt, statt dessen aber nachher Capitalbriefe hinterlegt. Von daher könnte also um so weniger, wenn dieses nun in der zuerst erwähnten Sache in Ansehung einer geringen Summe geschähe, mit Verläugnung der eigenen Grundsätze solches bestritten werden.

4.) Sind selbst, wie schon erwähnt, die Gelder gegen den Willen und mit Widerspruch der hohen Kur ... deponirt worden, welchem nach also von der Seite keine Theilnahme, ob das *Depositum* im ganzen in Geld bestehen bleibe, oder ob eine geringe Summe davon auf eine kurze Zeit in einem Capitalbrief deponirt sey, zu erwarten ist.

Endlich würde ja

5.) die höchsttrichterliche Bestätigung der Sache, welche Eure Hochgräfliche Excellenz zu ertheilen wohl die höchste Gnade haben würden, alles Besorgniß von üblen Folgen auf die gesetzliche Wirkung eines gerichtlichen *depositi* von selbst heben.

Die erwähnten *motiva* der geschehenen Denegation lassen sich also leicht beseitigen. Gleichwohl würde eine nochmalige Vorstellung bey Ihren Hochfürstlichen Gnaden aller Erwartung nach nur allein alsdann von gutem Erfolge seyn, wenn sich Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum* zugleich der Kanzley hierbey gnädigst annehmen, und ein Vorschreiben desfalls erlassen würden. Da das verehrungswürdigste höchste Gericht in ältern Zeiten selbst mehrmal in dem Falle war, sich zu seiner eigenen Subsistenz bey einem oder dem andern hohen Reichsstande um Erhaltung eines Vorschusses zu verwenden, wovon in des H. Assessors von *Balemann* Anmerkungen über die Vis. Schl. S. 493 einige Beyspiele vorkommen: so hofft unterthänigst unterzeichnete Kanzley um so mehr, daß dies auch für sie geschehen könnte; und fügt dem die treuesten Wünsche bey, daß das höchste Gericht nie wieder in die Lage kommen mögte, solches für sich selbst nöthig zu haben.

Die Kanzley untersteht sich demnach, *primario* diese unterthänigste Bitte zu thun: Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum* geruhen gnädigst, ein motivirtes Vorschreiben an Ihre Hochfürstliche Gnaden zu zu erlassen, daß der Kanzley der begehrte Vor-

Vorschufs, ohne üble Folgen in Rücksicht des *Depositi* gewärtigen zu dürfen, wohl geleistet werden könnte.

Secundario, Wenn Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum*, mit dieser höchsten Gnade eines Vorschreibens gnädigst willfährig zu seyn, nicht geneigt seyn sollten, stellt die Kanzley ihre fernere unterthänigste Bitte dahin: aus den alten herrenlos gewordenen *Depositis* den Vorschufs des Kanzleybedürfnisses auf ein Jahr selbst gnädigst zu verfügen, welches bekanntlich in ältern Zeiten mehrmal geschehen ist, und dem auch die davon handelnden Reichsgesetze nicht entgegen sind. Denn obschon das höchste Kurfürstliche *Collegium* 1673 beschlossen hatte, das keine Vorschüsse mehr aus den Depositen genommen werden sollten, so fiel doch der R. Schl. vom nemlichen Jahre nur dahin aus: das man es bey der Anzeige des höchsten Gerichts, das die erhobenen *Deposita* wieder erstattet seyen, beliefs, ohne das erwähnte Verbot einzuschalten. Woraus sich ergibt, das die vorherige Mißbilligung nur in dem bis dahin unterlassen gebliebenen Ersatze ihren Grund hatte. Und noch weniger ist das neueste Reichsgesetz, welches von dem Gegenstande spricht, der R. Schl. vom 25. Dec. 1765 nemlich, dem unterthänigsten Gesuche der Kanzley entgegen. Denn es ist in erwähntem Gesetze verordnet: „das die alten Depositen als Capital angelegt,“ die Zinsen davon wieder zum Capital geschlagen, und zu keinem andern Gebrauche verwendet, sondern zum Besten der Interessen aufbewahrt werden sollten.“ Wenn also der Kanzley ein Capital hieraus vorgeschossen wird, so ist ja das gerade zu dem Gebrauche verwendet, der buchstäblich vorgeschrieben ist.

Unterthänigst unterzeichnete Kanzley fürchtet hierbey nicht, das ihr entgegen gehalten werde, das sie keine Hypotheken zu verschreiben habe. Denn

1.) Wenn auch das ist, das die Kanzleytaxkasse keine Hypotheken zu verpfänden hat, so verdient sie doch als Kanzleytaxe Credit, da das höchste Gericht selbst still stehen müßte, wenn in der Folge keine Taxen eingehen sollten. Da nun

2.) die Kanzleypersonen mit höchster Einwilligung Ihrer Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz die Taxgefälle in Beschlag geben wollen, bis ein allenfalliger Vorschufs wieder ersetzt wäre; und da

3.) wenn sich die Taxgefälle nicht verbessern sollten, Kaiserliche Majestät und das Reich gewiß nicht entstehen werden, für die Erhaltung einer diesem höchstpreisslichen Gerichte nothwendigen Kanz-

ley auf andern Wegen Vorsehung zu treffen, also auch einen geringen derselben geleisteten Vorschufs ersetzen zu lassen nicht entstehen werden: so kann doch wohl alles das so gut als Hypotheken gelten.

Die Kanzley hegt daher die tröstliche Zuversicht, daß Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum* kein Bedenken tragen würden, ihr aus den alten *Depositis* ein Capital gegen Verschreibung der Taxgefälle gnädigst zukommen zu lassen, wenn nur diese alten *Deposita* noch im Numerair vorhanden wären. Da sie indessen schon ausgelehnt sind, so könnte nur hiermit auf die Art geholfen werden: wenn Eure Hochgräfl. Excellenz der Kanzley einen oder den andern der alten Depositenkasse zustehenden Capitalbrief extradiren zu lassen gnädigst beschließen würden, und die Kanzley damit authorisirten, demnächst entweder gegen dessen Versatz soviel aufzunehmen, oder das Capital an einen neuen Gläubiger zu cediren, der die Interessen von dem alten *Debitor* demnächst zu beziehen, und die Abtragung des Capitals auch von daher zu gewärtigen hätte. Die Kanzley aber müßte sodann die sonst von dem ersten *Debitor* in die Depositenkasse eingekommene Zinsen nun aus den Taxgefällen dahin nicht nur entrichten, sondern auch mit Genehmigung und Bewilligung Ihrer Kurfürstlichen Gnaden zu Mainz die Taxgefälle in so lange der Depositenkasse verschreiben, bis das Capital wieder abgetragen wäre.

Da Kaiserliche Majestät und das Reich, die bisherigen nur bekanntlich allzu geringen Besoldungen der Kanzleypersonen noch zu verbessern, allergnädigst und gnädigst gesonnen sind, welches (um nur das Neueste zu erwähnen) die in den R. Schlüssen von 1775 u. 1788 wegen Verbesserung der Kanzleyfustentation verfügte Berichtserforderung zeigt: so wird es der allergnädigsten und gnädigsten Meinung des höchsten Reichstags gewiß nicht entgegen seyn, wenn Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum in hoc frangenti*, wo sich nicht erst die höchsten Orts ausserdem zugedachten Verbesserungsmittel abwarten lassen, interimistisch auf die unterthänigst angetragene Weise auf eine oder die andere Art zu helfen, gnädigst nicht entstehen werden.

Hierüber

Eurer Hochgräflichen Excellenz

unterthänigste
sämmliche dieses Kaif. Kammergerichts
Kanzleypersonen.

*Fernere Vorstellung der Kanzley bey dem höchstpreisl. Kais.
und R. Kammergerichte vom 22. Nov. 1796, den Man-
gel der Kanzleysustentation betreffend.*

Hochgebohrner Reichsgraf,
Röm. Kais. Majestät Kammerrichter,
Gnädigster Graf und Herr!

Zur Zeit der eingereichten unterthänigsten Vorstellung vom 5ten November hatte vom 1. Jul. an bis dahin den Kanzleypersonen keine Befoldung ausgetheilt werden können. Indessen ist unter der Hand doch soviel zusammen gekommen, daß vor 10 Tagen die ersten rückstehenden 6 Wochen vom Jul. bis auf den 15. Aug. haben ausbezahlt werden können. Die Kanzley will nicht unterlassen, dieses hiermit unterthänigst anzuzeigen. Auch haben Ihre Kurfürstliche Gnaden zu Mainz die höchste Gnade gehabt, aus ihrer eigenen *Chatouille* der Kanzley ein Geschenk von einer ganzen 6 wöchentlichen Distribution zu machen. Durch diese großmüthige Handlung und höchste Gnade, dergleichen bey vorhergehenden Kurfürstlichen Regierungen und auch vorhanden gewesenen bösen Zeiten der Kanzley noch niemals wiederfahren ist, ist ihr Nothstand sehr gemildert worden. Indessen dauert die geringe Einnahme der Taxkasse nach wie vor fort, worüber die fernere Specification vom 1ten dieses bis auf heute hiermit unterthänigst vorgelegt wird. Ihren Kurfürstlichen Gnaden ist jedoch nicht zuzumuthen, die Kanzley fernerhin aus Höchst Ihren eigenen Mitteln zu erhalten. Man sieht nur aus dem beträchtlichen Geschenke, welches Höchst Dieselben der Kanzley gemacht haben, und welches durch die Zeitumstände zu einer desto größern Wohlthat erhoben wird, wie sehr Ihre Kurfürstliche Gnaden den Nothstand der Kanzley beherzigen. Wenn der Kanzley, deren mangelhafte Sustentation mehr als hundertjährig ist, je völlig geholfen werden kann: so muß das unter einem solchen gnädigsten Kurfürsten und bey einem solchen verehrungswürdigen Minister, wie die Vorsehung in der Person des Freyh. v. *Albini* Excellenz der Kanzley zugewiesen hat, der Zeitpunkt seyn. Man hofft nicht weniger, daß Eure Hochgräfliche Excellenz und ein hohes *Plenum* gleiche gnädigste und gnädige Gefinnungen gegen die Kanzley hegen, und eine günstige Resolution auf die übergebene unterthänigste Vorstellung gnädigst ertheilen werden, um deren Beförderung unterthänigst gebeten wird. Auch untersteht sich schließlich die Kanzley, die fernere

mere unterthänigste Bitte beyzufügen, dass Eure Hochgräfliche Excellenz die hohe Gnade haben mögten, die Abstattung des im R. Schl. v. 1788 über die Verbesserung der Kanzley sustentation wiederholt geforderten Berichts bald thunlichst zu befördern.

Hierüber

Eurer Hochgräflichen Excellenz

unterthänigste
dieses Kaiserlichen Kammergerichts
sämmliche Kanzleypersonen.

Num. IX.

Berechnung des ganzen jährlichen Erfordernisses, wenn nach den §. 78 bis 81 vorgekommenen unterthänigsten Anträgen die Kanzleysustentation verbessert werden sollte.

	Thr.
Dem Kanzleyverwalter — — — —	2106
Einem Protonotarius 1137 Thr. Da drey wirkliche <i>Protonotarii</i> sind, so würde das zusammen machen — —	3411
Uebrigens sind drey <i>Protonotarii supernumerarii</i> , die noch die Befoldung als <i>Notarii</i> beziehen.	
Einem Notarius 758 Thr. Demnach machte das für die eben erwähnten drey supernumerairen Protonotarien, die noch die Notariatsbefoldung beziehen, und für die vier wirklichen Notarien, die im Gehalte sind, zusammen aus — —	5306
Einem supernumerairen Notarius, deren zwey sind, 379 Thr., für beide also — — — —	758
Dem Notarius <i>Fisci</i> — — — —	288
Einem Leser 568 Thr. Da vier wirkliche sind, so macht das zusammen — — — —	2272
Den supernumerairen Lesern, deren 3 sind, jedem 284 Thr. —	852
Dem Taxeinnehmer 568 Thr., nebst dem Gehalte zu 133 Thr. für die sonst gehabten Copialien — — — —	701
Dem Completor — — — —	266
Einem Copisten 100 Thr., deren sieben sind — — — —	700
Endlich dem Kanzleydiener — — — —	112
Summa —	16772

mere unterthänigste Bitte beyzufügen, daß Eure Hochgräfliche Excellenz die hohe Gnade haben mögten, die Abstattung des im R. Schl. v. 1788 über die Verbesserung der Kanzleysustentation wiederholt geforderten Berichts bald thunlichst zu befördern.

Hierüber

Eurer Hochgräflichen Excellenz

unterthänigste
dieses Kaiserlichen Kammergerichts
sämmliche Kanzleypersonen.

Num. IX.

Berechnung des ganzen jährlichen Erfordernisses, wenn nach den §. 78 bis 81 vorgekommenen unterthänigsten Anträgen die Kanzleysustentation verbessert werden sollte.

	Thr.
Dem Kanzleyverwalter — — — —	2106
Einem Protonotarius 1137 Thr. Da drey wirkliche <i>Protonotarii</i> sind, so würde das zusammen machen — —	3411
Uebrigens sind drey <i>Protonotarii supernumerarii</i> , die noch die Befoldung als <i>Notarii</i> beziehen.	
Einem Notarius 758 Thr. Demnach machte das für die eben erwähnten drey supernumerairen Protonotarien, die noch die Notariatsbefoldung beziehen, und für die vier wirklichen Notarien, die im Gehalte sind, zusammen aus — —	5306
Einem supernumerairen Notarius, deren zwey sind, 379 Thr., für beide also — — — —	758
Dem Notarius <i>Fisci</i> — — — —	288
Einem Leser 568 Thr. Da vier wirkliche sind, so macht das zusammen — — — —	2272
Den supernumerairen Lesern, deren 3 sind, jedem 284 Thr. —	852
Dem Taxeinnehmer 568 Thr., nebst dem Gehalte zu 133 Thr. für die sonst gehaltenen Copialien — — — —	701
Dem Completor — — — —	266
Einem Copisten 100 Thr., deren sieben sind — — — —	700
Endlich dem Kanzleydiener — — — —	112
<i>Summa</i> —	16772

Hoscher, Johann Melchior,

Sustentationsgeschichte der Kaiserlichen und Reichs-Kammergerichts-Kanzley
Nebst einigen Verbesserungs-Vorschlägen

in Frankfurt am Main 1797

4 J.publ.g. 1108 h

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10517213-5

VD18 1470160